

Industrie

	1990	1991	1992	1993				1993		
				I Qu	II Qu	III Qu	August	September	Oktober	November
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Vorleistungen	+ 65	+ 05	- 01	- 45	- 60	- 18	- 38	- 13	+ 09	
Für die Nahrungs- und Genußmittelbranchen	+125	+ 58	+ 07	- 07	- 28	- 51	- 59	- 56	- 02	
Für die Textil- und Lederbranchen	+ 78	- 51	+ 04	- 71	-126	-57	- 33	-122	- 47	
Für die Holz- und Papierbranchen sowie Druckereien	+ 56	+ 31	+ 28	- 41	- 23	+12	- 18	+ 11	+ 66	
Für die Chemie	- 21	+ 09	+ 00	- 34	- 94	-29	- 23	- 25	- 12	
Für die Stein- und Glaswarenproduktion	+ 50	-127	- 73	-191	-150	-37	- 28	+ 00	+ 37	
Für die Grundmetallverarbeitung	- 68	- 41	- 73	- 46	-136	-29	- 78	+ 74	+209	
Für die Technische Verarbeitung	+106	- 19	- 06	- 66	- 82	-47	- 62	- 24	- 34	
Für die Bauwirtschaft	+ 35	+ 04	+ 11	- 55	- 11	+36	+ 41	+ 24	+ 30	
Für sonstige Wirtschaftsbereiche	+116	+ 93	+ 19	+ 19	- 06	+01	- 61	- 30	+ 06	
Ausrüstungsinvestitionen	+133	+ 53	- 26	- 97	- 78	-40	- 04	- 26	- 56	
Fahrzeuge	+249	+145	-130	-278	-363	-91	- 95	-121	- 21	
Maschinen und Elektrogeräte	+151	+ 21	- 38	- 73	- 56	-30	+ 31	- 11	- 80	
Sonstige	+ 28	+117	+ 61	- 81	- 07	-55	- 67	- 36	+ 02	
Konsumgüter	+ 68	+ 22	- 21	- 07	- 00	-25	- 66	+ 00	- 32	
Verbrauchsgüter	+ 68	+ 54	+ 04	+ 11	+ 16	-26	- 27	+ 05	- 14	
Kurzlebige Gebrauchsgüter	+ 22	- 16	- 55	-130	-122	-92	-114	- 78	-137	
Langlebige Gebrauchsgüter	+139	+ 04	- 28	+114	+116	+55	-109	+ 77	+ 50	
Industrie insgesamt (ohne Energieversorgung)	+ 78	+ 18	- 11	- 46	- 50	-23	- 37	- 13	- 12	
Nicht arbeitstäglich bereinigt	+ 77	+ 22	- 07	- 59	- 35	-25	+ 07	- 13	- 58	
Teilweise arbeitstäglich bereinigt (7.3)	+ 77	+ 19	- 10	- 50	- 46	-24	- 24	- 13	- 26	
Produktivität pro Kopf	+ 61	+ 29	+ 25	+ 08	+ 14	+53	+ 36	+ 65		
Produktivität pro Stunde	+ 66	+ 51	+ 42	+ 35	+ 42	+60	+ 74	+ 76		
Auftragseingänge (ohne Maschinenindustrie)	+ 31	+ 16	+ 03	- 70	- 47	+31	+ 87	+ 69	- 75	
Auftragsbestände (ohne Maschinenindustrie)	+ 73	- 18	- 13	- 31	- 36	-38	- 32	- 16	- 18	

Bauwirtschaft

	1990	1991	1992	1993				1993		
				I Qu	II Qu	III Qu	August	September	Oktober	November
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Produktionswert (nominell)	+99	+122	+ 77	-126	+ 21	+ 61	+ 55	+ 88		
Hochbau	+95	+169	+104	- 89	+ 24	+ 48	+ 39	+ 81		
Tiefbau	+82	+ 92	+ 00	-212	+ 29	+102	+ 99	+135		
Beschäftigte	+43	+ 08	+ 48	- 39	+ 18	+ 23	+ 25	+ 26		
Hochbau	+22	+ 44	+ 48	- 64	+ 05	- 04	- 08	+ 02		
Tiefbau	+43	- 24	- 06	+ 03	+ 77	+110	+124	+106		
Auftragsbestände	+79	+165	+ 34	+127	+161	+152				
Innerhalb von 12 Monaten aufzuarbeiten	+86	+120	+ 71	+105	+132	+107				
Preisindex Hochbau	+43	+ 61	+ 37	+ 41	+ 32	+ 24				
Wohnbau	+41	+ 59	+ 45	+ 40	+ 23	+ 31				
Preisindex Tiefbau	+30	+ 38	+ 17	+ 17	+ 26	+ 25				
Straßenbau	+32	+ 36	+ 16	+ 09	+ 28	+ 27				

Energiewirtschaft

	1990	1991	1992	1993				1993		
				I Qu	II Qu	III Qu	August	September	Oktober	November
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Förderung	- 51	+ 14	+ 43	+ 35	- 91		+207			
Kohle	+164	-150	-149	-132	-150		-231			
Erdöl	- 08	+107	- 72	- 61	+ 00	- 09	- 26	- 01		
Erdgas	- 27	+ 32	+ 81	+ 85	- 31	+ 49	+109	- 35		
Stromerzeugung	+ 05	+ 21	- 06	+ 29	- 73	+121	+152	+122	+103	
Wasserkraft	-101	+ 07	+102	+ 78	-121	+246	+370	+269	+408	
Wärmeleistung	+278	+ 46	-195	- 34	+258	-228	-393	-145	-355	
Verbrauch	+ 49	+ 60	- 34	+ 28	- 34		- 15			
Kohle	+114	+ 31	-223	-152	-179		-175			
Erdöl Mineralölprodukte	+ 43	+ 78	- 12	+ 43	- 13		- 12			
Treibstoffe	+ 25	+102	+ 02	- 38	- 25		+ 58			
Normalbenzin	+ 48	+139	- 22	- 52	- 91		- 28			
Superbenzin	- 43	+ 75	- 53	- 10	- 33		- 17			
Dieselmotoren	+ 78	+111	+ 54	- 53	+ 05		+155			
Heizöl	+ 11	+102	-112	+227	+ 84		-101			
Gasöl für Heizzwecke	+ 18	+236	- 73	+324	+107		+ 10			
Sonstige Heizöl	+ 07	+ 26	-138	+179	+ 60		-204			
Erdgas	+101	+ 58	- 19	+101	+ 49		-116			
Elektrischer Strom	+ 42	+ 44	- 10	+ 01	- 11	+ 10	+ 07	+ 28	- 17	

der Einführung einer Negativsteuer sowie die Effekte der umfangreichen Änderungen der Unternehmensbesteuerung sind Thema der zwei darauffolgenden Artikel. Schließlich werden die Einflüsse der Reform auf Gemeindefinanzierung und Finanzausgleich beschrieben.

Zusammenfassung

Die zweite Etappe der Steuerreform mußte im Gegensatz zur ersten weitgehend auf internationale Vorbilder verzichten. Sie ist zwar teils eine Fortsetzung der ersten Etappe, teils werden aber auch neue Wege beschritten (etwa durch die Abschaffung der Vermögensteuer oder die Endbesteuerung der Kapitaleinkünfte). Österreich hat daher in einigen Bereichen eine *Vorreiterrolle* übernommen.

Diese zweite Etappe der Steuerreform bringt die umfangreichste Veränderung im österreichischen Steuersystem und auch der Steuerstruktur seit mehr als 50 Jahren. Zum Teil nähert sie die österreichische Steuerstruktur an den Durchschnitt der europäischen Länder an (insbesondere jene der einkommensabhängigen Steuern), teils werden aber die Abweichungen auch größer (etwa in bezug auf die lohnsummenabhängigen Steuern). Dadurch dürfte in späteren Etappen weiterer Anpassungsbedarf bestehen.

Die Reform 1994 hat erhebliche Auswirkungen auf die *gesamtwirtschaftliche Entwicklung*. Gemäß den Berechnungen mit dem Makromodell des WIFO sind die Effekte auf das Wirtschaftswachstum, einzelne Nachfragekomponenten und auch auf die Beschäftigung mindestens ebenso groß wie jene der ersten Etappe, die unmittelbaren budgetären Wirkungen sogar etwas größer. Der Einnahmefall von rund 17 Mrd. S ist höher als in der ersten Etappe. Die Lohnsteuersenkung stärkt die verfügbaren Einkommen und stützt den privaten Konsum.

Wenn man auch das seit Anfang 1993 geltende „Familienpaket“ (Einführung von Kinderabsetzbeträgen) berücksichtigt, das die verfügbaren Einkommen im Jahr um mehr als 5 Mrd. S erhöht, dann wurden die Masseneinkommen in den Jahren 1993/94 insgesamt um rund 18 Mrd. S steuerlich entlastet; das bedeutet für 1994 eine zusätzliche Erhöhung der verfügbaren Einkommen um 1,4%. Die Erhöhung des Allgemeinen Absetzbetrags allein stärkt die verfügbaren Einkommen um knapp 1,0%. Die Anhebung des Allgemeinen Absetzbetrags und die Einführung der Negativsteuer kommen vor allem den Beziehern niedriger Einkommen zugute. Damit und mit der familienpolitischen Maßnahme der Einführung von Kinderabsetzbeträgen wird der Verteilungsaspekt stärker betont als in der ersten Etappe.

Die Abschaffung der Gewerbesteuer und der Vermögensteuer stärkt die *Eigenkapitalbildung*, vor allem in jenen Unternehmen, die bisher diese Steuern aus der Substanz zahlen mußten. Die Eigenfinanzierung der Unternehmen wird dadurch und durch die Endbesteuerung von Dividenden merklich erleichtert.

Die zweite Etappe der Steuerreform bringt erhebliche Impulse für die *Investitionen*. Durch die Abschaffung der Gewerbesteuer und der Vermögensteuer und die damit verbundene Senkung der effektiven Steuersätze werden die

Abschaffung der Investitionsrücklage und die Reduzierung des Investitionsfreibetrags überkompensiert. Daher ist ein deutlicher Impuls für die Investitionstätigkeit zu erwarten. Die Bestimmungen für die Unternehmensbesteuerung sind günstiger als in den meisten (west-)europäischen Industriestaaten. Die zweite Etappe der Steuerreform verbessert die Rahmenbedingungen für den *Industriestandort* Österreich erheblich. Gleichzeitig wird auch die Fremdfinanzierung (im Unternehmensbereich) durch den Wegfall der Hinzurechnungen von Dauerschuldzinsen und Kreditgebühr verbilligt.

Ein Vergleich der unterschiedlichen Wirkungen der Steuerreform auf die Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit ergibt, daß durch die Abschaffung der Vermögensteuer und des Erbschaftssteueräquivalents einerseits und die Einführung der Kommunalsteuer andererseits nicht nur die Energiewirtschaft, sondern auch ein erheblicher Teil der Industrie, des Gewerbes und des Handels entlastet wird. Die Dienstleistungsbereiche und die Bauwirtschaft werden hingegen zusätzlich belastet.

Innerhalb des Unternehmenssektors werden in der zweiten Etappe der Steuerreform die Einzelunternehmen und Personengesellschaften stärker entlastet als die Kapitalgesellschaften, für die der Körperschaftsteuersatz steigt. Ferner verschiebt sich die Belastung zwischen jenen Wirtschaftszweigen, die bisher lohnsummen- und gewerbesteuerpflichtig waren und jenen Bereichen, die jetzt (zusätzlich) kommunalsteuerpflichtig werden. Die bisher gewerbesteuerpflichtigen Wirtschaftszweige werden durch die Abschaffung der Gewerbesteuer und die Einführung der Kommunalsteuer um etwa 1,5 Mrd. S entlastet, die anderen Wirtschaftszweige durch die Kommunalsteuer belastet. Insgesamt dürfte die Entlastung des Unternehmenssektors (ohne die Verschiebungen) rund 4 Mrd. S betragen, diese Summe verteilt sich jedoch auf mehrere Jahre.

Unberücksichtigt blieben in der Studie die Liquiditätseffekte aus der Umstellung von Vorauszahlungsterminen einzelner Steuern, weil sich die Untersuchung auf die realen Effekte beschränkt; außerdem sind die Zinseffekte insgesamt gering, da den zusätzlichen Vorauszahlungen auch Zinsgewinne durch die „Rückverlagerung“ von Vorauszahlungsterminen (vom 10. auf den 15. eines Monats) gegenüberstehen.

Den *Einnahmefällen* an Lohnsteuer, Gewerbesteuer, Vermögensteuer, Erbschaftssteueräquivalent, Sonderabgabe von Banken und Kapitalertragsteuer I (wegen der Senkung des Satzes von 25% auf 22%) stehen *Mehreinnahmen* an Einkommensteuer und Körperschaftsteuer (aufgrund der Anhebungen der Vorauszahlungen) sowie an Umsatzsteuer (zusätzliche Vorauszahlung und Verschiebung des Abzugs der Einfuhrumsatzsteuer) gegenüber. Insgesamt sind die Einnahmefälle im Jahre 1994 für alle öffentlichen Haushalte um etwa 7 bis 8 Mrd. S höher als die Mehreinnahmen. Die übrigen Einnahmefälle, insbesondere an veranlagten Steuern, werden erst in den folgenden Jahren spürbar.

Ein wichtiger Aspekt der zweiten Etappe der Steuerreform sind die Einflüsse auf die *Gemeindefinanzierung*. Generell werden die Gemeinden mittelfristig keine Ausfälle erleiden, weil die Einnahmen an Lohnsummensteuer in der Vergan-

Chronologie der Kapitalertragbesteuerung im Vergleich Österreich und BRD

Übersicht 1

Österreich		Deutschland	
Bis Ende 1983	„Freiwillige Deklaration“		
1. Jänner 1984	Zinsertragsteuer 7,5%		
1. Jänner 1985	Zinsertragsteuer 5%		
1. Juli 1986	Aufhebung der Zinsertragsteuer		
		Bis Ende 1988	„Freiwillige Deklaration“
1. Jänner 1989	Kapitalertragsteuer 10%	1. Jänner 1989	„Kleine“ Kapitalertragsteuer 10%
		30. Juni 1989	Aufhebung der „kleinen“ Kapitalertragsteuer wegen Kapitalflucht
		27. Juni 1991	Urteil des Bundesverfassungsgerichts fordert Neuregelung
1. Jänner 1993	Neue Kapitalertragsteuer „Endbesteuerung“	1. Jänner 1993	Neue Zinsbesteuerung „Zinsabschlagsteuer“
	Auf Geldanlagen und festverzinsliche Wertpapiere 22%		Auf Geldanlagen und festverzinsliche Wertpapiere 30%
	Automatischer Kapitalertragsteuer-Abzug, keine Einkommensteuer, Vermögensteuer und Erbschaftsteuer		Automatischer Zinsabschlag mit Vorauszahlungscharakter wird bei Veranlagung auf Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer angerechnet
	Bruttobesteuerung		Werbungskostenfreibetrag wird beim Abzug berücksichtigt
	Erstattung bei niedrigerem Einkommen über Veranlagung		Freibeträge durch „Freistellungsauftrag“ (6.000 DM bzw. 12.000 DM)
	Für Unternehmen: Vorauszahlungscharakter		Für Unternehmen: Vorauszahlungscharakter
1. Jänner 1994	Einbeziehung der Ausschüttungen aus Aktien und GmbH-Anteilen und der Kapitalerträge von Einzelunternehmen und Personengesellschaften in die Steuerpflicht		

leger de facto erfolgte Anhebung des Steuersatzes auf Kapitalerträge von 10% auf 22%³⁾ durch begleitende Maßnahmen attraktiv gestaltet wurde. Zu diesen gehört die Amnestie für frühere Steuerunehrlichkeit (*Grabner — Herzog — Quantschnigg*, 1993), besonders aber die mit dem Steuersatz von 22% verbundene Abgeltung der Vermögen- und Erbschaftsteuerpflicht für Kapitalanlagen (*Gesetzespaket zur Endbesteuerung*, 1992). Hinzu kommen eine für den Steuerpflichtigen besonders einfache Administration der Steuereinhebung (Unmerklichkeit der Besteuerung) sowie eine Minimierung der Anreize für neue Strukturverzerrungen im Anlegerverhalten durch den weitgehenden Verzicht auf Ausnahmeregelungen. Nicht zuletzt ist schließlich das verwirklichte Endbesteuerungsmodell mit dem Fortbestand anonymer Anlageformen kompatibel. Die Endbesteuerung erfüllt damit eine Reihe von Anforderungen an eine effiziente Besteuerung, wie sie in der Realität historisch gewachsener Steuersysteme keineswegs selbstverständlich sind.

Der Fortbestand anonymer Veranlagungsmöglichkeiten schränkt jedoch weiterhin die Erfüllung mancher theoretischer Anforderungen an ein idealtypisches Steuersystem ein: Vor allem durchbricht das Endbesteuerungsmodell — ein weiteres Mal — das Grundprinzip eines synthetischen Steuersystems, alle Einkunftsarten gleich zu besteuern: ein Prinzip, das freilich in Praxis und Theorie der Besteuerung zunehmend an Bedeutung zu verlieren scheint. Dar-

über hinaus genügt das Modell verteilungspolitischen Zielen nur sehr eingeschränkt. Zum einen wird ein gesellschaftspolitisch sensibles Einkommenssegment der Steuerprogression entzogen, zum anderen werden hohe Kapitalerträge mit einem — im Vergleich zu den Grenzsteuer-

Das Modell der Endbesteuerung hat sich im Vergleich zur in der BRD realisierten Zinsabschlagsteuer als äußerst erfolgreich erwiesen. Die für einen Großteil der Anleger de facto erfolgte Anhebung des Steuersatzes auf Kapitalerträge von 10% auf 22% wurde durch begleitende Maßnahmen attraktiv gestaltet.

sätzen der Einkommensteuer — äußerst niedrigen Durchschnittsatz belastet.

Gemessen an der früheren Realität des österreichischen Steuersystems bringt die Endbesteuerung aber erhebliche Vorteile. So kann erstmals ein nennenswertes Steueraufkommen aus einer Einkommensart erzielt werden, die langfristig das stärkste Wachstum aufweist. Das verbessert nicht nur generell die Aufkommenselastizität des Steuersystems, durch den gewonnenen Spielraum können andere Einkommensarten begünstigt bzw. die Budgetkonsolidierung unterstützt werden. Trotz aller distributiven Unzulänglichkeiten bringt die Endbesteuerung jedenfalls eine ernsthafte Annäherung an die steuerliche Gleichbehand-

³⁾ Für einen Großteil der Anleger wurde gegenüber der Zeit vor 1989 überhaupt erstmals die Steuerpflicht für Kapitalerträge durchgesetzt (*Mooslechner* 1984).

Streichung von Ausnahmen sowie Zulagen verbreitert Gewinner der Reform waren daher jene Einkommensbezieher, deren Steuersatz am stärksten reduziert und deren Bemessungsgrundlage am wenigsten verbreitert und deren Zulagen nicht gestrichen wurden.

Die stärkste Tarifsenkung gemessen am Durchschnittssteuersatz brachte die Reform 1988 für ein zu versteuerndes Jahreseinkommen von 700 000 S, die stärkste Senkung der Progression gemessen an der Residualeinkommenselastizität im Bereich 200 000 S bis 500 000 S

Da Ausnahmen vor allem bei hohem Grenzsteuersatz attraktiv sind und die Inanspruchnahme ein gewisses Maß an Information voraussetzt, war zu erwarten, daß die Streichung steuerlicher Ausnahmen (Sonderausgaben, Verlustabschreibungsmodelle usw.) eher Besserverdiener, Gebildetere und/oder Angehörige von Unternehmen mit effizienten Lohnbüros trifft

Die Auswirkungen der teilweisen Streichung von Zulagen war im vorhinein kaum einzelnen Einkommensgruppen zuzuordnen, da diese eher branchen- und berufsgruppenspezifisch ausgerichtet sind.

Obwohl durch die Streichung von Ausnahmen die Bemessungsgrundlage erweitert wurde, profitierten infolge der Tarifiereduktion 90% der Lohn- und Einkommensteuerzahler von der Reform 1988. Gewisse Informationen über unterschiedliche Auswirkungen der Reform liefert zumindest für die Industrie eine Gegenüberstellung der Nettoeinkommen in Prozent der Bruttoeinkommen: Der Anteil des Nettoeinkommens stieg durch die Steuerreform (laut internen Berechnungen des WIFO) für Angestellte stärker als für Arbeiter. Da die Einkommen der Angestellten im Durchschnitt höher sind als die der Arbeiter, kann dies in diesem Bereich als ein Indiz dafür gewertet werden, daß die Bezieher höherer Einkommen stärker von der Reform profitierten. Aber auch die Pensionisten, die wiederum eher den unteren Einkommensklassen zuzuordnen sind, zogen überdurchschnittliche Vorteile aus der Reform (weniger Ausnahmen, starke Tarifiereduktion).

Große Unterschiede in den Auswirkungen zwischen den Einkommensklassen traten also nicht zutage. Daher waren auch keine deutlichen Auswirkungen auf die Konsumneigung zu erwarten, zumal sich für die Vergangenheit ebenfalls kein signifikanter Einfluß von Änderungen der Lohn- und Einkommensteuertarife auf die Konsumneigung nachweisen ließ. Tendenziell dürfte die marginale Konsumneigung aber eher gedämpft sein, weil sie mit der Ein-

kommenshöhe sinkt und Pensionisten — eine wichtige Gruppe unter den besonders begünstigten Beziehern niedriger Einkommen — in Österreich zumindest in der Vergangenheit eine besonders hohe Sparneigung aufwiesen. Dieser mögliche dämpfende Effekt wurde jedoch durch den Einkommenseffekt mehr als wettgemacht, so daß der private Konsum durch die Steuerreform 1988 positiv beeinflusst wurde.

Die Änderung der Familienbesteuerung im Jahr 1993 — Einführung von nach der Kinderzahl gestaffelten Kinderabsetzbeträgen — begünstigte die Bezieher niedriger Einkommen. Gleiches gilt für die Anhebung des Allgemeinen Absetzbetrags in der Steuerreform 1994. Dieser Schritt wird die Kaufkraft in den unteren Einkommenschichten mit hoher Konsumneigung relativ stärker erhöhen als in den oberen. In den unteren Einkommenschichten sinkt der Durchschnittssteuersatz um mehr als 2 Prozentpunkte, in den oberen hingegen um nur 0,2 Prozentpunkte (Lehner, 1994A). Dadurch steigt tendenziell die Konsumneigung, während sie durch die Steuerreform des Jahres 1988 tendenziell eher gedämpft worden sein dürfte. Mit der beträchtlichen Entlastung der Einkommen ist daher durch die zweite Etappe der Steuerreform ein positiver Einfluß auf den privaten Konsum zu erwarten.

Aus Berechnungen mit Kapitalwertmodellen (Lehner, 1994B) lassen sich deutlich positive Impulse auf die Investitionen ableiten. Die zweite Etappe der Steuerreform erhöht ceteris paribus die Rentabilität von Investitionen, und zwar zumindest im gleichen Ausmaß wie die Steuerreform 1988. Dadurch gewinnt der Unternehmensstandort Österreich an Attraktivität, Unternehmensansiedlungen werden begünstigt. Wieviel an zusätzlichen Investitionen durch diese Anreize induziert wird, ist freilich schwer zu schätzen. Realistisch wäre die Annahme, daß das Volumen der Investitionen im privaten Sektor um 1% höher ausfällt als in der Basislösung. Ähnlich wurden die Angebotseffekte der Steuerreform 1988 auf die Investitionen angenommen.

Kurz- und mittelfristige Effekte

Ausgangspunkt für die Ermittlung der gesamtwirtschaftlichen Effekte der Steuerreform und Input für die Modellsimulationen sind direkte (statische) Aufkommenswirkungen der steuerpolitischen Maßnahmen (Übersicht 1). Als Basislösung dient eine WIFO-Prognose bis 1997 — die Entwicklung der Gesamtwirtschaft „ohne Steuerreform“. Die Simulationen umfassen die Jahre 1994 bis 1997. Die

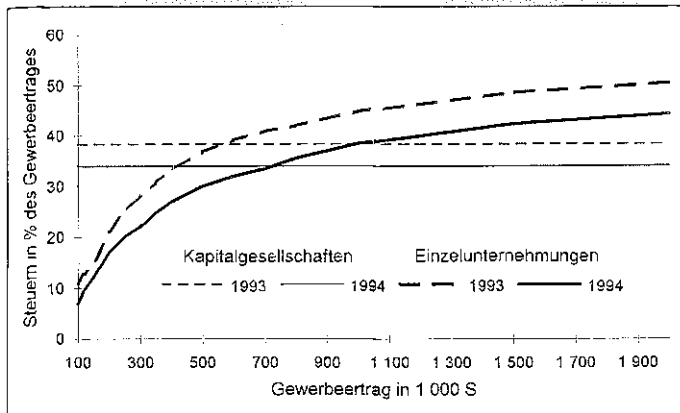
Direkte Aufkommenswirkungen der Steuerreform

Übersicht 1

	Spezifische Abgabe	Auswirkung auf die jeweilige Steuer			Insgesamt
		Einkommensteuer	Lohnsteuer	Körperschaftsteuer	
			Mrd S		
Allgemeine Steuersenkung		— 05	— 125		— 130
Unternehmensbesteuerung	— 193	+ 34		+ 116	— 43
Abschaffung von Gewerbesteuer und Vermögensteuer (einschließlich Erbschaftssteueräquivalent)	— 264	+ 24		+ 44	— 196
Erweiterung und Erhöhung der Lohnsummensteuer (Kommunalsteuer)	+ 85	— 09		— 11	+ 65
Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes auf 34 %				+ 38	+ 38
Sonstige Maßnahmen	— 14	+ 19		+ 45	+ 50
Bankenpaket und Erhöhung der Versicherungssteuer	— 07	— 01		+ 07	— 01
Steuerausfall insgesamt	— 200	+ 28	— 125	+ 123	— 174

Gewinnsteuersätze nach Rechtsformen

Abbildung 1



effektive Steuersatz für Kapitalgesellschaften von bisher etwas mehr als 50% (im Durchschnitt) auf 34%. Für natürliche Personen sind im Gegensatz zu den Kapitalgesellschaften wegen der Vermögensteuerpflicht¹⁾ keine generellen Aussagen zur Senkung der effektiven Steuersätze möglich

Die zweite Etappe der Steuerreform bringt eine spürbare Senkung der Steuerbelastung für die Unternehmen.

Grundsätzlich wird aber deutlich, daß die zweite Etappe der Steuerreform eine spürbare Senkung der Steuerbelastung für die Unternehmen bringt. Insgesamt ist mit einer Nettoentlastung des Unternehmenssektors aus den einkommens- und vermögensabhängigen Steuern von etwa 4 Mrd. S zu rechnen.

Einflüsse auf die Investitionen

Die zweite Etappe der Steuerreform beeinflusst die *Investitionsentscheidungen* der Unternehmen einerseits durch die Senkung der Steuerbelastung, andererseits durch die Reduzierung des Investitionsfreibetrags von 20% auf 15%. Die Abschaffung der Möglichkeit zur Bildung von Investitionsrücklagen bleibt hier außer Betracht, weil sie wie ein aufgeschobener Investitionsfreibetrag wirkt. Mit Hilfe eines Kapitalwertmodells werden die Wirkungen dieser Änderungen geschätzt. Das Kapitalwertmodell wurde gewählt, weil es im Unternehmensbereich für Investitionsentscheidungen meist verwendet wird und daher die Entscheidungsfindung spiegelt.

Betrachtet werden die Auswirkungen der Senkung von Steuersatz und Investitionsfreibetrag unter alternativen Annahmen über Laufzeiten, Zinssätze und Gewinnverläufe. In einem Fall werden nur die ertragsabhängigen Steuern einbezogen, das bedeutet eine Senkung des effektiven Steuersatzes von 39% auf 34%. Im anderen Fall, der wahrscheinlich der Praxis mehr entspricht, werden auch die vermögensabhängigen Steuern berücksichtigt; hier ergibt sich eine Senkung des effektiven Steuersatzes von etwa 51% im Durchschnitt auf 34%.

Unterstellt werden Zinssätze von 8%, 10% und 15% sowie Laufzeiten (Nutzungsdauern) von 5, 10 und 20 Jahren. Für den Gewinnverlauf wird zwischen konstantem, fallendem und steigendem Gewinn unterschieden, wobei die Gesamtsumme der Gewinne über die Laufzeit jeweils gleich ist.

Generell wirkt die Senkung des effektiven Steuersatzes von 39% auf 34% erheblich stärker als die Reduzierung des Investitionsfreibetrags von 20% auf 15%. In allen Fällen sind die Barwerte unter der Annahme eines Steuersatzes von 34% und eines Investitionsfreibetrags von 15% höher als bei einem Investitionsfreibetrag von 20%, aber höheren Steuersätzen (39% bzw. 51%). Die Vorteile der ab 1994 geltenden Regelungen nehmen mit der Nutzungsdauer der Investition zu. Sie sind daher tendenziell für Gebäude größer als für Ausrüstungen. Ebenso verbessern sie sich mit steigenden Zinssätzen. Die Vorteile der neuen Bestimmungen sind bei steigenden Gewinnen größer als bei fallenden, weil der Investitionsfreibetrag bei steigenden Gewinnen stärker wirkt. Je nach Annahme über Laufzeit, Zinssatz und Gewinnverlauf beträgt die Verbesserung gegenüber der bisherigen Regelung zwischen 7,5% und 10% des Barwertes.

Im Fall der Senkung des effektiven Steuersatzes von 51% auf 34% sind die Vorteile für die Investitionen mit längerer Nutzungsdauer und höheren Zinssätzen noch deutlicher.

Insgesamt ist von der Änderung der Unternehmensbesteuerung ein verhältnismäßig starker Impuls auf die Investitionen zu erwarten.

Insgesamt ist daher von der Änderung der Unternehmensbesteuerung ein verhältnismäßig starker Impuls auf die Investitionen zu erwarten, der vermutlich größer ist als jener der ersten Etappe der Steuerreform.

Effekte für die Unternehmensfinanzierung

Die zweite Etappe der Steuerreform beeinflusst sowohl die *Fremdfinanzierung* als auch die *Eigenfinanzierung* der Unternehmen. In der Fremdfinanzierung wirken gegenläufige Effekte: Die Abschaffung der Gewerbesteuer begünstigt die Fremdfinanzierung, weil die Hinzurechnung der Dauerschuldzinsen wegfällt. Andererseits wird die Kreditgebühr auf Fremdwährungskredite und bloße Kreditaufträge ausgedehnt²⁾. Insgesamt wird aber die Fremdfinanzierung entlastet.

Die Stärkung der Eigenfinanzierung der Unternehmen ist ein wichtiges Ziel der zweiten Etappe der Steuerreform.

Die Stärkung der Eigenfinanzierung der Unternehmen ist ein wichtiges Ziel der zweiten Etappe der Steuerreform. Sie wird durch mehrere Maßnahmen erreicht: zum einen durch die (bereits mehrfach erwähnte) Abschaffung der Gewerbesteuer, der Vermögensteuer und des Erbschafts-

¹⁾ Das steuerpflichtige Vermögen natürlicher Personen kann neben dem Betriebsvermögen auch Grundvermögen und „sonstiges Vermögen“ enthalten. Außerdem spielen die Freibeträge eine Rolle.

²⁾ Die ursprünglich geplante Kreditsteuer konnte nicht realisiert werden. Somit gilt weiter eine Kreditgebühr von 0,8%.

Industrie

	1991	1992	1993	1993			1993			
				II Qu	III Qu	IV Qu	September	Oktober	November	Dezember
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Vorleistungen	+ 05	- 01	- 60	-1,8		- 13	+ 09	- 06		
Für die Nahrungs- und Genußmittelbranchen	+ 58	+ 07	- 28	-51		- 56	- 02	+ 11		
Für die Textil- und Lederbranchen	- 51	+ 04	-126	-57		-122	- 47	- 55		
Für die Holz- und Papierbranchen sowie Druckereien	+ 31	+ 28	- 23	+12		+ 11	+ 66	- 14		
Für die Chemie	+ 09	+ 00	- 94	-29		- 25	- 12	- 52		
Für die Stein- und Glaswarenproduktion	-127	- 73	-150	-37		+ 00	+ 37	+257		
Für die Grundmetallverarbeitung	- 41	- 73	-136	-29		+ 74	+209	+133		
Für die Technische Verarbeitung	- 19	- 06	- 82	-47		- 24	- 34	- 10		
Für die Bauwirtschaft	+ 04	+ 11	- 11	+36		+ 24	+ 30	+ 27		
Für sonstige Wirtschaftsbereiche	+ 93	+ 19	- 06	+01		- 30	+ 06	- 43		
Ausrüstungsinvestitionen	+ 53	- 26	- 78	-40		- 26	- 56	- 21		
Fahrzeuge	+145	-130	-363	-91		-121	- 21	- 59		
Maschinen und Elektrogeräte	+ 21	- 38	- 56	-30		- 11	- 80	- 43		
Sonstige	+117	+ 61	- 07	-55		- 36	+ 02	+ 24		
Konsumgüter	+ 22	- 21	- 00	-25		+ 00	- 32	- 29		
Verbrauchsgüter	+ 54	+ 04	+ 16	-26		+ 05	- 14	- 27		
Kurzlebige Gebrauchsgüter	- 16	- 55	-122	-92		- 78	-137	- 99		
Langlebige Gebrauchsgüter	+ 04	- 28	+116	+55		+ 77	+ 50	+ 40		
Industrie insgesamt (ohne Energieversorgung)	+ 18	- 11	- 50	-23		- 13	- 12	- 16		
Nicht arbeitstäglich bereinigt	+ 22	- 07	- 35	-25		- 13	- 58	- 11		
Teilweise arbeitstäglich bereinigt (7:3)	+ 19	- 10	- 46	-24		- 13	- 28	- 15		
Produktivität pro Kopf	+ 29	+ 25	+ 14	+53		+ 65	+ 65			
Produktivität pro Stunde	+ 51	+ 42	+ 42	+60		+ 76	+ 68			
Auftragseingänge (ohne Maschinenindustrie)	+ 16	+ 03	- 47	+31		+ 69	- 86	+ 52		
Auftragsbestände (ohne Maschinenindustrie)	- 18	- 13	- 36	-38		- 16	- 11	+ 29		

Bauwirtschaft

	1991	1992	1993	1993				1993		
				II Qu	III Qu	IV Qu	September	Oktober	November	Dezember
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Produktionswert (nominal)	+ 12,2	+ 7,7		+ 2,1	+ 6,1		+ 8,8	+ 1,8		
Hochbau	+ 16,9	+ 10,4		+ 2,4	+ 4,8		+ 8,1	- 1,7		
Tiefbau	+ 9,2	+ 0,0		+ 2,9	+ 10,2		+ 13,5	+ 9,4		
Beschäftigte	+ 0,8	+ 4,8		+ 1,8	+ 2,3		+ 2,6	+ 3,1		
Hochbau	+ 4,4	+ 4,8		+ 0,5	- 0,4		+ 0,2	+ 0,8		
Tiefbau	- 2,4	- 0,6		+ 7,7	+ 11,0		+ 10,6	+ 10,1		
Auftragsbestände	+ 16,5	+ 3,4		+ 16,1	+ 15,2					
Innerhalb von 12 Monaten aufzuarbeiten	+ 12,0	+ 7,1		+ 13,2	+ 10,7					
Preisindex Hochbau	+ 6,1	+ 3,7	+ 3,0	+ 3,2	+ 2,4	+ 2,4				
Wohnbau	+ 5,9	+ 4,5	+ 3,1	+ 2,3	+ 3,1	+ 3,1				
Preisindex Tiefbau	+ 3,8	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,5				
Straßenbau	+ 3,6	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,7				

Energiewirtschaft

	1991	1992	1993	1993			1993			
				II Qu	III Qu	IV Qu	September	Oktober	November	Dezember
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Förderung	+ 14	+ 43		— 91	+146		+119	.		
Kohle	—150	—149		—150	— 54		—164	—173		
Erdöl	+107	— 72		+ 00	— 09		— 01			
Erdgas	+ 32	+ 81		— 31	+ 49		— 35	.	.	
Stromerzeugung	+ 21	— 06		— 73	+121		+122	+103	+ 57	
Wasserkraft	+ 07	+102		—121	+246		+269	+408	+ 14	
Wärmeleistung	+ 46	—195		+258	—228		—145	—355	+137	
Verbrauch	+ 60	— 34		— 34	— 22		+ 02			
Kohle	+ 31	—223		—179	—131		— 05			
Erdöl Mineralölprodukte	+ 78	— 12		— 13	— 36		— 39			
Treibstoffe	+102	+ 02		— 25	— 05		— 03			
Normalbenzin	+139	— 22		— 91	— 75		—105			
Superbenzin . . .	+ 75	— 53		— 33	— 39		— 26			
Dieselmotoren	+111	+ 54		+ 05	+ 48		+ 50			
Heizöl	+102	—112		+ 84	— 97		—158			
Gasöl für Heizzwecke	+236	— 73		+107	— 27		— 82			
Sonstige Heizöl	+ 26	—138		+ 60	—167		—225			
Erdgas	+ 58	— 19		+ 49	— 49		+ 04	.	.	
Elektrischer Strom	+ 44	— 10		— 11	+ 10		+ 28	— 17	+ 52	

Entstehung des Brutto-Inlandsproduktes

Übersicht 1

	Industrie einschließ- lich Berg- bau	Gewerbe	Energie und Was- servorsor- gung	Bauwesen	Handel ¹⁾	Verkehr und Nach- richten- übermitt- lung	Vermö- gensver- waltung ²⁾	Sonstige private Dienste	Öffent- licher Dienst	Wert- schöpfung ohne Land- und Forstwirtschaft	Land- und Forstwirtschaft	Wert- schöpfung der Wirt- schafts- bereiche ³⁾	Brutto- Inlands- produkt
Zu Preisen von 1983 in Mrd. S													
1988 I Quartal	67 70	20 26	11 54	11 41	52 56	18 67	46 40	14 93	43 41	288 87	8 02	294 89	302 94
II Quartal	72 36	21 48	10 32	23 75	53 30	20 61	47 03	14 97	43 46	307 28	8 98	316 27	327 68
III Quartal	71 03	22 01	9 64	29 37	59 53	21 35	47 86	15 02	43 59	319 39	13 23	332 62	345 16
IV Quartal	77 04	24 14	11 20	27 45	60 56	21 55	47 59	14 99	44 04	328 56	16 29	344 86	359 49
Σ 1988	288 14	87 89	42 70	91 97	225 94	82 19	188 88	59 90	174 51	1 242 12	46 53	1 288 65	1 335 27
1989 I Quartal	70 32	21 09	12 85	12 82	56 67	20 16	48 44	15 55	43 17	301 07	8 22	309 29	318 37
II Quartal	76 68	22 26	10 78	24 28	55 49	22 05	49 15	15 59	44 43	320 70	9 13	329 83	341 67
III Quartal	71 97	22 70	10 60	30 17	60 79	22 60	50 14	15 51	43 49	327 98	12 70	340 68	352 98
IV Quartal	81 20	24 61	12 40	28 71	62 28	22 71	50 18	15 44	44 53	342 07	16 08	358 16	373 40
Σ 1989	300 18	90 66	46 62	95 99	235 23	87 51	197 91	62 08	175 63	1 291 82	46 13	1 337 96	1 386 42
1990 I Quartal	75 40	22 98	13 12	12 99	60 07	20 97	50 44	16 24	44 20	316 41	8 88	325 29	334 08
II Quartal	78 83	23 49	10 98	25 07	59 51	23 19	51 16	16 34	44 88	333 46	9 95	343 41	354 87
III Quartal	75 84	24 14	10 20	31 31	65 40	23 94	52 10	16 30	44 59	343 81	13 06	356 86	369 06
IV Quartal	83 69	25 83	13 04	29 74	66 06	24 29	52 19	16 28	45 34	356 48	16 19	372 67	387 32
Σ 1990	313 77	96 44	47 34	99 11	251 04	92 39	205 90	65 15	179 01	1 350 15	48 09	1 398 24	1 445 33
1991 I Quartal	77 11	23 58	13 81	12 89	62 77	22 67	52 74	16 81	44 96	327 33	7 83	335 16	343 37
II Quartal	81 33	24 04	11 22	26 43	60 02	24 97	53 39	16 91	46 00	344 30	8 85	353 15	364 04
III Quartal	77 89	24 86	10 85	33 08	67 48	25 86	54 32	16 84	45 63	356 80	12 58	369 38	381 05
IV Quartal	85 00	26 40	13 23	31 20	67 75	25 15	54 05	16 80	46 78	366 36	15 41	381 77	395 92
Σ 1991	321 33	98 88	49 11	103 60	258 02	98 64	214 49	67 35	183 36	1 394 79	44 67	1 439 46	1 484 3
1992 I Quartal	77 65	23 88	14 28	14 71	63 70	23 37	54 32	17 02	45 68	334 61	7 70	342 31	351 14
II Quartal	81 65	24 52	11 98	28 11	62 97	25 50	54 81	17 11	47 05	353 69	8 64	362 33	374 47
III Quartal	78 29	25 05	10 33	34 19	68 17	27 13	55 50	17 04	46 52	362 22	11 88	374 10	386 25
IV Quartal	83 29	26 13	13 78	31 69	67 53	26 90	55 12	17 02	47 70	369 16	14 95	384 11	397 01
Σ 1992	320 89	99 58	50 37	108 70	262 37	102 90	219 75	68 19	186 95	1 419 69	43 17	1 462 86	1 508 87
Veränderung gegen das Vorjahr in % real													
1988 I Quartal	+ 93	+ 71	- 100	+ 98	+ 65	+ 27	+ 22	+ 85	+ 07	+ 47	+ 27	+ 46	+ 47
II Quartal	+ 74	+ 66	- 40	+ 33	+ 51	+ 35	+ 24	+ 64	+ 07	+ 42	- 08	+ 40	+ 40
III Quartal	+ 92	+ 61	- 103	- 01	+ 37	+ 50	+ 29	+ 62	+ 07	+ 38	+ 46	+ 39	+ 37
IV Quartal	+ 67	+ 66	- 39	+ 33	+ 44	+ 45	+ 30	+ 66	+ 09	+ 41	+ 76	+ 43	+ 39
Ø 1988	+ 81	+ 66	- 71	+ 29	+ 49	+ 40	+ 26	+ 65	+ 07	+ 42	+ 42	+ 42	+ 41
1989 I Quartal	+ 39	+ 41	+ 113	+ 124	+ 78	+ 80	+ 44	+ 42	- 06	+ 49	+ 25	+ 49	+ 51
II Quartal	+ 60	+ 36	+ 44	+ 22	+ 41	+ 70	+ 45	+ 41	+ 22	+ 44	+ 17	+ 43	+ 43
III Quartal	+ 13	+ 31	+ 100	+ 27	+ 21	+ 58	+ 48	+ 32	- 02	+ 27	- 40	+ 24	+ 23
IV Quartal	+ 54	+ 19	+ 107	+ 46	+ 28	+ 53	+ 54	+ 30	+ 11	+ 41	- 12	+ 39	+ 39
Ø 1989	+ 42	+ 32	+ 92	+ 44	+ 41	+ 65	+ 46	+ 36	+ 06	+ 40	- 08	+ 38	+ 36
1990 I Quartal	+ 72	+ 89	+ 21	+ 13	+ 60	+ 40	+ 41	+ 45	+ 24	+ 51	+ 81	+ 52	+ 49
II Quartal	+ 28	+ 55	+ 19	+ 32	+ 73	+ 52	+ 41	+ 48	+ 10	+ 40	+ 90	+ 41	+ 39
III Quartal	+ 54	+ 64	- 38	+ 38	+ 76	+ 59	+ 39	+ 51	+ 25	+ 48	+ 29	+ 48	+ 46
IV Quartal	+ 31	+ 50	+ 52	+ 36	+ 61	+ 69	+ 40	+ 54	+ 18	+ 42	+ 07	+ 41	+ 37
Ø 1990	+ 45	+ 64	+ 15	+ 33	+ 67	+ 56	+ 40	+ 49	+ 19	+ 45	+ 42	+ 45	+ 42
1991 I Quartal	+ 23	+ 26	+ 52	- 08	+ 45	+ 81	+ 46	+ 35	+ 17	+ 35	- 119	+ 30	+ 28
II Quartal	+ 32	+ 23	+ 22	+ 54	+ 09	+ 77	+ 43	+ 35	+ 25	+ 33	- 111	+ 28	+ 26
III Quartal	+ 27	+ 30	+ 64	+ 57	+ 32	+ 80	+ 43	+ 33	+ 23	+ 38	- 37	+ 35	+ 32
IV Quartal	+ 16	+ 22	+ 14	+ 49	+ 26	+ 35	+ 36	+ 32	+ 32	+ 26	- 48	+ 24	+ 22
Ø 1991	+ 24	+ 25	+ 37	+ 45	+ 28	+ 68	+ 42	+ 34	+ 24	+ 33	- 71	+ 29	+ 27
1992 I Quartal	+ 07	+ 12	+ 34	+ 142	+ 15	+ 31	+ 30	+ 13	+ 16	+ 22	- 17	+ 21	+ 23
II Quartal	+ 04	+ 20	+ 68	+ 64	+ 49	+ 21	+ 27	+ 12	+ 23	+ 27	- 24	+ 26	+ 29
III Quartal	+ 05	+ 08	- 48	+ 33	+ 10	+ 49	+ 22	+ 12	+ 20	+ 15	- 55	+ 13	+ 14
IV Quartal	- 20	- 10	+ 42	+ 16	- 03	+ 70	+ 20	+ 13	+ 20	+ 08	- 30	+ 06	+ 03
Ø 1992	- 01	+ 07	+ 26	+ 49	+ 17	+ 43	+ 25	+ 12	+ 20	+ 16	- 34	+ 16	+ 16

Rundungsdifferenzen möglich. — ¹⁾ Einschließlich Beherbergungs- und Gaststättenwesen. — ²⁾ Banken und Versicherungen Realitätenwesen Rechts- und Wirtschaftsdienste —
³⁾ Vor Abzug der imputierten Bankdienstleistungen und vor Zurechnung der Importabgaben und der Mehrwertsteuer

Industrie

	1991	1992	1993	1993				1993		1994
				II Qu	III Qu	IV Qu	Oktober	November	Dezember	Jänner
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Vorleistungen	+ 0,5	- 0,1		- 6,0	-1,8	+ 2,4	+ 0,9	+ 1,4	+ 5,1	
Für die Nahrungs- und Genußmittelbranchen	+ 5,8	+ 0,7		- 2,8	-5,1	+ 0,5	- 0,2	- 0,8	+ 2,6	
Für die Textil- und Lederbranchen	- 5,1	+ 0,4		-12,6	-5,7	- 4,0	- 4,7	- 4,3	- 2,8	
Für die Holz- und Papierbranchen sowie Druckereien	+ 3,1	+ 2,8		- 2,3	+1,2	+ 3,2	+ 6,6	+ 0,5	+ 2,4	
Für die Chemie	+ 0,9	+ 0,0		- 9,4	-2,9	- 2,9	- 1,2	- 3,8	- 3,7	
Für die Stein- und Glaswarenproduktion	-12,7	- 7,3		-15,0	-3,7	+12,1	+ 3,7	+25,1	+ 9,0	
Für die Grundmetallverarbeitung	- 4,1	- 7,3		-13,6	-2,9	+14,8	+20,9	+11,6	+12,2	
Für die Technische Verarbeitung	- 1,9	- 0,6		- 8,2	-4,7	+ 2,2	- 3,4	+ 1,8	+ 9,4	
Für die Bauwirtschaft	+ 0,4	+ 1,1		- 1,1	+3,6	+ 4,1	+ 3,0	+ 0,9	+10,1	
Für sonstige Wirtschaftsbereiche	+ 9,3	+ 1,9		- 0,6	+0,1	- 0,4	+ 0,6	+ 1,0	- 2,6	
Ausrüstungsinvestitionen	+ 5,3	- 2,6		- 7,8	-4,0	- 1,0	- 5,6	+ 4,3	- 1,3	
Fahrzeuge	+14,5	-13,0		-36,3	-9,1	- 0,9	- 2,1	- 4,7	+ 3,4	
Maschinen und Elektrogeräte	+ 2,1	- 3,8		- 5,6	-3,0	- 1,9	- 8,0	+ 4,9	- 1,7	
Sonstige	+11,7	+ 6,1		- 0,7	-5,5	+ 0,9	+ 0,2	+ 6,5	- 3,6	
Konsumgüter	+ 2,2	- 2,1		- 0,0	-2,5	- 0,7	- 3,2	- 0,6	+ 1,7	
Verbrauchsgüter	+ 5,4	+ 0,4		+ 1,6	-2,6	+ 0,8	- 1,4	+ 1,4	+ 2,4	
Kurzlebige Gebrauchsgüter	- 1,6	- 5,5		-12,2	-9,2	- 9,0	-13,7	- 8,3	- 3,9	
Langlebige Gebrauchsgüter	+ 0,4	- 2,8		+11,6	+5,5	+ 4,9	+ 5,0	+ 3,9	+ 6,0	
Industrie insgesamt (ohne Energieversorgung)	+ 1,8	- 1,1		- 5,0	-2,3	+ 1,1	- 1,2	+ 1,4	+ 3,2	
Nicht arbeitstätig bereinigt	+ 2,2	- 0,7		- 3,5	-2,5	+ 0,8	- 5,8	+ 1,5	+ 7,7	
Teilweise arbeitstätig bereinigt (7 : 3)	+ 1,9	- 1,0		- 4,6	-2,4	+ 1,0	- 2,6	+ 1,5	+ 4,6	
Produktivität pro Kopf	+ 2,9	+ 2,5		+ 1,4	+5,3		+ 6,5	+ 9,3		
Produktivität pro Stunde	+ 5,1	+ 4,2		+ 4,2	+6,0		+ 6,8	+10,4		
Auftragseingänge (ohne Maschinenindustrie)	+ 1,6	+ 0,3	-2,5	- 4,7	+3,1	- 0,3	- 8,6	+ 3,8	+ 5,4	
Auftragsbestände (ohne Maschinenindustrie)	- 1,8	- 1,3	-2,3	- 3,6	-3,8	+ 1,8	- 1,1	+ 0,3	+ 6,4	

Bauwirtschaft

	1991	1992	1993	1993				1993		1994
				II Qu	III Qu	IV Qu	Oktober	November	Dezember	Jänner
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Produktionswert (nominal)	+12,2	+ 7,7		+ 2,1	+ 6,1		+ 1,8	+ 6,8		
Hochbau	+16,9	+10,4		+ 2,4	+ 4,8		- 1,7	+ 3,3		
Tiefbau	+ 9,2	+ 0,0		+ 2,9	+10,2		+ 9,4	+10,9		
Beschäftigte	+ 0,8	+ 4,8		+ 1,8	+ 2,3		+ 3,1	+ 3,1		
Hochbau	+ 4,4	+ 4,8		+ 0,5	- 0,4		+ 0,8	+ 0,9		
Tiefbau	- 2,4	- 0,6		+ 7,7	+11,0		+10,1	+ 8,7		
Auftragsbestände	+16,5	+ 3,4		+16,1	+15,2					
Innerhalb von 12 Monaten aufzuarbeiten	+12,0	+ 7,1		+13,2	+10,7					
Preisindex Hochbau	+ 6,1	+ 3,7	+3,0	+ 3,2	+ 2,4	+2,4				
Wohnbau	+ 5,9	+ 4,5	+3,1	+ 2,3	+ 3,1	+3,1				
Preisindex Tiefbau	+ 3,8	+ 1,7	+2,3	+ 2,6	+ 2,5	+2,5				
Straßenbau	+ 3,6	+ 1,6	+2,3	+ 2,8	+ 2,7	+2,7				

Energiewirtschaft

	1991	1992	1993	1993				1993		1994
				II Qu	III Qu	IV Qu	Oktober	November	Dezember	Jänner
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Förderung	+ 1,4	+ 4,3		- 9,1	+14,6		+19,6	+ 4,2		
Kohle	-15,0	-14,9		-15,0	- 5,4		-17,3	+37,6		
Erdöl	+10,7	- 7,2		+ 0,0	- 0,9		- 0,6	- 4,2		
Erdgas	+ 3,2	+ 8,1		- 3,1	+ 4,9		+ 0,0	+ 7,6		
Stromerzeugung	+ 2,1	- 0,6	+2,9	- 7,3	+12,1	+4,9	+10,3	+ 5,7	- 1,1	
Wasserkraft	+ 0,7	+10,2	+5,4	-12,1	+24,6	+7,6	+40,8	+ 1,4	-14,3	
Wärmeleistung	+ 4,6	-19,5	-3,2	+25,8	-22,8	+0,0	-35,5	+13,7	+26,1	
Verbrauch	+ 6,0	- 3,3		- 3,4	- 2,3		- 5,8	+13,6		
Kohle	+ 3,1	-22,1		-17,9	-13,2		-32,8	+ 8,1		
Erdöl Mineralölprodukte	+ 7,8	- 1,2		- 1,3	- 3,6		- 3,4	+17,9		
Treibstoffe	+10,2	+ 0,2		- 2,5	- 0,5		- 5,8	+ 4,9		
Normalbenzin	+13,9	- 2,2		- 9,1	- 7,5		-11,5	- 6,2		
Superbenzin	+ 7,5	- 5,3		- 3,3	- 3,9		- 8,4	+ 0,6		
Dieselmotoren	+11,1	+ 5,4		+ 0,5	+ 4,8		- 2,6	+11,1		
Heizöl	+10,2	-11,2		+ 8,4	- 9,7		- 5,1	+38,7		
Gasöl für Heizzwecke	+23,6	- 7,3		+10,7	- 2,7		-11,5	+38,6		
Sonstige Heizöl	+ 2,6	-13,8		+ 6,0	-16,7		- 0,5	+38,7		
Erdgas	+ 5,8	- 2,0		+ 5,1	- 4,9		- 8,5	+17,7		
Elektrischer Strom	+ 4,4	- 1,0	+0,5	- 1,1	+ 1,0	+1,8	- 1,7	+ 5,2	+ 1,6	

Industrie

	1991	1992	1993	1993			1993		1994	
				II Qu	III Qu	IV Qu	November	Dezember	Jänner	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Vorleistungen	+ 0,5	- 0,1	- 2,7	- 6,0	- 1,8	+ 1,8	+ 1,4	+ 3,2	+ 7,0	
Für die Nahrungs- und Genussmittelbranchen	+ 5,8	+ 0,7	- 2,0	- 2,8	- 5,1	+ 0,3	- 0,8	+ 1,9	+ 2,1	
Für die Textil- und Lederbranchen	- 5,1	+ 0,4	- 7,6	- 12,6	- 5,7	- 4,4	- 4,3	- 4,1	- 10,8	
Für die Holz- und Papierbranchen sowie Druckereien	+ 3,1	+ 2,8	- 0,7	- 2,3	+ 1,2	+ 2,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 9,1	
Für die Chemie	+ 0,9	+ 0,0	- 4,9	- 9,4	- 2,9	- 3,3	- 3,8	- 5,0	- 1,3	
Für die Stein- und Glaswarenproduktion	- 12,7	- 7,3	- 6,8	- 15,0	- 3,7	+ 14,4	+ 25,1	+ 16,7	+ 5,5	
Für die Grundmetallverarbeitung	- 4,1	- 7,3	- 2,4	- 13,6	- 2,9	+ 14,5	+ 11,6	+ 11,1	+ 11,7	
Für die Technische Verarbeitung	- 1,9	- 0,6	- 4,6	- 8,2	- 4,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 7,6	+ 10,9	
Für die Bauwirtschaft	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,1	- 1,1	+ 3,6	+ 2,4	+ 0,9	+ 3,6	+ 3,3	
Für sonstige Wirtschaftsbereiche	+ 9,3	+ 1,9	+ 0,4	- 0,6	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,0	- 1,0	+ 10,4	
Ausrüstungsinvestitionen	+ 5,3	- 2,6	- 4,6	- 7,8	- 4,0	+ 2,6	+ 4,3	+ 3,9	- 2,4	
Fahrzeuge	+ 14,5	- 13,0	- 18,7	- 36,3	- 9,1	+ 2,7	- 4,7	+ 13,0	- 14,0	
Maschinen und Elektrogeräte	+ 2,1	- 3,8	- 3,0	- 5,6	- 3,0	+ 3,4	+ 4,9	+ 13,0	- 3,5	
Sonstige	+ 11,7	+ 6,1	- 3,3	- 0,7	- 5,5	+ 0,5	+ 6,5	- 4,6	+ 5,0	
Konsumgüter	+ 2,2	- 2,1	- 1,3	+ 0,0	- 2,5	- 1,9	- 0,6	- 1,9	- 3,4	
Verbrauchsgüter	+ 5,4	+ 0,4	- 0,1	+ 1,6	- 2,6	- 0,7	+ 1,4	- 2,2	- 4,3	
Kurzlebige Gebrauchsgüter	- 1,6	- 5,5	- 11,2	- 12,2	- 9,2	- 10,0	- 8,3	- 7,5	- 9,2	
Langlebige Gebrauchsgüter	+ 0,4	- 2,8	+ 8,2	+ 11,6	+ 5,5	+ 4,3	+ 3,9	+ 4,0	+ 5,3	
Industrie insgesamt (ohne Energieversorgung)	+ 1,8	- 1,1	- 2,7	- 5,0	- 2,3	+ 1,1	+ 1,4	+ 3,3	+ 2,9	
Nicht arbeitstägig bereinigt	+ 2,2	- 0,7	- 2,7	- 3,5	- 2,5	+ 1,0	+ 1,5	+ 8,6	+ 8,0	
Teilweise arbeitstägig bereinigt (7:3)	+ 1,9	- 1,0	- 2,7	- 4,6	- 2,4	+ 1,1	+ 1,5	+ 4,9	+ 4,4	
Produktivität pro Kopf	+ 2,9	+ 2,5	+ 4,0	+ 1,4	+ 5,3	+ 8,8	+ 9,3	+ 10,7		
Produktivität pro Stunde	+ 5,1	+ 4,2	+ 5,9	+ 4,2	+ 6,0	+ 9,8	+ 10,4	+ 12,5		
Auftragseingänge (ohne Maschinenindustrie)	+ 1,6	+ 0,3	- 2,5	- 4,7	+ 3,1	- 0,0	+ 3,8	+ 6,2	+ 7,8	
Auftragsbestände (ohne Maschinenindustrie)	- 1,8	- 1,3	- 2,4	- 3,6	- 3,8	+ 1,4	+ 0,3	+ 5,3	+ 2,9	

Bauwirtschaft

	1991	1992	1993	1993			1993		1994	
				II Qu	III Qu	IV Qu	November	Dezember	Jänner	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Produktionswert (nominell)	+ 12,2	+ 7,7	+ 1,7	+ 2,1	+ 6,1	+ 5,0	+ 6,8	+ 6,7	+ 10,8	
Hochbau	+ 16,9	+ 10,4	+ 1,0	+ 2,4	+ 4,8	+ 2,1	+ 3,3	+ 5,2	+ 8,3	
Tiefbau	+ 9,2	+ 0,0	+ 3,7	+ 2,9	+ 10,2	+ 10,3	+ 10,9	+ 10,7	+ 18,5	
Beschäftigte	+ 0,8	+ 4,8	+ 0,8	+ 1,8	+ 2,3	+ 1,7	+ 3,1	- 1,5	+ 2,4	
Hochbau	+ 4,4	+ 4,8	- 1,4	+ 0,5	- 0,4	- 0,5	+ 0,9	- 3,4	+ 6,4	
Tiefbau	- 2,4	- 0,6	+ 7,2	+ 7,7	+ 11,0	+ 7,3	+ 8,7	+ 2,5	- 1,2	
Auftragsbestände	+ 16,5	+ 3,4	+ 13,2	+ 16,1	+ 15,2	+ 8,4				
Innerhalb von 12 Monaten aufzuarbeiten	+ 12,0	+ 7,1	+ 10,4	+ 13,2	+ 10,7	+ 6,9				
Preisindex Hochbau	+ 6,1	+ 3,7	+ 3,0	+ 3,2	+ 2,4	+ 2,4				
Wohnbau	+ 5,9	+ 4,5	+ 3,1	+ 2,3	+ 3,1	+ 3,1				
Preisindex Tiefbau	+ 3,8	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,5				
Straßenbau	+ 3,6	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,7				

Energiewirtschaft

	1991	1992	1993	1993			1993		1994	
				II Qu	III Qu	IV Qu	November	Dezember	Jänner	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Förderung	+ 1,4	+ 4,3	+ 3,0	- 9,1	+ 14,6	+ 5,5	+ 4,2	- 6,1		
Kohle	- 15,0	- 14,9	- 4,5	- 15,0	- 5,4	+ 17,1	+ 37,6	+ 31,2		
Erdöl	+ 10,7	- 7,2	- 2,1	+ 0,0	- 0,9	- 1,3	- 4,2	+ 1,0		
Erdgas	+ 3,2	+ 8,1	+ 3,3	- 3,1	+ 4,9	+ 2,5	+ 7,6	+ 0,1		
Stromerzeugung	+ 2,1	- 0,6	+ 2,9	- 7,3	+ 12,1	+ 4,9	+ 5,7	- 1,1		
Wasserkraft	+ 0,7	+ 10,2	+ 5,4	- 12,1	+ 24,6	+ 7,6	+ 1,4	- 14,3		
Wärmeleistung	+ 4,6	- 19,5	- 3,2	+ 25,8	- 22,8	+ 0,0	+ 13,7	+ 26,1		
Verbrauch	+ 6,0	- 3,3	+ 0,6	- 3,4	- 2,3	+ 4,4	+ 13,6	+ 5,7		
Kohle	+ 3,1	- 22,1	- 13,0	- 17,9	- 13,2	- 6,6	+ 8,1	+ 16,2		
Erdöl Mineralölprodukte	+ 7,8	- 1,2	+ 1,6	- 1,3	- 3,6	+ 7,3	+ 17,9	+ 8,5		
Treibstoffe	+ 10,2	+ 0,2	- 1,7	- 2,5	- 0,5	- 0,4	+ 4,9	+ 0,7		
Normalbenzin	+ 13,9	- 2,2	- 7,1	- 9,1	- 7,5	- 6,1	- 6,2	+ 0,1		
Superbenzin	+ 7,5	- 5,3	- 2,5	- 3,3	- 3,9	- 1,5	+ 0,6	+ 3,8		
Dieselmotorenkraftstoff	+ 11,1	+ 5,4	+ 0,8	+ 0,5	+ 4,8	+ 2,1	+ 11,1	- 1,4		
Heizöl	+ 10,2	- 11,2	+ 9,0	+ 8,4	- 9,7	+ 13,9	+ 38,7	+ 10,2		
Gasöl für Heizzwecke	+ 23,6	- 7,3	+ 10,2	+ 10,7	- 2,7	+ 6,8	+ 38,6	+ 1,2		
Sonstige Heizöl	+ 2,6	- 13,8	+ 8,1	+ 6,0	- 16,7	+ 18,1	+ 38,7	+ 15,3		
Erdgas	+ 5,8	- 2,0	+ 5,2	+ 5,1	- 4,9	+ 5,9	+ 17,7	+ 6,6		
Elektrischer Strom	+ 4,4	- 1,0	+ 0,5	- 1,1	+ 1,0	+ 1,8	+ 5,2	+ 1,6		

Die heimische Konjunktur hat im Sommer 1993 die Talsohle erreicht, seither mehrten sich die Hinweise auf eine Erholung. Insbesondere stiegen die Auslandsaufträge im Gefolge des Konjunkturaufschwungs in den USA. Auch einige wirtschaftspolitische Voraussetzungen für die Überwindung der Rezession haben sich gebessert: Die Zinssätze sind im 2. Halbjahr 1993 deutlich gefallen, und die Zinsstruktur hat sich normalisiert, d. h. die kurzfristigen Zinssätze sanken wieder unter die langfristigen. Das begünstigt Investitionen in Sachanlagen gegenüber kurzfristigen Finanzanlagen.

Export und Tourismus von der internationalen Rezession betroffen

Die weltweite Nachfrageschwäche erschwerte den Absatz österreichischer Exportgüter. Die Abwertung wichtiger europäischer Währungen verschärfte diese Situation schließlich weiter. Die damit verbundene Verschlechterung der preisbestimmten Wettbewerbsfähigkeit hatte deutliche Marktanteilsverluste im Export zur Folge, insbesondere in den Abwertungsländern (Großbritannien, Italien, Skandinavien). Aber auch der deutsche Markt erwies sich als wenig aufnahmefähig: Die Ausfuhr nach Deutschland ging 1993 stark zurück, obwohl die österreichischen Exporteure ihre Marktanteile weitgehend behaupten konnten. Infolge der Krise der deutschen Autoindustrie wurden die Zulieferungen aus Österreich stark gekürzt.

Die österreichischen Exporteure erzielten 1993 das schlechteste Ergebnis seit den späten fünfziger Jahren. Sie exportierten um 4,1% weniger als im Vorjahr. In der zweiten Jahreshälfte stabilisierte sich die Entwicklung zwar, die Aufhellung beschränkte sich jedoch auf die Nachfrage aus Übersee und den Oststaaten.

Zwischen den Wechselkursänderungen und den Exporteinbußen besteht ein deutlicher Zusammenhang: Die Aus-

fuhr in die Abwertungsländer sank um 10% bis 20%. Das betraf einige exportintensive Bereiche (Holz, Papier, Magnesit) besonders empfindlich. Diese Branchen hatten in der Zeit der Stabilität des EWS Wettbewerbsvorteile gewonnen, die sie nun mit einem Schlag wieder verloren.

Der Reiseverkehr litt unter der Rezession in Deutschland und der Abwertung in wichtigen Herkunftsländern (z. B. Italien). Die Deviseneinnahmen sanken 1993 real um rund 3%, in der Sommersaison sogar um 5,3%. Österreich hat damit im internationalen Tourismus Marktanteile verloren. Auch hier ist ein enger Zusammenhang zwischen der Entwicklung der relativen Preise (Wechselkurse) und der realen Marktanteile nachzuweisen: Eine relative Verteuerung des österreichischen Tourismusangebotes um 3% hat einen Marktanteilsverlust von 2% im europäischen Reiseverkehr zur Folge. Besonders groß waren die Einbußen im Städtetourismus, der Wintertourismus brachte dagegen ein relativ gutes Saisonergebnis.

Andererseits sparten die Österreicher auch an Auslandsreisen nicht. Die Abwertungen in einigen traditionellen Ferienländern und die niedrigen Flugtarife boten einen Anreiz für einen günstigen Auslandsurlaub.

Inländische Nachfrage wirkt stabilisierend

Die Nachfrage nach Bauleistungen trug 1993 zur Stabilisierung der Konjunktur bei. Die einzelnen Bausparten entwickelten sich jedoch sehr unterschiedlich. Die Errichtung neuer Industrie- und Bürogebäude ist in den Hintergrund gerückt, jene von Wohnhäusern wurde jedoch vorangetrieben. Hier schlugen sich die Knappheit an Wohnungen und die neuen Förderungsprogramme der Bundesländer nieder.

Im Februar beschloß die Bundesregierung ein Programm zur Konjunkturstabilisierung, das sich vor allem auf eine Verbesserung der Infrastruktur konzentriert; in der Folge kam die Bautätigkeit im öffentlichen Auftrag im Sommer 1993 wieder in Schwung. Davon profitierte insbesondere der Tiefbau. Die Bestände an privaten Aufträgen stiegen 1993 viel schwächer als die an öffentlichen.

Eine weitere Stütze der Konjunktur war die kräftige Nachfrage der privaten Haushalte. Sie konsumierten 1993 mehr als im Vorjahr, obwohl die Realeinkommen stagnierten. Das Konsumklima wurde durch die Rezession kaum beeinträchtigt. Es gab keine Anzeichen von „Angstsparen“, im Gegenteil: Die Privathaushalte griffen bei der Steigerung ihrer Ausgaben auf Ersparnisse früherer Jahre zurück.

Der private Konsum erhöhte sich 1993 vor allem dank steigender Ausgaben für Dienstleistungen (besonders im Wohnungsbereich und für Auslandsreisen). Die Einzelhandelsbetriebe erlitten dagegen Umsatzeinbußen. Fahrzeuge konnten besonders schwer abgesetzt werden, im Handel mit Möbeln und Hausrat wurden dagegen — im Gefolge des Wohnbaubooms — Zuwächse erzielt.

Von der Investitionstätigkeit der Unternehmen gehen bereits seit 1992 rezessive Impulse aus. Die Investitionsneigung reagiert besonders sensibel auf wirtschaftliche Unsicherheit und schwankt konjunkturell stärker als alle ande-

Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und Produktion

	1989	1990	1991	1992	1993
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Privater Konsum	+ 3,5	+ 3,6	+ 2,9	+ 1,8	+ 0,8
Öffentlicher Konsum	+ 0,8	+ 1,2	+ 3,1	+ 2,4	+ 2,0
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 6,2	+ 5,7	+ 5,1	+ 2,7	- 2,0
Ausrüstungen netto ¹⁾	+ 8,3	+ 5,7	+ 4,7	- 0,9	- 6,1
Bauten netto ¹⁾	+ 4,8	+ 5,8	+ 5,1	+ 5,5	+ 0,8
Inländische Endnachfrage	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,5	+ 2,1	+ 0,3
(Lagerbildung)	(A) - 0,4	+ 0,5	- 0,4	- 0,4	+ 0,3
	(B) (10,6)	(17,3)	(11,6)	(5,0)	(9,8)
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	+ 3,2	+ 4,2	+ 3,1	+ 1,7	+ 0,6
Exporte i. w. S.	+ 10,3	+ 8,1	+ 5,6	+ 2,8	- 1,7
Importe i. w. S.	+ 8,5	+ 7,8	+ 6,3	+ 2,8	+ 0,2
Außenbeitrag (A)	+ 0,6	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	- 0,9
Brutto-Inlandsprodukt	+ 3,8	+ 4,2	+ 2,7	+ 1,6	- 0,3
Industrieproduktion ²⁾	+ 4,5	+ 4,6	+ 2,6	- 0,1	- 3,0
Primärsektor	- 1,9	+ 3,7	- 7,3	- 3,6	+ 0,6
Sekundärsektor	+ 4,6	+ 4,4	+ 3,0	+ 1,2	- 1,6
Tertiärsektor	+ 3,7	+ 4,6	+ 3,6	+ 2,2	+ 1,1

(A) Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Inlandsproduktes in Prozentpunkten. — (B) Mrd. S zu Preisen von 1983. — ¹⁾ Ohne Mehrwertsteuer. — ²⁾ Reale Wertschöpfung.

Wie erwartet wirkte sich die Rezession auf den österreichischen Sommertourismus deutlich stärker als in der Wintersaison aus: Der Sommergast gehört im Durchschnitt

Sommersaison 1993

einer niedrigeren Einkommenschicht als der Wintergast und ist damit auch konjunktur- und preisreagibler; überdies ist der Druck der internationalen Konkurrenz viel größer als im Wintertourismus.

Nach den bisher vorliegenden Daten gingen die Tourismusumsätze in der Sommersaison 1993 nominell um 0,4% zurück, nachdem im Vergleichszeitraum des Vorjahres noch ein Zuwachs von 3½% erzielt worden war. Real — nach Ausschaltung der Preissteigerung — sanken die Tourismusumsätze im Sommerhalbjahr um 4,8% (1992 — 0,8%). Im langfristigen Vergleich seit 1970 ist dies das drittschlechteste Ergebnis einer Sommersaison (1974 — 7,2%, 1983 — 6,4%). Den Nachfrageeinbruch spiegelten die Nächtigungszahlen wieder: die Ausländernächtigungen (—6%) stärker als die Inländernächtigungen (—2%). Wie im Vorjahr wurden 1993 die Auswirkungen der Rezession auf die Tourismuskonsumfrage zusätzlich durch die aufwertungsbedingte relative Verteuerung des Angebotes verschärft. Das schlechte Wetter im Juli sowie zum Ausklang der Hauptsaison wirkte ebenfalls nachfragedämpfend. Trotz der leicht rückläufigen nominellen Tourismusumsätze konnte das Beschäftigungsniveau im Hotel- und Gaststättenwesen auf dem Niveau des Sommers 1992 gehalten werden.

Vergleichbar mit der Wintersaison waren auch in der Sommersaison die Städte viel stärker von der Nachfrageschwäche betroffen als der ländliche Raum, wenn auch weniger differenziert als im Winterhalbjahr.

Auf keinem Herkunftsmarkt wurden Zuwächse verzeichnet. Relativ gering fiel der Nächtigungsrückgang der deutschen Gäste aus (—3½%).

In der Sommersaison gaben die Deutschen in Österreich um 4,7% weniger aus als im Vorjahr (auf DM-Basis). Im Jahresdurchschnitt dürften ihre Ausgaben in Österreich um etwa 0,7% gestiegen sein, die Ausgaben in den übrigen europäischen Zielländern dagegen insgesamt um 6½%.

Wie erwartet erwies sich in der Rezession die Nachfrage nach Unterkünften der gehobenen Hotellerie und nach Ferienwohnungen bzw. -häusern als robuster als jene nach Billigquartieren. Entsprechend dem langfristigen Trend sank das Bettenangebot sowohl in der Winter- als auch in der Sommersaison im Bereich der Billigquartiere weiterhin, während die A- und B-Betriebe ihre Kapazität ausweiteten.

Die Kapazitätsauslastung stieg in der Wintersaison 1992/93 auf fast 30% (gewerbliche Unterkünfte 32%), in der Sommersaison 1993 war die Bettenauslastung mit rund 32% (gewerbliche Unterkünfte 36½%) niedriger als 1992 (33½%) und lag um 1 Prozentpunkt unter dem Wert des Jahres 1980. Insgesamt ist die Auslastungssituation als unbefriedigend zu bezeichnen und sollte im Hinblick auf die Verbesserung der Ertragslage und die notwendige

Verminderung der hohen Saisonarbeitslosigkeit durch räumliche und zeitliche Entzerrungsmaßnahmen angehen werden.

Die Ausgaben der Österreicher für Auslandsreisen stiegen mit +4% stärker als die Ausgaben für Inlandsaufenthalte (+2%); die Nachfrageverschiebung zugunsten von ausländischen Reisezielen dürfte durch die relative Verbilligung der Auslandsaufenthalte begünstigt worden sein.

In einer langfristigen Betrachtung kann die Entwicklung der Sommersaison in mehrfacher Hinsicht relativiert werden:

Im Zeitraum 1975/1987 expandierten die nominellen Tourismusumsätze um 5% pro Jahr, real stagnierten sie. Nach dieser Phase setzte ein kräftiger Wachstumsschub ein. Die wichtigsten Bestimmungsfaktoren sind

- relativ kräftiges Wirtschaftswachstum in Europa,
- die relative Verbilligung gegenüber den Konkurrenzländern,
- die Ostöffnung und die deutsche Wiedervereinigung,
- eine neue Ausrichtung auf europäische Ziele angesichts des forcierten EU-Integrationsprozesses,
- die greifenden Strukturverbesserungen
- und die Modernisierung des Tourismusangebotes,
- die „Wiederentdeckung des Bergsommers“ in Verbindung mit
- den Umweltproblemen im Mittelmeerraum.

Die Tourismusumsätze der Sommersaison wuchsen in der Periode 1987/1991 mit einer Rate von 10% (real +6½%) pro Jahr sehr kräftig, die absolute Steigerung betrug in diesem Zeitraum insgesamt 32,4 Mrd. S. Nach dem Wegfall eines Großteils der stimulierenden Faktoren und dem allmählichen Abklingen der Strukturverbesserungs- und Modernisierungseffekte gingen seit dem Höchststand 1991 die Umsätze bis 1993 — zum Teil rezessions- und auch preisbedingt — real um rund 3% pro Jahr zurück. Das Sinken der Nachfrage wird noch bis 1994 anhalten, zumal der erwartete Konjunkturaufschwung erst 1995 die Tourismuskonsummärkte stimulieren wird.

Egon Smeral

Statistik: Karin Syböck

Günstige Konsumententwicklung, reale Rückgänge im Handel

Die Österreicher trachteten in der Vergangenheit in Rezessionen vornehmlich ihr Konsumziel zu befriedigen. Effekte eines Vorsichtssparens wurden dadurch im Gegensatz zu anderen Ländern in Summe kaum sichtbar. Dies gilt auch für das Jahr 1993.

Die privaten Haushalte gaben 1993 für Zwecke des privaten Konsums 1 174,5 Mrd. S. aus, um 4,5% mehr als 1992. Nach Abzug der Preissteigerung (gemessen am impliziten Preisindex des privaten Konsums) waren die realen Ausgaben der privaten Haushalte 1993 um 0,8% höher

Privater Konsum, Masseneinkommen, Sparen des privaten Sektors und Konsumkredite

Nominell

	Privater Konsum	Nettoeinkommen der Unselbständigen	Sparen ¹⁾	Konsumkredite ²⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		Veränderung gegen die Vorperiode in Mrd. S	
1990	+6,8	+6,3	+ 104,51	+ 33,67
1991	+6,5	+7,6	+ 116,16	+ 37,27
1992	+5,7	+6,1	+ 94,13	+ 28,06
1993	+4,5	+5,6	+ 76,18	+ 21,35
1993, IV. Quartal	+3,8	+5,1	+ 66,11	+ 4,14

¹⁾ Spar-, Sicht- und Termineinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten. —

²⁾ Kredite an unselbständig Erwerbstätige und Private minus Bausparkkredite an denselben Personenkreis.

als ein Jahr davor. Die reale Steigerungsrate blieb erwartungsgemäß infolge der ungünstigen Konjunktursituation unter dem langjährigen Durchschnitt (Durchschnitt 1976/

Der private Konsum stützte 1993 die Konjunktur in Österreich und milderte den dämpfenden Auslandseinfluß, dem kleine offene Volkswirtschaften wie die österreichische in der Regel in Rezessionen ausgesetzt sind.

1992 +2,4%). Sie wurde aber erst durch eine Verringerung der Sparneigung ermöglicht. Trotz deutlich steigender Arbeitslosigkeit und dadurch ausgelöster größerer Einkommensunsicherheit war in Österreich auch 1993 in Summe kein „Angstsparen“ zu beobachten. Offenbar schätzten die privaten Haushalte die Wirtschaftskrise als nicht permanent ein und paßten deshalb ihre Ausgaben nicht vollständig an die mäßige Einkommensteigerung an.

Nach vorläufigen Meldungen stiegen die verfügbaren persönlichen Einkommen der privaten Haushalte im Jahresdurchschnitt 1993 nominell um 3,9%. Nach Abzug der Inflation verbleibt ein realer Einkommenszuwachs von 0,3%. Nahezu zwei Drittel des Konsumwachstums waren demnach einer Verringerung der Sparneigung der privaten Haushalte zuzuschreiben. Der private Konsum stützte dadurch 1993 die Konjunktur in Österreich und milderte den dämpfenden Auslandseinfluß, dem kleine offene Volkswirtschaften wie die österreichische in der Regel in Rezessionen ausgesetzt sind.

Der Konsum wuchs im Jahresverlauf ziemlich gleichmäßig. In der ersten Jahreshälfte war die Rate mit real +0,7% etwa gleich hoch wie in der zweiten (+0,9%). Saisonbereinigt¹⁾ stagnierte die Nachfrage im Durchschnitt des 2. Halbjahres real etwa auf dem Niveau des 1. Halbjahres.

Über die Entwicklung der Konsum- bzw. Sparneigung im Jahresverlauf können keine exakten Angaben gemacht werden, da nur für die Masseneinkommen (Nettoeinkommen der Unselbständigen) unterjährige Daten zur Verfügung stehen, nicht aber für das gesamte verfügbare Einkommen. Die Masseneinkommen nahmen — wie der Konsum — in der zweiten Jahreshälfte mit etwa der gleichen Rate zu wie in der ersten. Die Konsumneigung war daher

gemessen an der Masseneinkommensentwicklung im Jahresverlauf stabil.

Die verringerte Spartätigkeit der Österreicher spiegelt sich im Bankensparen. Die Spar-, Sicht- und Termineinlagen der Wirtschaftsunternehmen und Privaten nahmen 1993 per Saldo um rund 76 Mrd. S. zu. Der Zuwachs lag aber um 19% unter jenem des Vorjahres.

Zugleich ging die Bereitschaft der privaten Haushalte zur Verschuldung 1993 zurück, nicht zuletzt wegen der konjunkturbedingt schwachen Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern. Per Saldo nahmen die Konsumkredite (Kredite an unselbständig Erwerbstätige und Private minus Bausparkkredite an diese Personengruppen) um rund 21 Mrd. S. zu, um knapp 24% weniger als vor einem Jahr.

Die geringere Verschuldungsbereitschaft der privaten Haushalte dürfte auch mit einer Verschlechterung der Konsumentenstimmung zusammenhängen. Nach Erhebungen des Ifes (Institut für empirische Sozialforschung) ging der „Vertrauensindex“ (arithmetisches Mittel der erwarteten Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung sowie der beabsichtigten Käufe von Konsumgütern) im Durchschnitt der ersten drei Quartale 1993 um 10% zurück. Noch deutlicher verschlechterte sich angesichts steigender Arbeitslosigkeit die Einschätzung der Arbeitsplatzsicherheit (–31%).

Entgegen dem langfristigen Trend sank 1993 die Importquote des privaten Konsums. Dies war vor allem der schwachen Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern — die großteils importiert werden — zuzuschreiben. Nach einer groben Berechnung war die Importquote des privaten Konsums 1993 um mehr als 1 Prozentpunkt niedriger als ein Jahr davor. Das Ausland profitierte also von der relativ günstigen Entwicklung der Konsumnachfrage in Österreich nur unterproportional, die heimische Produktion dürfte vom Konsum in gewissem Maße gestützt worden sein. Die Erzeugung von Konsumgütern (real –1,3%)

Entwicklung des privaten Konsums

Real

	Ø 1978/1991	1992	1993	IV. Quartal 1993
	Jährliche Veränderung in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Nahrungsmittel und Getränke	+ 1,3	+ 1,8	– 0,1	+ 1,5
Tabakwaren	+ 0,3	– 2,2	– 3,4	– 0,8
Kleidung	+ 1,2	– 1,6	– 3,4	– 5,5
Wohnungseinrichtung und Hausrat ¹⁾	+ 2,5	+ 3,9	+ 2,2	+ 3,0
Heizung und Beleuchtung	+ 2,8	– 4,4	+ 3,1	+ 2,7
Bildung, Unterhaltung, Erholung	+ 4,4	+ 2,5	– 0,0	– 1,3
Verkehr	+ 3,3	+ 4,1	+ 1,0	– 1,0
Warendirektimporte	+ 3,6	+ 0,7	– 0,2	– 2,4
Sonstige Güter und Leistungen	+ 2,6	+ 2,3	+ 3,3	+ 3,0
Privater Konsum insgesamt	+ 2,4	+ 1,8	+ 0,8	+ 0,4
Dauerhafte Konsumgüter	+ 3,1	+ 5,0	– 3,4	– 5,3

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt, eigene Berechnungen; vorläufige Werte.

– ¹⁾ Einschließlich Haushaltsführung.

¹⁾ Zur Saisonbereinigung wurde ein Verfahren von Hillmer — Tiao angewendet, das auf der Schätzung eines ARIMA-Modells der Zeitreihe und kanonischer Zerlegung in die Teilkomponenten (Trend-, Saison- und irreguläre Komponente) beruht.

verfassungsmäßige Schwierigkeit der Verpflichtung der Bundesstaaten. Die Problematik ist von erheblicher Bedeutung vor allem für die Beschaffung von Telekommunikations- und Computerausstattungen, Kraftwerken und urbanen Massenverkehrsmitteln.

Weltwirtschaftlicher Hintergrund

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs war die Liberalisierung des internationalen Handels eine starke Triebfeder der Wirtschaftsentwicklung. Die Reihe der bisher acht multilateralen GATT-Runden hat einen bedeutenden Abbau der Zölle von durchschnittlich 40% auf knapp unter 5% für industriell-gewerbliche Waren und den weitgehenden Wegfall von mengenbezogenen Handelshindernissen gebracht. Ergänzt wurde dieser Trend durch die Errichtung regionaler Integrationszonen mit weitergehender interner Liberalisierung, in Westeuropa etwa durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG und die Europäische Freihandels-Assoziation EFTA.

Es ist kaum möglich, den Beitrag der Handelsliberalisierung zur Entwicklung der Weltwirtschaft zu quantifizieren. Man muß wohl annehmen, daß sie eine notwendige Bedingung war, die mit anderen Wachstums- und Innovationskräften Hand in Hand ging, zum Beispiel mit technologischem Fortschritt und mit der Anhebung des allgemeinen Bildungsniveaus.

Trotz der von allen Ökonomen anerkannten Rolle des Freihandels für die Hebung der wirtschaftlichen Wohlfahrt treten in der Politik immer wieder merkantilistische Kräfte auf, die die eigene Produktion vor dem Wettbewerb ausländischer Konkurrenten schützen wollen.

Besonders wirksam werden diese Kräfte bei Konjunkturrückschlägen mit steigender Arbeitslosigkeit, bei starker Fluktuation der Wechselkurse, in der Frühphase der industriellen Entwicklung eines Landes (Schutzzoll für junge Industrieprodukte), bei anhaltenden Ungleichgewichten der Leistungsbilanz und wenn unfaire Praktiken der Konkurrenten vermutet werden. Solche protektionistische Tendenzen neigen dazu, sich über Retorsionsmaßnahmen aufzuschaukeln. Häufig werden dabei die Interessen der eigenen Exportindustrie, der konkurrenzfähigen Inlandsversorger, der Weiterverarbeiter, der Konsumenten und der Investoren übersehen.

Die Vorteile der Liberalisierung des Außenhandels sind in einer Volkswirtschaft stets ungleich verteilt. Regelmäßig ist zu beobachten, daß bedrohte Produktionszweige über eine politisch wirksamere Lobby verfügen als die noch wenig organisierten Interessen jener, die vom Freihandel Nutzen ziehen.

In den letzten zwei Jahrzehnten legten gerade die hochentwickelten („alten“) Industrieländer wachsende Sensibilität gegenüber Importen an den Tag, während junge Industrieländer, die früher eher eine Strategie der Importsubstitution verfolgt hatten, sich nach sehr negativen Erfahrungen der Liberalisierung ihres Importregimes verschrieben (Türkei, Mexiko, Brasilien, Argentinien, Indien, China).

Terminologie der Uruguay-Runde des GATT

GATT 1994 (*General Agreement on Tariffs and Trade 1994*)

Ersetzt das bisherige GATT 1947 und enthält wesentliche Neuinterpretationen der bisherigen Vertragsbestimmungen unter Einschluß der Vereinbarungen über Landwirtschaft, über die Messung der Subventionen (AMS — Aggregate Measurement of Support), über Lebensmittel- und Pflanzenschutzrecht (SPS — Sanitary and Phytosanitary Measures), Textilien und Bekleidung (Schaffung eines TMB — Textiles Monitoring Body), technische Handelsbarrieren (TBT — Technical Barriers to Trade).

GATS (*General Agreement on Trade in Services*)

Anwendung der prinzipiellen Regeln des GATT auf den internationalen Dienstleistungsverkehr (Meistbegünstigungsklausel, Ausnahmen für Integrationszonen, Anwendung von Schutzmaßnahmen, öffentliche Aufträge, Subventionen). Ausnahmen für Finanzdienstleistungen, Telekommunikation und Zivilluftfahrt.

WTO (*Multilateral Trade Organization*)

Nachfolgerin des bisherigen GATT-Sekretariats, Sitz in Genf, institutioneller Rahmen für die Durchführung und Weiterentwicklung der multilateralen Abkommen, für Verhandlungen und für die Überprüfung der Handelspolitik der Mitglieder, für eine bessere Abstimmung mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank. Organe sind die Ministerkonferenz, die Generalversammlung und das Sekretariat unter einem Generalsekretär. Von der WTO wird letztlich besonders eine schlagkräftigere Abwehr von nationalen Alleingängen und Entwicklungen in Graubereichen erwartet.

SCM (*Subsidies and Countervailing Measures*)

Verbieten direkte Subventionen auf den Export oder auf die Verwendung von im Inland produzierten Gütern zum Nachteil von Importgütern. Countervailing duties (Ausgleichszölle für ausländische Subventionen) dürfen von Mitgliedern nur nach einem Prüfungsverfahren nach Art. VI des GATT verhängt werden.

TRIMS (*Trade-Related Investment Measures*)

Notifizierung und Beseitigung von Maßnahmen, die den internationalen Handelsverkehr im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Direktinvestitionen beeinträchtigen, insbesondere durch Auflagen über den Gehalt an Inlandswertschöpfung oder über inländische Vorproduktbezugsquellen.

TRIPS (*Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights*)

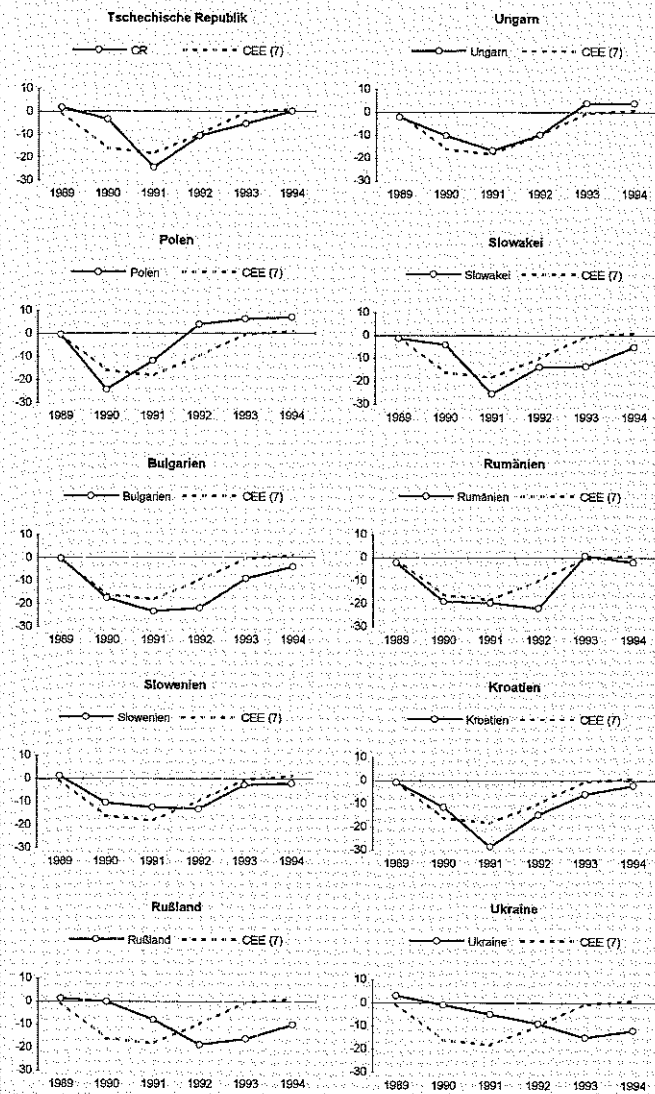
Schützt Urheber- (einschließlich Computerprogramm-), Marken-, Design- (einschließlich Design von integrierten Schaltkreisen), Patent- und (geographische) Namensrechte und behandelt die nationalen Sanktionen gegen Industriespionage und Fälschungen. Geht über bisher für Teile der Mitgliederschaft gültige internationale Abkommen (Pariser Konvention über Patente 1967, Berner Konvention über Copyright 1971, Römer Konvention 1961, Vertrag über geistiges Eigentum in Bezug auf integrierte Schaltkreise — IPIIC 1989) hinaus. Regelt die Nutzungsverpflichtung, die Lizenzierung, die Dauer von Schutzrechten und die Streitschlichtung.

Die Empfindlichkeit der traditionellen Industrieländer in einigen Produktionssparten hat mit den seit den siebziger Jahren stärker auftretenden makroökonomischen Problemen (Inflation, Wechselkursschwankungen, Arbeitslosigkeit)

Industrieproduktion

Veränderung gegen das Vorjahr in %

Abbildung 1



Q: WIIW. — MOE (7): Tschechische Republik, Ungarn, Polen, Slowakei, Slowenien, Bulgarien, Rumänien.

BIP-Rückgangs und für mehr als ein Drittel des Exportrückgangs verantwortlich. Die rumänische Landwirtschaft (Bruttoproduktion +12,4%) leistete hingegen 1993 dank gutem Wetter und subventionierten Krediten einen positiven Beitrag zum BIP. Trotz eines weiteren Rückgangs der landwirtschaftlichen Produktion in Rußland (-4%) und in der Ukraine (-1%) ist die Lebensmittelversorgung in beiden Ländern nicht gefährdet. Aufgrund der günstigen Preisentwicklung und der Einführung von Importrestriktionen ist 1994 in der gesamten Region ein Gleichbleiben oder Wachstum der Agrarproduktion zu erwarten.

Einige Daten deuten auf einen Anstieg der privaten Nachfrage in Tschechien (+1,5%), Polen und Slowenien hin. Falls die offiziell gemeldete Zunahme des BIP in Polen den Tatsachen entspricht, muß die private Nachfrage um 6% bis 9% gestiegen sein. Die Reallöhne fielen allerdings, während die Einzelhandelsumsätze einen rasanten Aufschwung verzeichneten: ein Hinweis sowohl auf die Existenz nicht registrierter Einkommen als auch auf nicht erfaßte Exporte (bedeutende Einkäufe von Touristen haupt-

sächlich aus Deutschland und der Ukraine). Auch andere Komponenten des BIP, wie die rückläufige öffentliche und Auslandsnachfrage, hatten keinen Anteil am berichteten Produktionsaufschwung. In Slowenien waren die Reallohnsteigerungen besonders hoch (+14,4%), und der private Konsum dürfte der Motor der Belebung von Produktion und Importen gewesen sein.

In Ungarn hingegen fielen die Reallöhne um fast 4%. Die Einzelhandelsumsätze stagnierten ebenso wie die Investitionen und der öffentliche Konsum. Die Hauptursache für Ungarns BIP-Rückgang im Jahr 1993 war aber der Exporteinbruch. In Rumänien ist der registrierte private Konsum wahrscheinlich stark gesunken, da sowohl die Reallöhne als auch die Einzelhandelsumsätze mit zweistelligen Raten schrumpften. In Ländern mit niedrigem Einkommensniveau wird jedoch der private Verbrauch vielfach bei (unregistrierten) Straßenverkäufen, durch direkten Tausch oder durch Selbstversorgung befriedigt. In Rußland, in der Ukraine, in Bulgarien und Rumänien hätte der registrierte Handel, wäre er die einzige Quelle für die Nahrungsmittelversorgung gewesen, den Bedarf nicht decken können. Die oben genannten alternativen Formen der Versorgung müssen demnach an Bedeutung gewonnen haben.

Trotz Rezession setzten die Regierungen der CEE-Staaten die Budgetausgaben nicht zur Stimulierung der Nachfrage ein. Das Haushaltsdefizit stieg nur in Bulgarien und der Slowakei, weil die Staatseinnahmen mit sinkender Produktion zurückgingen. Das Defizit war in Polen, Rumänien und zum Teil auch in Ungarn rückläufig: Die steigende Produktion erhöhte die Steuereinnahmen stärker als erwartet, während gleichzeitig die Ausgaben niedrig gehalten wurden. Im Gegensatz dazu steigerte die tschechische Regierung ihre Budgetausgaben im Jahresverlauf unter Beibehaltung eines ausgeglichenen Budgets, weil sie nach der Teilung von der Slowakei mehr Spielraum hatte.

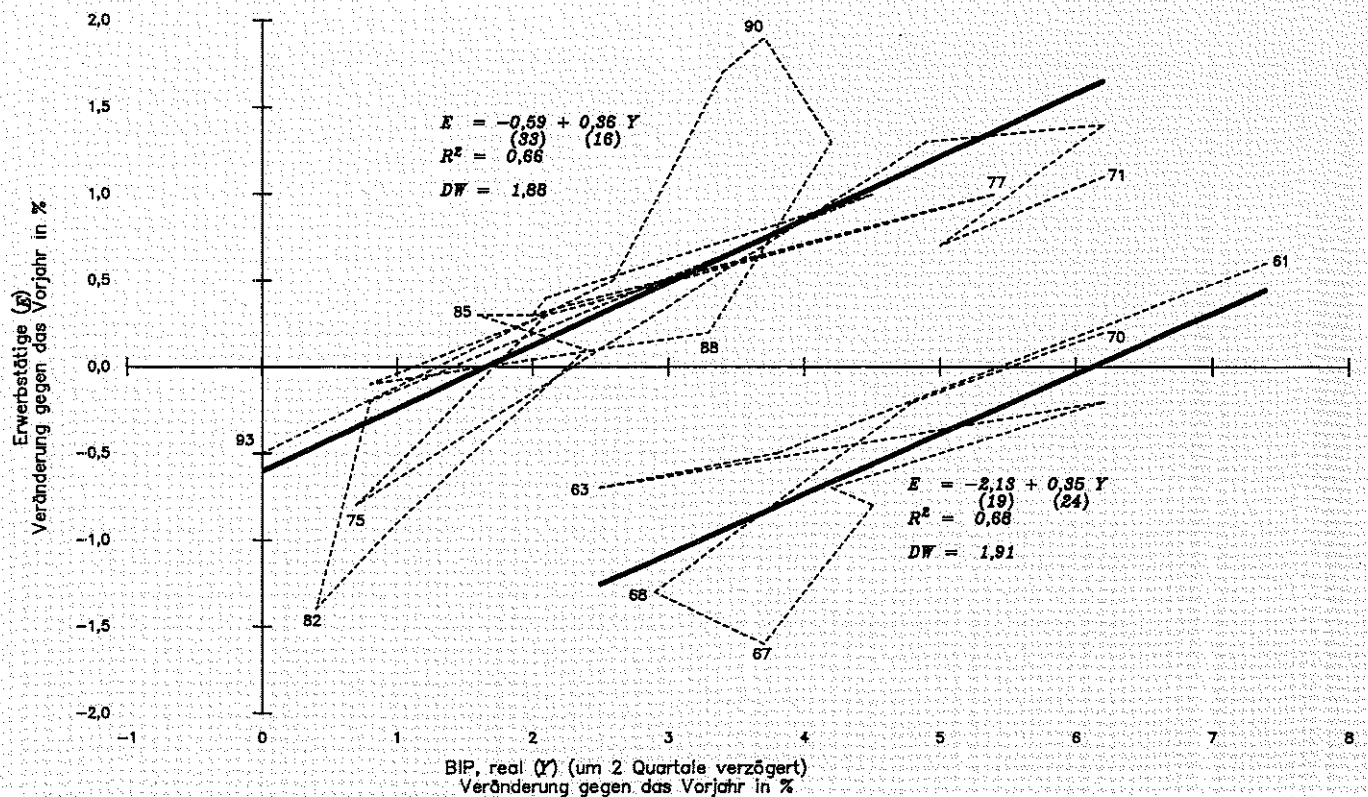
Die Anlageinvestitionen stagnierten in vier der CEE-7-Staaten. Der Rückgang in Tschechien war teilweise auf das durch Vorauszahlungen für noch nicht abgeschlossene Projekte im Jahr 1992 erhöhte Vergleichsniveau zurückzuführen, teilweise auf die größere Unsicherheit nach der Trennung von der Slowakei und auf den Rückgang der Auslandsinvestitionen. In Bulgarien gingen die Investitionen ebenfalls stark zurück, auch Kroatien und die GUS erlitten weitere Rückschläge. In Ungarn erholten sich die Investitionen ab der Jahresmitte spürbar, in Slowenien verzeichneten sie ein Wachstum (+3%).

Im Jahr 1994 sollte sich die Investitionstätigkeit in Tschechien, Ungarn, Polen und Slowenien beleben und dadurch die Erholung der Wirtschaft fördern. Die volle Wirkung steigender Investitionen auf die Produktionskapazität wird jedoch teilweise erst längerfristig zum Tragen kommen, da ein wesentlicher Teil der Investitionen in die Infrastruktur fließt.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit verlangsamte sich in der gesamten Region. In Rußland, der Ukraine, aber auch in Tschechien ist die Arbeitslosenquote relativ niedrig, weil der Druck auf Unternehmen, überflüssige Arbeitskräfte freizusetzen, bislang relativ gering war. Das wieder einsetzende Wachstum hatte allerdings weder in der polnischen

Wachstum und Beschäftigung

Abbildung 2



Wenn also das BIP jährlich real um nur 1% bis 1½% wächst, dann sinkt die Beschäftigung — und es entsteht der Eindruck, die Beschäftigung hätte sich vom Wachstum abgekoppelt. „Jobless Growth“ traf demnach zumindest in der Vergangenheit nicht zu, weil eben aufgrund des Produktivitätsanstiegs die Wirtschaft um 2% wachsen muß, um die Beschäftigung konstant zu halten. Auch historische Erfahrungen zeigen, daß die Produktivität auf lange Sicht um 1½% bis 2% pro Jahr wächst, in Phasen technologischer Aufholprozesse noch rascher.

Wie Abbildung 2 weiters zeigt, hat sich die Beziehung zwischen Wachstum und Erwerbstätigkeit in den letzten zwei Jahrzehnten nicht verschoben, es ist kein Strukturbruch eingetreten. Die Beschäftigungsintensität des Wachstums ist also im Laufe der letzten Jahrzehnte nicht gesunken.

Zwischen den sechziger und siebziger Jahren war ein solcher Strukturbruch zu verzeichnen: Der Beschäftigungsgehalt des Wachstums stieg aus demographischen Gründen — auf eine Phase der Arbeitskräfteknappheit (sechziger Jahre) folgten Jahrzehnte relativ reichlichen Arbeitsangebotes (starke Geburtsjahrgänge und Ausländerzu- und -strom).

Einige Abweichungen von der engen Beziehung zwischen Wachstum und Beschäftigung sind leicht erklärbar. In den Jahren 1982 und 1983 hatte die Krise der Verstaatlichten Industrie die Kündigung bzw. Pensionierung gehorteter Arbeitskräfte zur Folge. 1990 und 1991 stieg die Beschäftigung — und wie später gezeigt wird auch die Arbeitslosigkeit — durch einen „Angebotsschock“ (Liberalisierung des Ausländerzustroms) viel stärker, als aufgrund der Wirtschaftsentwicklung zu erwarten gewesen wäre.

Die Werte für die Jahre 1992 und 1993 liegen nahe der Regressionsgeraden; somit besteht auch in jüngster Zeit zumindest für die Gesamtwirtschaft kein Indiz für einen besonderen Produktivitätsschub. Freilich ist ein solcher Rationalisierungsschub (durch eine „elektronische Revolution“) für die Zukunft nicht vollkommen auszuschließen.

Eine Schlußfolgerung aus diesen Überlegungen ist, daß die Wirtschaftsentwicklung nach wie vor die Arbeitsmarktlage dominiert. Wenn etwa das langfristige Wirtschaftswachstum von 2% auf 3% pro Jahr gesteigert werden kann, dann wächst die Beschäftigung um 0,4 Prozentpunkte (12.000 Personen) pro Jahr rascher.

Von besonderem Interesse wäre auch der Zusammenhang zwischen Wachstum und Arbeitsvolumen, dafür stehen jedoch keine geeigneten gesamtwirtschaftlichen Statistiken zur Verfügung. Offenkundig betrifft eine Ausweitung der Beschäftigung heute stärker als früher Teilzeitarbeitskräfte. Die Verringerung der durchschnittlichen Arbeitszeit je Beschäftigten war in der Vergangenheit auf Verkürzungen der Normalarbeitszeit zurückzuführen, heute erklärt sie sich aus vermehrter Teilzeitarbeit (individuelle Variation der Arbeitszeit), die nach Umfragen überwiegend den Wünschen der Arbeitnehmer entspricht.

Rationalisierungsdruck in der Industrie

Die Befürworter der „Rationalisierungsthese“ als Ursache der Arbeitslosigkeit beziehen sich in ihrer Argumentation meist auf die Industrie. Der verstärkte Einsatz von Mikroelektronik und Automation habe die Rationalisierung hier

Wirtschaftswachstum

Übersicht 1

	Gewicht ¹⁾	Brutto-Inlandsprodukt		
		1993	1994	1995
		Veränderung gegen das Vorjahr in %, real		
USA	37,5	+ 3,0	+ 4,3	+ 3,0
Japan	15,5	+ 0,1	+ 0,8	+ 2,5
Deutschland	9,1	- 1,2	+ 1,5	+ 2,3
Frankreich	6,8	- 0,7	+ 1,3	+ 2,8
Italien	6,4	- 0,4	+ 1,3	+ 2,3
Großbritannien	6,0	+ 1,9	+ 2,8	+ 3,3
Kanada	3,4	+ 2,4	+ 4,0	+ 4,5
Große Industrieländer	84,6	+ 1,4	+ 2,8	+ 3,0
Spanien	3,2	- 1,0	+ 1,0	+ 2,8
Australien	1,9	+ 4,1	+ 4,3	+ 4,0
Niederlande	1,6	+ 0,3	+ 1,3	+ 2,5
Türkei ²⁾	1,4	+ 7,2	+ 0,5	+ 3,5
Belgien	1,2	- 1,3	+ 1,3	+ 2,5
Schweiz	1,0	- 0,6	+ 1,5	+ 2,8
Schweden	0,9	- 2,1	+ 2,5	+ 3,0
Österreich	0,9	- 0,3	+ 2,0	+ 3,0
Dänemark	0,6	+ 0,8	+ 3,5	+ 3,5
Portugal	0,6	- 1,3	+ 1,0	+ 2,0
Finnland	0,5	- 2,6	+ 2,3	+ 4,5
Griechenland	0,5	- 0,1	+ 0,8	+ 2,0
Norwegen	0,5	+ 2,5	+ 3,3	+ 3,3
Neuseeland	0,3	+ 4,8	+ 3,8	+ 3,3
Irland	0,3	+ 2,2	+ 3,8	+ 4,5
Luxemburg	0,1	+ 0,3	+ 1,3	+ 2,3
Island	0,0	+ 0,8	- 1,3	+ 1,5
Kleine Industrieländer	15,4	+ 0,8	+ 1,8	+ 3,0
OECD insgesamt	100,0	+ 1,3	+ 2,5	+ 3,0
OECD-Europa	41,4	- 0,1	+ 1,5	+ 2,8
EU	36,3	- 0,3	+ 1,5	+ 2,5
EFTA	3,8	- 0,7	+ 2,3	+ 3,3

Q: OECD, IMF, nationale und eigene Schätzungen — ¹⁾ In % des OECD-BIP 1992 in Kaufkraftparitäten — ²⁾ Brutto-Nationalprodukt.

schäftigung in den OECD-Ländern nun wieder zu: 1994 +0,7%, 1995 +1,1%. Dies wird allerdings nur marginale Effekte auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit haben. Mit einer Arbeitslosenquote von 8,3% werden im OECD-Raum

Sinkende Arbeitslosigkeit in den USA, anhaltender Anstieg in Europa

Ende 1994 knapp 36 Mill. ohne Arbeit sein. Zwischen den einzelnen OECD-Ländern divergiert die Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit allerdings markant.

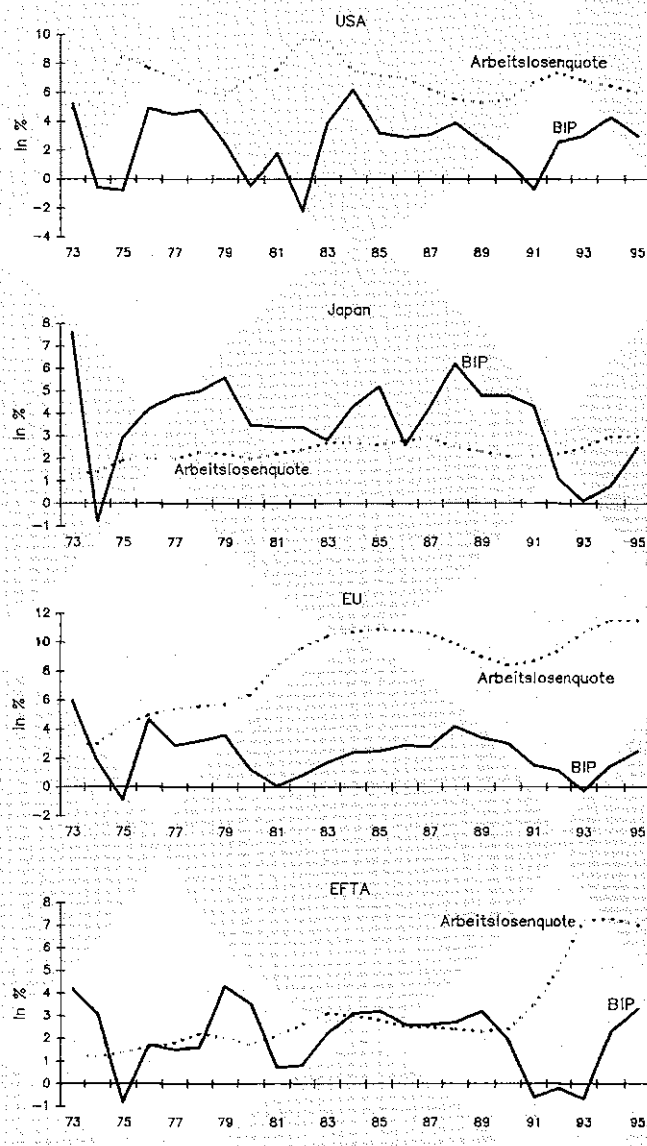
Der Aufschwung in den USA ist mit steigender Beschäftigung (1994 +3%) und sinkender Arbeitslosenquote (6,5%) verbunden. In Europa sind die Wachstumsraten noch zu schwach, um einen Anstieg der Arbeitslosenquote (auf 11,5%) zu verhindern.

Der Aufschwung in den USA war schon 1993 von einem Beschäftigungswachstum um 1,5% begleitet; im Hochkonjunkturjahr 1994 soll die Beschäftigung um 3% wachsen, 1995 wird mit einem weiteren Anstieg um 1,8% gerechnet. Dabei bleibt die Leistung von Überstunden nach wie vor hoch. Dieser beachtliche Beschäftigungszuwachs erfolgt zu mehr als 90% im privaten Bereich. Problematisch ist weiterhin das — im Vergleich mit Europa — äußerst nied-

Wirtschaftswachstum und Arbeitslosenquote

Abbildung 1

Veränderung des realen Brutto-Inlandsproduktes und Arbeitslosenquote in %



riges Lohnniveau auch für neu geschaffene Arbeitsplätze. Die Arbeitslosenquote geht kontinuierlich zurück. Für 1994 rechnet die OECD mit einer Quote von 6½%. Der Rückgang gegenüber dem Höchststand 1992 beträgt somit mehr als 1 Prozentpunkt. Etwa gleich hoch ist allerdings noch der Abstand zum Vorrezessionsniveau von 1989. 1995 wird mit einem weiteren Rückgang der Arbeitslosenquote in den USA auf 6% gerechnet.

Wenig dynamisch entwickelt sich hingegen die Beschäftigung in Japan. Die äußerst schwache Inlandsnachfrage und die Exportprobleme spiegeln sich in einer Stagnation im Jahr 1993, die auch 1994 anhalten wird. Die Industriebeschäftigung ist weiterhin deutlich rückläufig. Erst 1995 wird mit der beginnenden Konjunkturwende mit einem Beschäftigungswachstum von 0,8% gerechnet. Die Arbeitslosenzahl stieg im März auf über 2 Mill., den höchsten Wert seit mehr als 40 Jahren. Die Arbeitslosenquote wird laut OECD-Prognose im Jahresdurchschnitt 1994 bei 3,0% liegen und auch 1995 nicht sinken.

6,2%. Die Verlangsamung des Wachstums gegenüber dem Vorjahr ist vor allem auf die Normalisierung der Ausgabendynamik in der Schaden- und Unfallversicherung (+4,2%) und in geringerem Ausmaß in der Lebensversicherung (+9,3%) zurückzuführen. In der Krankenversicherung wuchsen die Aufwendungen 1992 mit +11,4% wieder überdurchschnittlich. Vorläufige Schätzungen des Versicherungsverbands ergeben für das Jahr 1993 einen Leistungszuwachs im direkten Versicherungsgeschäft aller Versicherungszweige von 9,7%.

Stark steigendes Prämienaufkommen in der Lebensversicherung

Im Bereich der Lebensversicherungen hat sich die Ausgaben- wie die Einnahmenseite 1992 wieder gefestigt. Die Nettoprämien stiegen 1992 sogar um 9,9%, die Selbstbehaltquote in der Lebensversicherung erreichte damit den Höchstwert von 91,4%. Diese Entwicklung wurde vor allem durch den Rückgang der abgegebenen Rückversicherungsprämien bestimmt und zeigt deutlich die steigende Bereitschaft der Versicherer, die Verwaltung und Veranlagung der erhaltenen Prämienzahlungen selbst zu übernehmen. Angesichts der traditionell überwiegenden Abgabe der Rückversicherungen ins Ausland — die Depotverbindlichkeiten übertreffen im Aggregat die Depotforderungen um 15,7 Mrd. S — deutet das auf eine verstärkte Veranlagung in Österreich hin.

Die Hochrechnungen des Versicherungsverbands für 1993 ergeben eine weitere Beschleunigung des Wachstums der Bruttoprämien in der Lebensversicherung auf 30,2%. Diese außerordentlich hohe Zuwachsrate ist neben dem Rückgang der Sekundärmarktrendite von 8,3% (1992) auf 6,6% (1993) auch mit der Erhöhung der durchschnittlichen Versicherungssumme zu erklären. Für 1993 kann laut Versicherungsverband mit einer Steigerung der durchschnittlichen Versicherungssumme im Neugeschäft um 6% gerechnet werden. Zusätzlich zum ausgeweiteten Vorsorgebedarf sind hier die Steuervorteile gegenüber alternativen Kapitalveranlagungen von Bedeutung: Die Einführung der Kapitalertragsteuer mit Jänner 1993 hat den Ertrag aus Lebensversicherungen gegenüber anderen Anlageformen erhöht. Trotzdem bieten Lebensversicherungen nach wie vor erst bei einer langfristigen Veranlagungsstrategie des Konsumenten eine höhere Nettorendite (Fels, 1994, S. 118f).

Lebensversicherungen

Übersicht 2

	Bruttoprämien	Nettoprämien ¹⁾	Selbstbehaltquote ²⁾	Überschuß aus der Finanzgebahrung	Versicherungsleistungen	Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen
	Abgegrenzt Mill. S		In %		Abgegrenzt Mill. S	
1988	25.207	22.335	88,6	9.169	14.512	13.083
1989	27.631	24.311	88,0	9.594	14.533	15.722
1990	28.898	26.073	90,2	11.466	11.540	21.165
1991	29.367	26.274	89,5	13.544	12.840	22.008
1992	31.607	28.876	91,4	15.772	14.032	21.083

Q: Bundesministerium für Finanzen. — ¹⁾ Geschätzt. — ²⁾ Geschätzt.

Entwicklung des staatlich geförderten Sparvolumens

Übersicht 3

Jahresendstände

	Bausparvolumen	Volumen steuerbegünstigt erworbener Rentenwerte ¹⁾	Genußscheine	Junge Aktien ²⁾	Forderungen der Versicherten gegen Lebensversicherungsunternehmen ³⁾	Gesamtvolumen
	Mill. S					
1988	115.944	15.301	10.916	6.398	128.249	276.806
1989	122.717	12.751	11.595	9.830	144.477	301.370
1990	125.135	10.201	11.978	14.013	166.024	327.351
1991	127.259	7.651	11.971	19.481	186.889	353.231
1992	136.725	5.101	11.975	19.767	210.025	383.593

	Anteile in %					
1988	41,9	5,5	4,0	2,3	46,3	100,0
1989	40,7	4,2	3,9	3,3	47,9	100,0
1990	38,2	3,1	3,7	4,3	50,7	100,0
1991	36,0	2,2	3,4	5,5	52,9	100,0
1992	35,6	1,3	3,1	5,2	54,8	100,0

Q: Österreichische Nationalbank, Bundesministerium für Finanzen, eigene Berechnungen. — ¹⁾ Geschätzt. — ²⁾ Laut Girozentrale. — ³⁾ Deckungsrückstellung, Prämienüberträge, Rückstellungen für schwabende Versicherungsleistungen und Rückläufe, Rückstellungen für Prämienrückstattung bzw. Gewinnbeteiligung der Versicherungsnehmer, sonstige versicherungstechnische Rückstellungen, Depotverbindlichkeiten an Versicherungsunternehmen, ohne Polizzendarlehen und Vorauszahlungen.

Ein Großteil der Expansion in diesem Sektor geht auf die Ausweitung der Polizzenzahl im Bereich Großlebens- und Kapitalversicherungen um 3,8% zurück. In allen anderen Bereichen der Sparte Leben ist die Polizzenzahl 1992 gegenüber 1991 gesunken. Für 1993 rechnet der Versicherungsverband wieder mit einer deutlichen Zunahme der Großlebensversicherungspolizzen um 20%. Die Renten- und Erlebensversicherung sollte sich 1993 erholen (+15%).

Unter den staatlich geförderten Sparmöglichkeiten baut die Lebensversicherung weiterhin ihre vorherrschende Stellung aus. 1992 wurden bereits knapp 55% des geförderten Sparvolumens in Form von Lebensversicherungspolizzen gehalten. Obschon das Bausparvolumen 1992 um 7,4% ausgeweitet wurde, scheint diese Sparform sich einer Sättigungsgrenze zu nähern. Die starke Reglementierung der Höhe von Bausparverträgen und der schon hohe Versorgungsgrad österreichischer Haushalte mit diesem Anlageinstrument spiegeln sich im langsam fallenden Anteil am geförderten Gesamtvolumen. Neue Formen der direkten Unternehmensbeteiligung — junge Aktien oder Genußscheine — werden vom Publikum nicht angenommen. Das mag einerseits mit der allgemein geringen Ausstattung der Haushalte mit Aktien zu begründen sein, andererseits erscheint die Risikostreuung durch den Erwerb von Lebensversicherungspolizzen und die fondsartige Veranlagung dieser Mittel für einen einzelnen Haushalt angebrachter.

Private Krankenversicherer weiterhin unter Kostendruck

Im Bereich der privaten Krankenversicherung wächst die Schadenquote seit Mitte der siebziger Jahre und hat 1992 mit 82,1% ihren bisher höchsten Wert erreicht. Die abge-

es zunächst nicht mehr als ein buchhalterisches System, in dem bei exogener Endnachfrage immer Produktion und Wertschöpfung (die Angebotsseite der Wirtschaft) determiniert werden. Anders ausgedrückt ist das I-O-Modell ein Angebotsmodell, das auf Produktionsfunktionen mit fixen Inputverhältnissen beruht. Fünf Jahrzehnte I-O-Analyse haben andererseits gezeigt, wie flexibel dieser Ansatz ist und daß er sich auf einen „I-O-Kern“ reduzieren läßt, der die wesentlichen Ideen enthält und darüber hinaus mit den unterschiedlichsten Angebots-theorien vereinbar ist. Beispielshaft sei hier nur auf die numerischen allgemeinen Gleichgewichtsmodelle („Computed General Equilibrium — CGE“) und auf das HERMES-Modell der EU (*EG-Kommission*, 1993) verwiesen. Ausgehend von einer I-O-Tabelle 1988 wäre demnach grundsätzlich auch die Konstruktion solcher Modelle möglich. Es erschien jedoch im Rahmen der Arbeitsschwerpunkte des WIFO sinnvoller, an dem bereits vorhandenen Makromodell anzuknüpfen.

Ein „I-O-Kern“ mit den entsprechenden Güterbilanzen ist das Rechensystem für alle numerischen allgemeinen Gleichgewichtsmodelle (Pyatt, 1994). Die „Erfindung“ der I-O-Tabelle kann gewissermaßen als entscheidende Stufe dafür gesehen werden, daß ein System mit zahlreichen miteinander verbundenen Märkten (das „Walras“-Modell) modelliert werden konnte. Zu einem allgemeinen Gleichgewichtsmodell wird der Ansatz dann, wenn das Verhalten auf den Märkten gemäß der mikroökonomischen Theorie modelliert wird, also wenn Mengen auf Preisänderungen reagieren.

Das Kernstück eines keynesianisch orientierten Makromodells, wie es das Modell des WIFO ist, liegt in der Abbildung der Kreislaufzusammenhänge zwischen Einkommen und aggregierter Nachfrage und des Preis-Kosten-Zusammenhangs über Beschäftigung, Löhne und Preise. Die aggregierte Nachfrage des Makromodells muß in ihrer Sektorstruktur bekannt sein, um in das I-O-Modell „exogen“ eingesetzt zu werden. Das I-O-Modell als Angebotsmodell bestimmt dann den Brutto- und Netto-Produktionswert der Sektoren und die Aggregate der Wertschöpfung (z. B. Lohn- und Gehaltssumme), da dort ein direkter Konnex zwischen Verwendungs-, Entstehungs- und Verteilungsseite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung besteht. Gleichzeitig sind aber auch im Makromodell über Verhaltensgleichungen Zusammenhänge zwischen Nachfrage und Wertschöpfung von der Verteilungs- und Entstehungsseite abgebildet, sodaß sich Inkonsistenzen ergeben können.

Der Konnex „Nachfrage — Wertschöpfung“ läuft im Makromodell über dynamische Anpassungsprozesse, deren genauer Zeitpfad zwischen den Aggregaten dargestellt wird. Im Input-Output-Modell ist der gleiche Konnex auf detailliertem Niveau aber über eine statische Beziehung zwischen den Sektorvariablen durch fixe, durchschnittliche Koeffizienten enthalten.

Darin liegt der Kern des Konsistenzproblems und die Ursache dafür, daß ein „naives Ankoppeln“ eines I-O-Modells an ein Makromodell — Übernahme der Endnachfrage aus dem Makromodell und Einsetzen in das Input-Output-Modell — zu gewaltigen Inkonsistenzen in den Ergebnissen für vergleichbare Variable führt. Mit diesen Inkonsistenzen

muß in geeigneter Weise umgegangen werden, da die Ergebnisse sonst nicht mehr vernünftig interpretierbar sind.

So unterscheiden sich z. B. die Beschäftigungseffekte einer im Makromodell exogenen Investitionskategorie wahrscheinlich im Makromodell stark von jenen, die das I-O-Modell ausweist, und die Differenzen sollten in irgendeiner Weise zu erklären und beseitigen sein. Der Beschäftigungseffekt, den das Makromodell beschreibt, kommt durch marginale Reaktionen der Beschäftigung auf die Produktion im Aggregat zustande und berücksichtigt Wechselwirkungen zwischen Arbeitsnachfrage und Einkommen (Lohn- und Preisgleichungen); der Beschäftigungseffekt im I-O-Modell erfaßt im Detail mit durchschnittlichen Koeffizienten die Reaktion der Beschäftigung auf einen Anstieg der Güternachfrage.

Die Konstruktion eines multisektoralen Modells ist — auch in der hier beschriebenen einfachen Form — ein umfangreiches Unterfangen, das immer auch in Hinblick auf die gewünschten Anwendungen des Modells konzipiert werden muß. In der Praxis sind, auch wenn dieser Aspekt von vornherein berücksichtigt wird, immer wieder größere Adaptionsarbeiten notwendig und beträchtliche Ressourcen durch die Modellarbeit gebunden. Vorweg stellt sich daher die Frage, welcher spezifische Vorteil von der Disaggregation für die ökonomische Analyse zu erwarten wäre.

Barker (1976) nennt in der ersten vollständigen Dokumentation des multisektoralen Modells des auf die Pionierarbeit von Sir Richard Stone zurückgehenden „Cambridge Growth Project“ vier Gründe oder Zwecke der Disaggregation:

1. Disaggregation zeigt die Struktur der Aggregate und ist somit zusätzlicher Informationsgewinn, also ein Wert „an sich“.
2. Sie zeigt die Aggregationsfehler, sowohl in den Daten als auch in den Parametern aggregierter Modelle.
3. Sie ermöglicht, zusätzliche exogene Information für Prognosen und Simulationen zu verwenden, die sonst nicht verwertbar wären.
4. Sie erlaubt eine detaillierte Darstellung der Instrumente des öffentlichen Sektors (Steuern und Ausgaben).

Der zweite Punkt gilt ganz allgemein sicher nur für einen sehr ausgefeilten multisektoralen Ansatz, wie es das „Cambridge-Growth-Project“-Modell ist. Im Detail kann jedoch auch in einzelnen Modellblöcken die sektorale Spezifizierung der aggregierten überlegen sein. Das kann sowohl für die Qualität der Ex-post-Prognose gelten als auch für die Erfassung dynamischer Anpassungsprozesse. So wäre z. B. denkbar, daß Sektorfunktionen für die Arbeitsproduktivität mehr Aufschluß geben über die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsdynamik und damit auch in der Ex-post-Prognose, vor allem aber in Simulationen exaktere und plausiblere Resultate liefern.

Entscheidend für die Frage nach dem Wert der Disaggregation im Verhältnis zu den notwendigen Ressourcen dürfte jedoch der dritte Punkt sein: Zahlreiche Fragestellungen für Prognosen (z. B. Entwicklung der Nachfrage

Industrie

	1991	1992	1993	1993		1994	Februar	1994		
				III Qu	IV Qu	I Qu		März	April	Mai
				Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Vorleistungen	+ 0,5	- 0,1	- 3,4	-2,6	+ 0,8	+ 5,5	+ 4,7	+ 7,5	+ 4,8	
Für die Nahrungs- und Genußmittelbranchen	+ 5,8	+ 0,7	- 2,0	-5,1	+ 0,3	+ 6,7	+ 8,0	+10,6	+ 8,6	
Für die Textil- und Lederbranchen	- 5,1	+ 0,4	- 7,6	-5,7	- 4,4	- 8,2	- 6,8	- 6,8	- 2,9	
Für die Holz- und Papierbranchen sowie Druckereien	+ 3,1	+ 2,8	- 0,7	+1,2	+ 2,5	+ 7,9	+ 5,9	+ 8,9	+ 8,6	
Für die Chemie	+ 0,9	+ 0,0	- 4,9	-2,9	- 3,3	+ 1,7	+ 3,5	+ 2,9	+ 3,7	
Für die Stein- und Glaswarenproduktion	-12,7	- 7,3	- 6,8	-3,7	+14,4	+18,4	+26,6	+23,9	+11,1	
Für die Grundmetallverarbeitung	- 4,1	- 7,3	- 2,4	-2,9	+14,5	+ 8,1	+ 6,4	+ 6,2	- 0,6	
Für die Technische Verarbeitung	- 1,9	- 0,7	- 6,6	-7,0	- 1,5	+ 4,6	+ 5,6	+ 5,3	+ 8,0	
Für die Bauwirtschaft	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,1	+3,6	+ 2,4	+ 8,8	+ 8,1	+13,4	+ 2,4	
Für sonstige Wirtschaftsbereiche	+ 9,3	+ 1,9	+ 0,4	+0,1	+ 0,1	+ 8,2	+ 2,0	+12,4	+ 2,2	
Ausrüstungsinvestitionen	+ 5,3	- 2,6	- 4,6	-4,0	+ 2,6	+ 3,0	+ 0,5	+10,0	- 4,2	
Fahrzeuge	+14,5	-13,0	-18,7	-9,1	+ 2,7	+ 6,8	+19,0	+14,3	-18,6	
Maschinen und Elektrogeräte	+ 2,1	- 3,8	- 3,0	-3,0	+ 3,4	+ 3,1	+ 1,5	+10,0	- 0,7	
Sonstige	+11,7	+ 6,1	- 3,3	-5,5	+ 0,5	+ 1,2	- 8,7	+ 8,1	- 9,5	
Konsumgüter	+ 2,2	- 2,1	- 1,2	-2,5	- 1,9	- 0,5	+ 2,5	- 0,6	- 0,1	
Verbrauchsgüter	+ 5,4	+ 0,4	+ 0,0	-2,6	- 0,7	- 0,2	+ 3,0	+ 0,9	- 0,7	
Kurzlebige Gebrauchsgüter	- 1,6	- 5,5	-11,2	-9,2	-10,0	- 6,7	- 6,3	- 4,7	- 4,5	
Langlebige Gebrauchsgüter	+ 0,4	- 2,8	+ 8,2	+5,5	+ 4,3	+ 5,3	+10,4	+ 0,7	+ 3,4	
Industrie insgesamt (ohne Energieversorgung)	+ 1,8	- 1,1	- 3,1	-2,8	+ 0,5	+ 3,7	+ 3,5	+ 6,1	+ 1,6	
Nicht arbeitstäglich bereinigt	+ 2,2	- 0,7	- 3,1	-2,9	+ 0,4	+ 5,3	+ 3,5	+ 6,1	+ 2,1	
Teilweise arbeitstäglich bereinigt (7:3)	+ 1,9	- 1,0	- 3,1	-2,8	+ 0,5	+ 4,2	+ 3,5	+ 6,1	+ 1,8	
Produktivität pro Kopf	+ 2,9	+ 2,5	+ 3,6	+4,8	+ 8,1	+10,2	+ 9,9	+12,5		
Produktivität pro Stunde	+ 5,1	+ 4,2	+ 5,5	+5,6	+ 9,2	+ 9,9	+ 8,4	+11,9		
Auftragseingänge (ohne Maschinenindustrie)	+ 1,6	+ 0,3	- 2,5	+3,1	- 0,0	+ 9,5	+ 7,7	+12,8	+ 8,8	
Auftragsbestände (ohne Maschinenindustrie)	- 1,8	- 1,3	- 2,4	-3,8	+ 1,4	+ 4,5	+ 5,0	+ 5,7	+ 6,4	

Bauwirtschaft

	1991	1992	1993	1993		1994	Februar	1994		
				III Qu	IV Qu	I Qu		März	April	Mai
				Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Produktionswert (nominal)	+12,2	+ 7,7	+ 1,7	+ 6,1	+ 5,0	+19,6	+19,1	+25,3		
Hochbau	+16,9	+10,4	+ 1,0	+ 4,8	+ 2,1	+16,8	+20,9	+19,0		
Tiefbau	+ 9,2	+ 0,0	+ 3,7	+10,2	+10,3	+26,1	+15,4	+37,4		
Beschäftigte	+ 0,8	+ 4,8	+ 0,8	+ 2,3	+ 1,7	+ 6,5	+ 7,8	+ 8,7		
Hochbau	+ 4,4	+ 4,8	- 1,4	- 0,4	- 0,5	+ 8,2	+10,1	+ 7,9		
Tiefbau	- 2,4	- 0,6	+ 7,2	+11,0	+ 7,3	+ 4,2	+ 4,9	+ 8,1		
Auftragsbestände	+16,5	+ 3,4	+13,2	+15,2	+ 8,4	+10,3				
innerhalb von 12 Monaten aufzuarbeiten	+12,0	+ 7,1	+10,4	+10,7	+ 6,9	+12,6				
Preisindex Hochbau	+ 6,1	+ 3,7	+ 3,0	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,3				
Wohnbau	+ 5,9	+ 4,5	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,1				
Preisindex Tiefbau	+ 3,8	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5				
Straßenbau	+ 3,6	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,6				

Energiewirtschaft

	1991	1992	1993	1993		1994	Februar	1994		
				III Qu	IV Qu	I Qu		März	April	Mai
				Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Förderung	+ 1,4	+ 4,3	+ 3,0	+14,6	+ 5,5	+ 0,5	- 1,1	+ 5,7		
Kohle	-15,0	-14,9	- 4,5	- 5,4	+17,1	- 4,5	+11,9	-14,7	- 9,1	
Erdöl	+10,7	- 7,2	- 2,1	- 0,9	- 1,3	+ 0,2	+ 1,2	- 3,5		
Erdgas	+ 3,2	+ 8,1	+ 3,3	+ 4,9	+ 2,5	-14,7	-12,1	-12,3		
Stromerzeugung	+ 2,1	- 0,6	+ 2,9	+12,1	+ 4,9	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,1	+ 4,9	
Wasserkraft	+ 0,7	+10,2	+ 5,4	+24,6	+ 7,6	+ 7,8	+ 1,1	+18,3	+13,2	
Wärmekraft	+ 4,6	-19,5	- 3,2	-22,8	+ 0,0	- 7,0	+ 0,9	-28,3	-20,5	
Verbrauch	+ 6,0	- 3,3	+ 0,6	- 2,3	+ 4,4					
Kohle	+ 3,1	-22,1	-13,0	-13,2	- 6,6					
Erdöl Mineralölprodukte	+ 7,8	- 1,2	+ 1,6	- 3,6	+ 7,3					
Treibstoffe	+10,2	+ 0,2	- 1,7	- 0,5	- 0,4					
Normalbenzin	+13,9	- 2,2	- 7,1	- 7,5	- 6,1					
Superbenzin	+ 7,5	- 5,3	- 2,5	- 3,9	- 1,5					
Dieselmotoren	+11,1	+ 5,4	+ 0,8	+ 4,8	+ 2,1					
Heizöl	+10,2	-11,2	+ 9,0	- 9,7	+13,9					
Gasöl für Heizzwecke	+23,6	- 7,3	+10,2	- 2,7	+ 6,8					
Sonstige Heizöl	+ 2,6	-13,8	+ 8,1	-16,7	+18,1					
Erdgas	+ 5,8	- 2,0	+ 5,2	- 4,9	+ 5,9					
Elektrischer Strom	+ 4,4	- 1,0	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,8	- 1,6	- 0,9	- 3,9	+ 2,6	

Langfristige Entwicklung der Brutto-Anlageinvestitionen

Übersicht 1

Zu laufenden Preisen

	Insgesamt	Ausrüstungen	Bauten	Infrastruktur-investitionen	Öffentliche Investitionen	Insgesamt	Ausrüstungen	Bauten	Infrastruktur-investitionen	Öffentliche Investitionen
	Mill. S.					Veränderung gegen das Vorjahr in %				
1964	62.860	26.603	36.257	33.686	14.810					
1965	69.763	29.536	40.227	37.475	16.962	+11,0	+11,0	+10,9	+11,3	+14,5
1966	77.427	32.357	45.070	42.491	18.068	+11,0	+9,6	+12,0	+13,4	+6,5
1967	80.425	32.504	47.921	45.070	20.861	+3,9	+0,5	+6,3	+6,1	+15,5
1968	81.721	33.024	48.697	45.527	21.688	+1,6	+1,6	+1,6	+1,0	+4,0
1969	85.893	36.261	49.632	45.206	21.943	+5,1	+9,8	+1,9	— 0,7	+1,2
1970	97.422	41.484	55.938	50.336	24.364	+13,4	+14,4	+12,7	+11,3	+11,0
1971	116.618	49.286	67.332	60.279	29.147	+19,7	+18,8	+20,4	+19,8	+19,6
1972	143.634	59.500	84.134	75.872	34.970	+23,2	+20,7	+25,0	+25,9	+20,0
1973	155.827	61.816	94.011	87.270	38.699	+8,5	+3,9	+11,7	+15,0	+10,7
1974	175.803	68.074	107.729	101.531	46.200	+12,8	+10,1	+14,6	+16,3	+19,4
1975	178.681	67.143	111.538	108.517	52.049	+1,6	— 1,4	+3,5	+6,9	+12,7
1976	190.464	71.285	119.179	114.618	51.752	+6,6	+6,2	+6,9	+5,6	— 0,6
1977	209.030	80.535	128.495	121.476	55.904	+9,7	+13,0	+7,8	+6,0	+8,0
1978	217.522	85.217	132.305	128.482	61.078	+4,1	+5,8	+3,0	+5,8	+9,3
1979	228.460	86.385	142.075	134.204	63.919	+5,0	+1,4	+7,4	+4,5	+4,7
1980	248.740	97.425	151.315	142.245	65.725	+8,9	+12,8	+6,5	+6,0	+2,8
1981	267.039	104.383	162.656	153.503	68.058	+7,4	+7,1	+7,5	+7,9	+3,5
1982	268.426	104.694	163.732	158.984	67.928	+0,5	+0,3	+0,7	+3,6	— 0,2
1983	271.569	105.432	166.137	161.545	71.270	+1,2	+0,7	+1,5	+1,6	+4,9
1984	288.219	118.255	171.964	168.524	73.343	+6,1	+10,3	+3,5	+4,3	+2,9
1985	309.107	130.975	178.132	174.748	75.313	+7,2	+12,7	+3,6	+3,7	+2,7
1986	337.032	145.953	191.079	181.304	79.122	+9,0	+11,4	+7,3	+3,8	+5,1
1987	347.551	151.910	195.641	180.184	74.971	+3,1	+4,1	+2,4	— 0,6	— 5,2
1988	373.358	161.701	211.657	190.593	77.037	+7,4	+6,4	+8,2	+5,8	+2,8
1989	394.596	172.316	222.280	200.843	84.302	+5,7	+6,8	+5,0	+5,4	+9,4
1990	437.050	198.490	240.560	217.512	93.660	+10,8	+14,0	+8,2	+8,3	+11,1
1991	483.529	216.080	267.439	241.206	100.805	+10,6	+10,0	+11,2	+10,9	+7,6
1992	509.569	216.072	293.497	267.912	107.597	+5,4	— 0,0	+9,7	+11,1	+6,7

Summe über 19 Wirtschaftsbereiche jeweils einschließlich Mehrwertsteuer

vom ÖSTAT bereits vorgegeben waren, vollständig neu berechnet.

Zahlreiche und sehr unterschiedliche Informationsquellen

Die Berechnung der Brutto-Anlageinvestitionen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft stützt sich im wesentlichen auf die Buchführungsdaten der landwirtschaftlichen Betriebe. Für die Maschineninvestitionen wurden zusätzlich Inlandsproduktion und Außenhandel mit Landmaschinen, Traktoren und landwirtschaftlichen Fahrzeugen sowie die Kraftfahrzeug-Zulassungsstatistik berücksichtigt.

Die wichtigste Basis für die meisten anderen Wirtschaftsbereiche waren die nichtlandwirtschaftlichen Bereichszählungen der Jahre 1976, 1983 und 1988. Für die Zwischenjahre sowie für die Fortschreibung bis 1992 wurden — soweit vorhanden — die amtlichen Jahreserhebungen herangezogen, ergänzt um Informationen aus dem laufenden Investitionstest des WIFO. Damit konnten die Sektoren Bergbau, Industrie, Gewerbe, Bauwirtschaft sowie Energie- und Wasserversorgung weitgehend abgedeckt werden. Im Bereich des Handels wurden für Interpolation und Fortschreibung Bilanzinformationen aus der Statistik der Aktiengesellschaften und aus Geschäftsberichten sowie die laufende Umsatzstatistik verwendet. Im Beherbergungs- und Gaststättenwesen wurde neben der Entwicklung des Brutto-Produktionswertes laut Entstehungsrechnung auch die Kreditvergabe laut Nationalbankstatistik berücksichtigt.

Die verbleibenden marktmäßigen Dienstleistungen (Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Vermögensverwaltung, sonstige Dienste) werden von den Bereichszählungen nicht vollständig erfaßt. Sie wurden, jeweils in weitere Einzelpositionen zerlegt, mit Hilfe einer Vielzahl verschiedener Informationen interpoliert, fortgeschrieben und gegebenenfalls auch im Niveau ergänzt. Verwendet wurden dabei etwa: amtliche Eisenbahnstatistik, Kraftfahrzeug-Zulassungsstatistik, WIFO-Investitionstest, Rechnungsabschlüsse von Bahn und Post, Statistik der Aufwendungen und Erträge der Kreditinstitute laut OeNB, Statistik der Aktiengesellschaften, Geschäftsberichte sowie Einzelinformationen verschiedenster Art. Umfassende Informationen über den öffentlichen Sektor im weitesten Sinn wurden vom ÖSTAT beigesteuert, das sich seinerseits im wesentlichen auf die Rechnungsabschlüsse der verschiedenen öffentlichen Haushalte stützte.

Alle Daten wurden zunächst in nominellen Größen (zu laufenden Preisen) errechnet. In einem zweiten Schritt wurden diese mit Hilfe von Preisannahmen, die sich wiederum auf zahlreiche Einzelinformationen und -überlegungen stützten, auf reale Größen (zu Preisen von 1983) umgerechnet. Der mögliche Fehlerspielraum ist für die realen Größen naturgemäß etwas größer als für die nominellen.

Zwischen den Gesamtsummen dieser Sektorinvestitionsrechnung mit den Investitionsdaten der laufenden Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergeben sich Differenzen. Sie sind teilweise auf unterschiedliche Berechnungsmethoden zurückzuführen, teilweise verbleiben aber auch echte statistische Differenzen, die wegen verschiedener Probleme in der Primärstatistik unvermeidlich sind.

Entwicklung der Industrierohstoffpreise Übersicht 2

HWWA-Index

	Gewicht	1993 Ø	1993			1994 I Qu	1993 Ø	1994 ¹⁾ Ø
			II Qu	III Qu	IV Qu			
	In %	Index	Veränderung gegen die Vorperiode in %					
Industrierohstoffe	20,9	141,7	-5	-2	-2	+8	-14	+8
Agrarische Rohstoffe	10,1	140,9	-4	-4	±0	+10	-17	+12
Baumwolle	1,3		-2	-4	+5	+23	+2	+28
Sisal	0,1		+11	+2	+2	+3	+10	+10
Wolle	0,7		-10	-3	+9	+17	-27	+24
Häute	0,7		-3	+1	+3	-6	+4	-8
Schnittholz	2,9		+5	-6	+2	+9	-25	+13
Kautschuk	0,8		-8	±0	±0	±0	-3	±0
Zellstoff	3,7		-15	-6	-5	+15	-22	+17
NE-Metalle	6,1	145,0	-9	-2	-8	+11	-16	+6
Aluminium								
(free)	1,1		+3	+3	-8	+16	-11	+14
Blei (LME) ²⁾	0,3		-2	-6	+8	+15	-25	+18
Kupfer (LME) ²⁾	3,1		-15	+2	-13	+12	-16	+5
Nickel	0,6		-2	-17	-3	+22	-25	+9
Zink (LME) ²⁾	0,5		-6	-8	+5	+3	-22	+5
Zinn	0,5		-6	-12	-1	+12	-15	+6
Eisenerz Schrott	4,7	139,1	+1	+1	+2	±0	-5	+2
Eisenerz	3,7		-4	±0	±0	±0	-4	-1
Stahlschrott	1,0		+2	+11	+12	+5	+30	+20
HWWA-Index insgesamt ³⁾	100,0	144,3	±0	-7	-4	-4	-10	-7
Ohne Rohöl	42,3	135,8	-2	±0	+1	+5	-8	+7

Q: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, und Arbeitsgruppe Rohstoffpreise der AIECE. Neuer Index: 1975 = 100, auf Dollarbasis, gewichtet mit den Rohstoffimporten der Industrieländer der Basisperiode. — ¹⁾ Prognose. — ²⁾ London Metal Exchange. — ³⁾ Industrierohstoffe + Nahrungs- und Genußmittelrohstoffe + Energierohstoffe; zur Preisentwicklung der letzten zwei Rohstoffkategorien siehe Märktebauer M., „Asynchroner Verlauf der internationalen Konjunktur“, WIFO-Monatsberichte 1994 67(6), Übersicht 3.

—22%), erholten sich jedoch erstmals sehr kräftig im I. Quartal 1994: Die Lagerbestände waren aufgrund von Werksschließungen sehr niedrig, zugleich wurde die skandinavische Produktion durch Transportengpässe in der Holzzulieferung aus Rußland beschränkt; dies veranlaßte die Eukalyptusproduzenten aus Spanien, Portugal und Brasilien zu Preiserhöhungen. Nach wie vor sinken die Bestände.

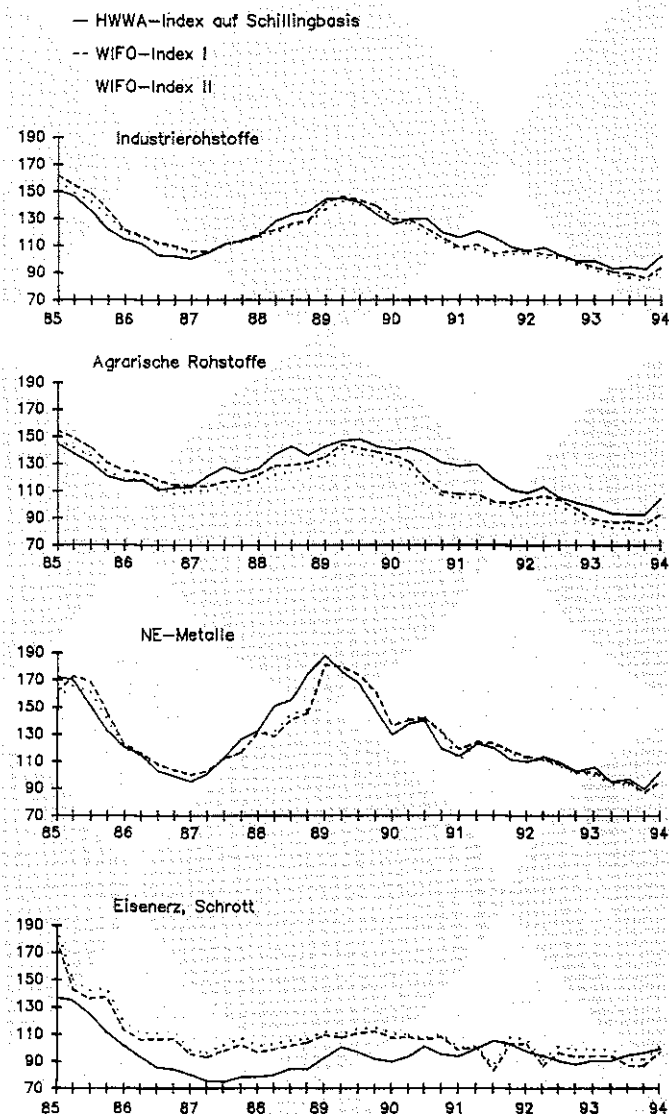
Baumwolle verteuerte sich bereits 1993 leicht (+2%) und im I. Quartal 1994 dann stark (+23%), weil die weltweite Ernte um 640.000 t geringer ausgefallen war als im Vorjahr. Besonders die Erträge der USA und Pakistans waren überschätzt worden. Die Nachfrage wird zum Ende der Saison das Angebot voraussichtlich um 1 Mill. t überschreiten. Die Stabilisierung der Nachfrage Rußlands auf hohem Niveau verstärkte dieses Ungleichgewicht auf dem Markt.

Der **Kautschukmarkt** war durch gegenläufige Tendenzen geprägt: Einerseits verringerte sich das Angebot wegen der starken Regenfälle in den Produzentenländern und des Nachfragebooms in China, andererseits sind die Lager des Bufferstockmanagers mit über 200.000 t sehr hoch. Entsprechend diesen entgegengesetzten Kräften war die Preisentwicklung stabil (IV. Quartal 1993 und I. Quartal 1994 jeweils ±0%).

Alle **NE-Metalle** verbilligten sich 1993 erheblich — um 11% (Aluminium) bis 25% (Blei, Nickel). Gegen Ende 1993 zog die Nachfrage der USA nach **Aluminium** an, und Anfang

HWWA-Index der Industrierohstoffpreise

Abbildung 1



Der Schilling-Dollar-Wechselkurs veränderte sich im IV. Quartal 1993 und I. Quartal 1994 kaum. Die Rohstoffpreisentwicklung auf Schillingbasis entspricht daher etwa jener auf Dollarbasis.

1994 einigten sich die wichtigsten Produzentenländer (USA, Kanada, Rußland, Norwegen, Australien und die EU) angesichts von Lagerbeständen im Ausmaß von 3,6 Mill. t auf Produktionskürzungen. Von November 1993 bis April 1994 wurden etwa 1,2 Mill. t weniger produziert als ein Jahr zuvor, es wird von notwendigen Reduktionen um bis zu 2 Mill. t gesprochen. Der Markt reagierte mit einer Preissteigerung um 16% im I. Quartal 1994. Verstärkt wurde diese Tendenz durch Spekulation der Finanzmarktakteure auf dem Metallmarkt.

Besonders stark schwankten die Preise von **Nickel**: 1993 sanken sie um ein Viertel, im I. Quartal 1994 stiegen sie um 22%. Ob sich darin bereits eine anhaltende Erholung spiegelt, ist angesichts enormer Lagerbestände an der London Metal Exchange fraglich. Allerdings gibt es erste Anzeichen einer steigenden Nickelnachfrage aufgrund der Expansion der Produktion von rostfreiem Stahl in den USA und teilweise auch in Europa seit Ende 1993. Die Nickelnachfrage der westlichen Länder war 1993 um 2% höher

Arbeitskosten je Stunde in der verarbeitenden Industrie

In nationaler Währung

Übersicht 2

	1991	1992	1993
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Belgien	+ 5,0	+ 4,7	+ 2,4
Westdeutschland	+ 6,5	+ 7,1	+ 5,8
Frankreich	+ 4,5	+ 4,1	+ 3,2
Großbritannien	+ 8,2	+ 5,8	+ 4,2
Italien	+ 9,8	+ 5,4	+ 3,4
Japan	+ 6,1	+ 4,6	+ 0,1
Niederlande	+ 3,6	+ 4,4	+ 3,3
Schweden	+ 4,6	+ 4,6	+ 1,0
Schweiz	+ 7,5	+ 4,9	+ 2,8
USA	+ 4,6	+ 3,7	+ 2,7
Dänemark	+ 4,5	+ 3,4	+ 2,5
Kanada	+ 4,8	+ 3,6	+ 2,2
Norwegen	+ 5,3	+ 3,2	+ 2,8
Griechenland	+ 14,5	+ 15,0	+ 14,9
Finnland	+ 6,7	+ 2,4	+ 1,7
Spanien	+ 8,0	+ 8,0	+ 7,0
Irland	+ 5,6	+ 4,6	+ 4,8
Portugal	+ 16,6	+ 12,0	+ 8,0
Österreich	+ 6,0	+ 6,1	+ 4,6

Während also in den meisten OECD-Ländern die Teuerung seit Ende 1990 nachließ, durchliefen die BRD und ihre Nachbarländer — die Niederlande, die Schweiz, Belgien und Österreich — eine entgegengesetzte Entwicklung: Die durch die Wiedervereinigung Deutschlands ausgelösten Impulse beschleunigten vorerst das Wirtschaftswachstum und später, trotz fallender Rohstoff- und Im-

Sonderkonjunktur durch deutsche Wiedervereinigung

portpreise, den Lohn- und Preisauftrieb. In Westdeutschland, Österreich und der Schweiz verstärkte sich der Lohnauftrieb besonders. Im Durchschnitt des Jahres 1993 ergaben sich für Österreich und Westdeutschland wie 1992, wenn man von den südlichen OECD-Ländern abieht, die höchsten Lohnsteigerungsraten. Dieser Rangordnung folgten auch die Inflationsraten. Wiesen beide Länder in früheren Jahren ein hohes Maß an Preisstabilität auf, so lag ihre Inflationsrate 1993 nur geringfügig unter dem Durchschnitt aller OECD-Länder. Freilich wurde der Preisauftrieb durch die Erhöhung von Gebühren und indirekten Steuern verstärkt; diese Aussage trifft jedoch auch auf andere Länder zu, in denen die Inflationsrate bedeutend niedriger ist.

Die Abwertungen vom Herbst 1992

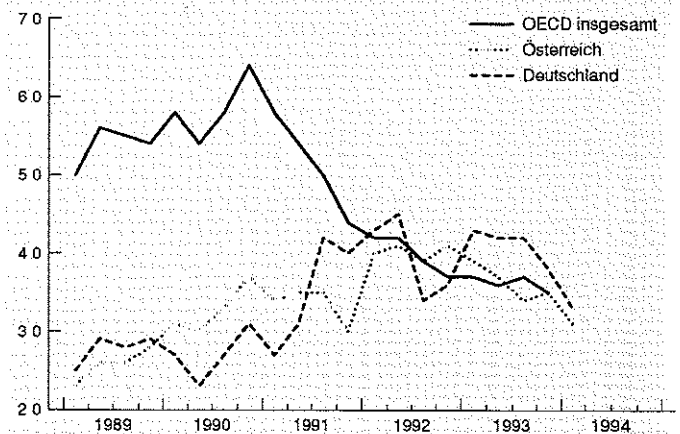
Im Herbst 1992 werteten in zwei Wellen die Währungen einiger europäischer Länder ab. Bereits im September mußten Großbritannien und Italien ihre Teilnahme am

Abwertungen außerhalb des DM-Blocks

EWS-Wechselkursmechanismus aussetzen. Die Abwertung der spanischen, portugiesischen und irischen Währung folgte etwas später. Auch die Währungen der skandi-

Die Inflationsrate in Österreich, Westdeutschland und der OECD

Abbildung 1



navischen Länder gerieten unter Druck und mußten ihre Bindung an den ECU aufgeben. Wenngleich manche dieser Währungen im Laufe des Jahres 1993 Verluste wieder wettmachten, waren die Abwertungen doch beträchtlich. Im Jahresdurchschnitt 1993 sank der nominell-effektive Wechselkurs (laut IFS) für Schweden mit -19% und Italien mit -17% am stärksten. Österreichs nominell-effektiver Wechselkurs erhöhte sich aufgrund der Bindung an die DM im Jahr 1993 um $3,1\%$, nach $+2,6\%$ 1992 (siehe dazu im einzelnen Brandner, 1993, 1994).

Keine Annäherung der Inflationsraten

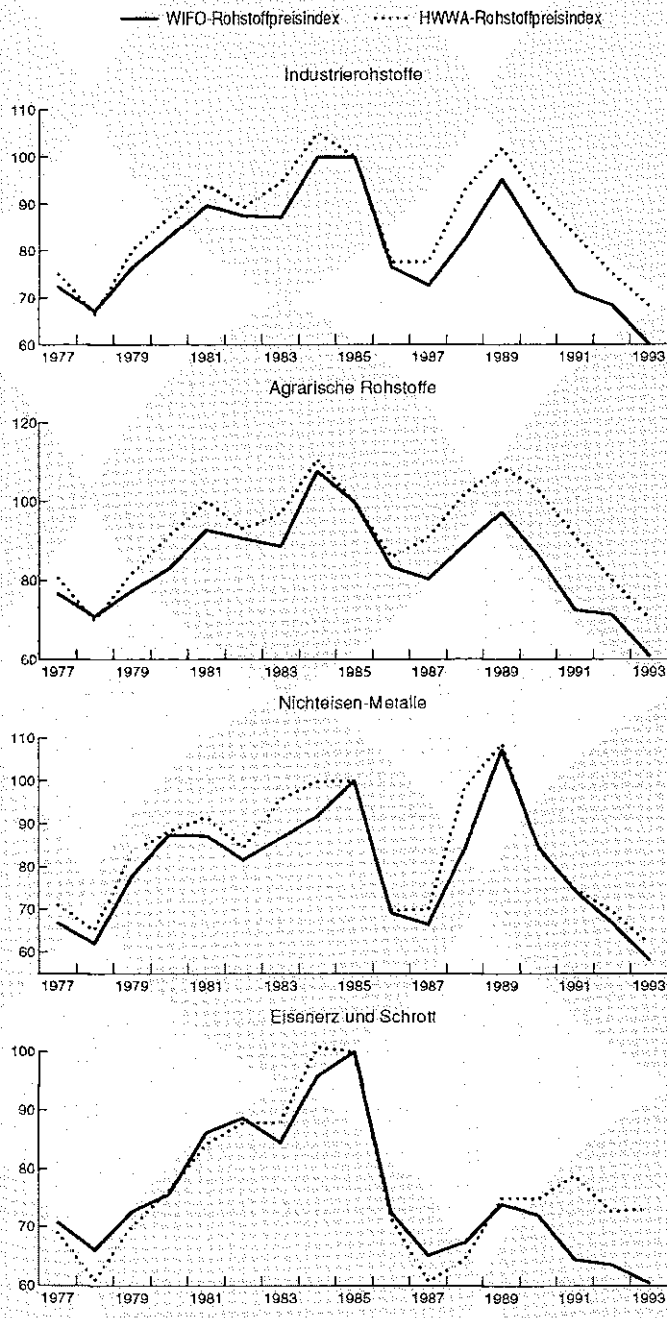
Die Währungsanpassungen nach den Turbulenzen im Herbst 1992 hätten eine gewisse Annäherung der Inflationsraten erwarten lassen. Die Teuerung war jedoch in den Abwertungsländern weiterhin sehr niedrig, im DM-Block weiterhin hoch. Die bisher üblichen Mechanismen schienen außer Kraft gesetzt: Abwertungen setzen über den Weg der importierten Inflation eine Preis-Lohn-Spirale in Gang, sodaß nach einer Übergangsperiode die Beschleunigung des Kostenauftriebs, die zum Teil auch durch die Stärkung der ausländischen Nachfrage ausgelöst wird, letztlich den Gewinn an preisbestimmter Wettbewerbsfähigkeit wieder zunichte macht.

Kurzfristig unvollständige Weitergabe der Abwertungseffekte in Ländern mit tiefer Rezession

Die Beobachtung, daß sich die Inflationsraten von Abwertungs- und Aufwertungsländern keineswegs annähern, ließ die Vermutung entstehen, daß die preistreibenden Abwertungseffekte in den Abwertungsländern nicht voll zur Geltung kämen, andererseits die inflationshemmenden Wirkungen einer Aufwertung nur unvollständig und verzögert an die Endverbraucher weitergegeben würden. Ein grober Vergleich der Wechselkursveränderungen mit Veränderungen der Importpreise in Auf- und Abwertungsländern liefert, wenn man die verzögerte Reaktion dieser Preise berücksichtigt, nur schwache Hinweise auf eine unvollständige Weitergabe. Auch eine von der OECD (Economic Outlook, Dezember 1993) angestellte rein „mechanische“

Rohstoffimportpreise

Index Basis 1985 = 100

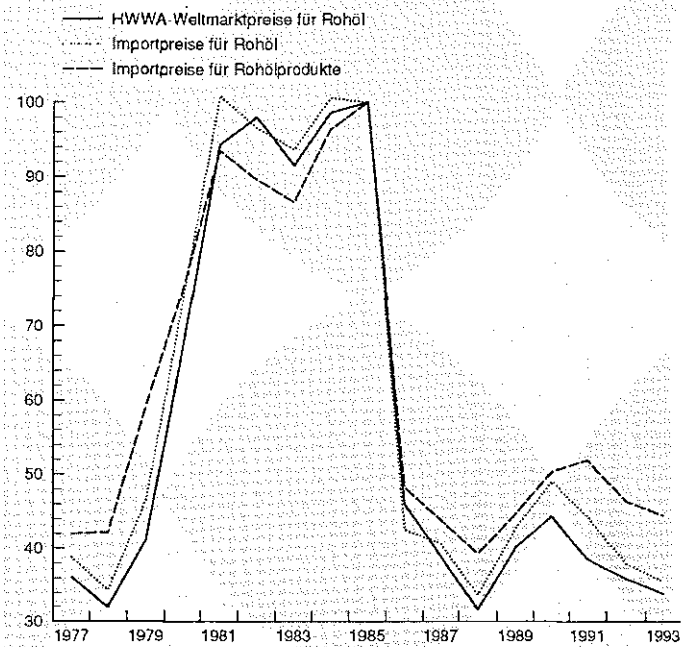


Unterschiede in der Preisentwicklung betreffen Nahrungsmittel und chemische Erzeugnisse

Die Unterschiede in der Warenstruktur können etwas näher ausgeführt werden. Die Veränderungsraten von -2,6% bzw. -5,2% entstammen Preisindizes, deren Basis (und Gewichtung) in verschiedenen Jahren liegt. Wenn die Preisveränderungen — wie in den letzten Jahren — nach Warenkategorien sehr stark streuen, können sich die Anteile der Untergruppen am Wert der Exporte deutlich verschieben. Damit hängt die Gewichtung der Importpreisindizes erheblich davon ab, welches Jahr zum Basisjahr gewählt wurde. Um dieselbe Basis zu schaffen, wurden die Preissteigerungsraten der einzelnen Untergruppen sowohl für Westdeutschland als auch für Österreich mit den Exportanteilen aus dem Jahr 1992 zusammengewichtet. In

Rohölpreise

Index Basis 1985 = 100



dieser Berechnung schrumpft die Differenz zwischen den Veränderungsraten der Importpreise Westdeutschlands und Österreichs von 2,6 auf 1,6 Prozentpunkte. Wenn die Veränderungsraten der deutschen Importpreise (nach Warengruppen) mit den österreichischen Importanteilen gewichtet werden, also die Gewichtungsunterschiede zwischen dem österreichischen und dem deutschen Import ausgeschaltet werden, ergibt sich ein Rückgang der deutschen Importpreise um 3,1%. Der Preisvorteil Westdeutschlands geht demnach zu einem guten Teil auf die günstigere Warenstruktur zurück.

Auch innerhalb einer Warengruppe könnten in Deutschland jene Waren ein größeres Gewicht haben, die überdurchschnittlich verbilligt wurden. Dies zeigt deutlich die detaillierte Analyse der Importe von chemischen Erzeugnissen (siehe Kasten), während die günstigere Entwicklung der Preise im Nahrungsmittelimport in Westdeutsch-

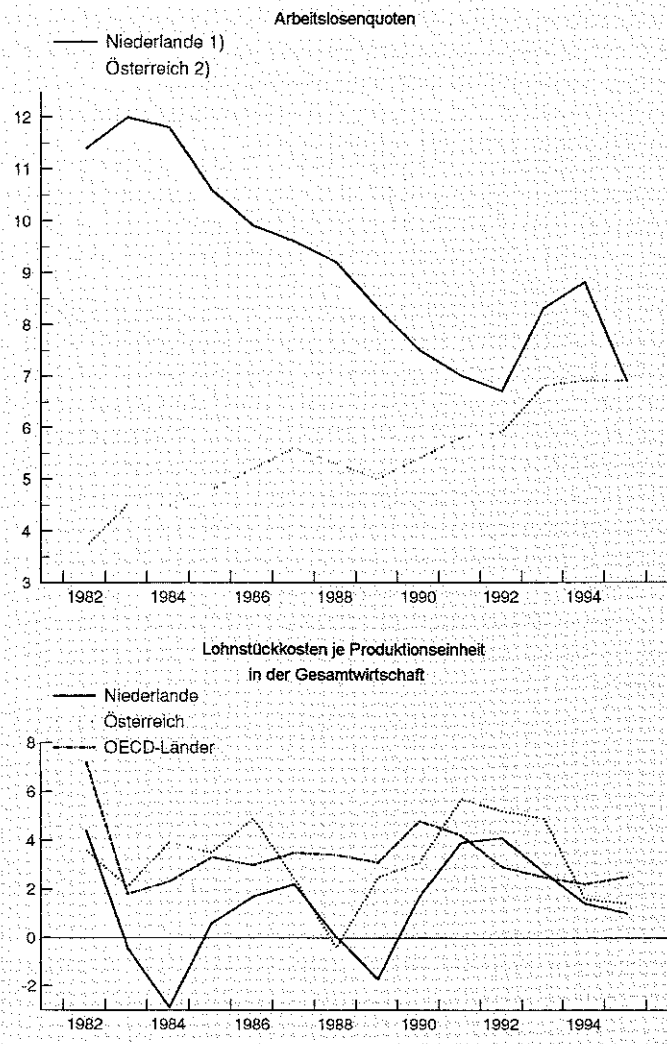
Entwicklung der Importpreise Österreichs Übersicht 1 und Westdeutschlands nach Warengruppen

	Österreich		Westdeutschland	
	Importpreise 1991/1993	Importanteil 1992	Importpreise 1991/1993	Importanteil 1992
	Veränderung in %	In %	Veränderung in %	In %
Nahrungsmittel	- 3,3	4,5	- 8,1	8,6
Rohstoffe	- 7,5	4,2	- 9,0	4,5
Brennstoffe	- 18,3	5,1	- 18,0	7,4
Chemische Erzeugnisse	- 1,8	9,8	- 7,3	8,6
Bearbeitete Waren	- 7,7	18,5	- 6,4	16,7
Maschinen, Fahrzeuge	+ 1,4	39,5	+ 1,0	34,5
Konsumwaren	+ 1,2	17,8	+ 0,6	16,2
Alle Waren	- 2,6	100,0	- 5,2	100,0
Neugewichtung 1992	- 2,2	—	- 3,8	—
Alle Waren ¹⁾	—	—	- 3,1	—

Q: ÖSTAT, Statistisches Bundesamt Wiesbaden, eigene Berechnungen. — ¹⁾ Hypothetische Veränderung der deutschen Importpreise bei österreichischer Warenstruktur.

Arbeitslosenquoten und Lohnstückkosten

Abbildung 1



und waren innerhalb der EG auf einen der letzten Ränge zurückgefallen

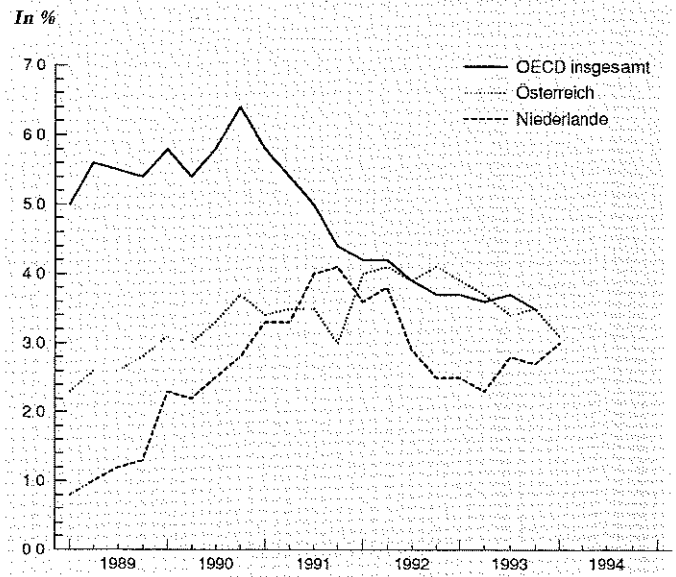
Die Inflationsaussichten für 1992 und 1993 waren ungünstig: Bei sehr geringem Produktivitätswachstum mußte mit einem Anstieg der Tarifföhne um mindestens 4,5% gerechnet werden; darüber hinaus waren kostenerhöhende Belastungen von Seiten der Regierung zu erwarten, deren Auswirkungen allerdings durch sinkende Einfuhrpreise vorerst verdeckt wurden. Die offiziellen Prognosen des Zentralen Planbüros rechneten mit einer Inflationsrate von 3,3% 1992 und von 3,5% 1993. Diese Raten wurden von den wirtschaftspolitischen Instanzen der Niederlande angesichts der schleppenden Wirtschaftsentwicklung, insbesondere der steigenden Arbeitslosigkeit als übermäßig hoch empfunden.

Das erste Rahmenabkommen

Sowohl die Niederländische Zentralbank als auch das Zentrale Planbüro plädierten für eine Phase der Lohnmäßigung im Interesse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Senkung der Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus sei die Dämpfung der Inflation notwendig, um das Vertrau-

Die Inflationsrate in Österreich, den Niederlanden und der OECD

Abbildung 2



en der internationalen Anleger in den Gulden zu erhalten. Beide Institutionen wiesen auf die Vorteile einer Herabsetzung der Mehrwertsteuer im Kampf gegen die Teuerung hin.

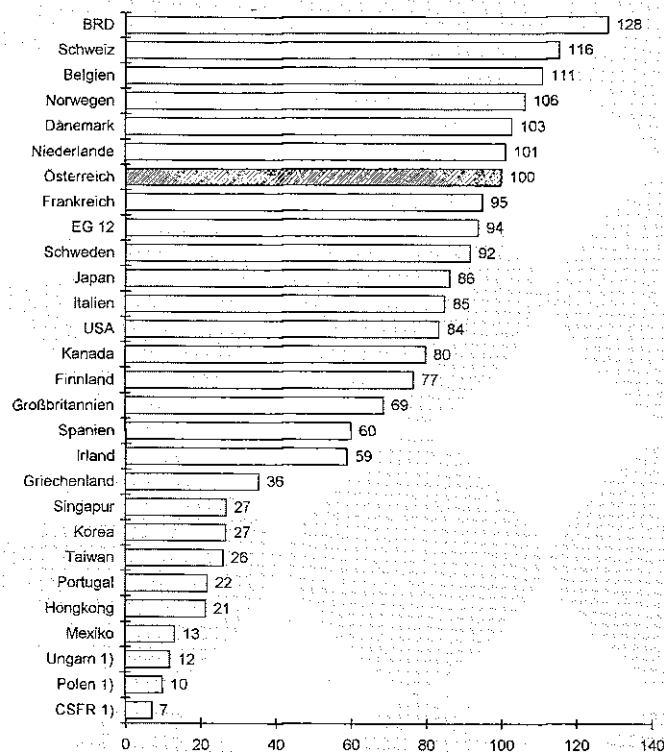
Mitte November 1992 vereinbarten die Vertreter der Gewerkschaftsbünde und der Arbeitgeberorganisationen im Rahmen der paritätisch besetzten Arbeitsstiftung (Stichtung van de Arbeid) einen Satz von sozial- und wirtschaftspolitischen Richtlinien für 1993, der strenge Empfehlungen einer Lohnmäßigung an Mitgliedsgewerkschaften und Unternehmen enthielt. Diese Vereinbarung kam unter dem Druck der Regierung zustande, die auf einen Lohnstopp drängte und sogar eine staatlich verordnete Lohnregelung angedroht hatte. Um die Inflation zu bremsen und den Abschluß einer Vereinbarung zwischen den Sozialpartnern zu erleichtern, hatte die Regierung bereits im Oktober den allgemeinen Mehrwertsteuersatz um 1 Prozentpunkt herabgesetzt. Auf der Basis der Wirtschaftsprognosen des Zentralen Planbüros einigten sich die Vertragsparteien auf folgende Kernpunkte, die sich auf die niederländische Wirtschaft im Jahr 1993 beziehen:

- Die Inflation wird um 1,25 Prozentpunkte geringer als erwartet ausfallen. Diese Einschätzung bietet die Möglichkeit, die Steigerung der Bruttogehälter zu dämpfen, ohne daß die Beschäftigten in den Nettoeinkommen schlechtergestellt würden.
- Die Vertragspartner nehmen zur Kenntnis, daß die Regierung die Belastung durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge im Jahr 1993 verringert, sodaß die Nettoeinkommen in jenem Ausmaß erhöht werden, das einer Steigerung der Bruttoeinkommen um 1,25% entspricht.
- Das Wirtschaftswachstum wird um 1,25 Prozentpunkte geringer ausfallen als bisher erwartet.

Dieses umfassende wirtschaftspolitische Paket verknüpfte Steuer- und Einkommenspolitik miteinander und erforder-

Arbeitskosten in der verarbeitenden Industrie 1993

Auf Schillingbasis, Österreich = 100



1) 1992. Die Werte für Ungarn, Polen und die CSFR sind aus monatlichen Arbeitskosten errechnet.

1993 kostete die Arbeitsstunde in der verarbeitenden Industrie Österreichs 234 S. Damit war sie um gut 6% teurer als im EU-Durchschnitt. Wesentlich höhere Arbeitskosten als Österreich weisen nur Westdeutschland, die Schweiz und Belgien aus. Durch die jüngsten Wechselkursanpassungen rangieren heute neben Großbritannien, Japan und den USA auch Schweden, Finnland, Italien und Frankreich deutlich hinter Österreich. Die neuen Industrielande im Fernen Osten zahlen um rund ein Viertel und die Länder Ost-Mitteleuropas um rund ein Zehntel weniger als die österreichische Industrie.

In der Hierarchie der Arbeitskosten der Industrie (Löhne plus Lohnnebenkosten) nahm Österreich 1993 unter den 19 wichtigsten Handelspartnern im OECD-Raum die 7. Stelle ein. Die Kosten des Faktors Arbeit waren demnach 1993 in Österreich um etwa 6½% höher als in der EU insgesamt und etwa gleich hoch wie im Durchschnitt der EU-Industrielande; in der EU zahlt die Industrie nur in Westdeutschland (+28%) und Belgien (+11%) deutlich mehr als in Österreich. In Dänemark (+3%) und in den Niederlanden (+1%) kostet die Arbeitsstunde etwa gleich viel. Von den übrigen Industriestaaten weisen nur die Schweiz (+16%) und Norwegen (+6%) höhere Arbeitskosten aus als Österreich. In Italien und Frankreich liegen sie seit den letzten Wechselkursanpassungen im EWS um 15% bzw. 5% unter dem österreichischen Niveau, nachdem sie 1992 etwa gleich hoch waren. Schweden zahlte 1992 um rund 17% mehr als Österreich, heute um 8% weniger und Finnland um fast ein Viertel weniger. In Japan und den USA liegen die Arbeitskosten um rund 15%, in Großbritannien um 30%, in Spanien und Irland um 40% und in Griechenland und Portugal um 64% bzw. 78% unter dem österreichischen Niveau.

Abbildung 1

Entwicklung der Wechselkurse

Schilling je Landeswährung

Übersicht 1

	Ø 1983/1993	Ø 1988/1993	1991	1992	1993
	Jährliche Veränderung in %				
BRD	± 0,0	± 0,0	± 0,0	— 0,0	— 0,0
Schweiz	— 0,8	— 1,4	— 0,6	— 3,9	+ 0,7
Belgien	— 0,4	+ 0,1	+ 0,4	— 0,0	— 1,4
Norwegen	— 4,0	— 2,8	— 0,9	— 1,7	— 7,3
Dänemark	— 0,9	— 0,4	— 0,7	— 0,3	— 1,4
Niederlande	— 0,1	± 0,0	— 0,0	+ 0,1	+ 0,2
Frankreich	— 1,4	— 0,2	— 0,9	+ 0,3	— 1,0
Schweden	— 4,4	— 5,8	+ 0,5	— 1,9	— 20,9
Japan	+ 3,3	+ 1,7	+ 10,3	— 0,1	+ 21,0
Italien	— 4,6	— 4,8	— 0,8	— 4,9	— 17,2
USA	— 4,3	— 1,2	+ 2,7	— 5,9	+ 5,9
Kanada	— 4,7	— 2,2	+ 4,6	— 10,7	— 0,9
Finnland	— 4,5	— 7,1	— 2,8	— 14,8	— 17,3
Großbritannien	— 4,3	— 4,5	+ 1,8	— 5,9	— 9,8
Spanien	— 3,1	— 2,8	+ 0,7	— 4,3	— 14,7
Irland	— 2,7	— 1,9	— 0,1	— 0,6	— 8,7
Griechenland	— 13,0	— 10,2	— 10,6	— 10,2	— 11,5
Portugal	— 7,8	— 3,3	+ 1,3	+ 0,8	— 10,8
Handelspartner ¹⁾	— 1,4	— 1,2	+ 0,8	— 1,9	— 2,0
EU 12	— 1,5	— 1,3	— 0,1	— 1,4	— 4,1

Q: Österreichische Nationalbank, eigene Berechnungen. — ¹⁾ Nach Exportanteilen gewichteter Durchschnitt der Handelspartner ohne Finnland, Griechenland, Irland, Portugal und Spanien.

Die kurzfristigen Verschiebungen der Lohnkostenposition werden im wesentlichen durch die Wechselkursentwicklung bestimmt. Der längerfristige Vergleich mit den anderen Hartwährungsländern zeigt, daß sich auch produktivitätsbedingt — also abgesehen von den kurzfristigen Wechselkursfluktuationen — der Lohnkostenabstand zu den europäischen Industriestaaten kontinuierlich verringert hat: Anfang der achtziger Jahre lagen die Lohnkosten

Die Kosten der Arbeitsstunde betrugen 1993 in der verarbeitenden Industrie Österreichs 234 S. Sie lagen damit um gut 6% über dem EU-Durchschnitt. Die deutsche Industrie zahlte um 28%, die Schweizer Industrie um 16% mehr. Neben Großbritannien, den USA und Japan wird die Arbeitsstunde seit den jüngsten Abwertungen auch in Finnland (—23%), Italien (—14%) und Schweden deutlich niedriger bezahlt als in Österreich.

in Westdeutschland noch um 40% und in der Schweiz um 35% über den österreichischen.

Die relative Arbeitskostenposition der neuen Industrielande im Fernen Osten und der osteuropäischen Länder (Guger, 1993, Peneder, 1993) hat sich — soweit überhaupt neue Daten verfügbar waren — kaum verändert.

Verlangsamung des Lohnauftriebs

Nach dem kräftigen Lohnauftrieb von 6% in den zwei vorangegangenen Jahren verlangsamte sich der Zuwachs der Arbeitskosten je Stunde in der Industrie 1993 auf 4,6% und lag damit um fast 1 Prozentpunkt unter der durchschnittlichen Steigerungsrate der achtziger Jahre (+5,5%). Die österreichischen Arbeitskosten verteuerten sich damit etwa gleich stark wie im gewichteten Durchschnitt der EU-

Indikatoren der Konjunktorentwicklung im I. Quartal 1994 Übersicht 1

	Produktionsindex		Übernachtungen	Bauumsätze
	Industrie insgesamt ohne Energie- versorgung	Energie- versorgung		
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Wien	+ 6,6	— 11,0	+ 1,3	+ 9,6
Niederösterreich	+ 4,2	— 1,5	— 2,2	+ 35,6
Burgenland	+ 3,9	— 1,7	+ 6,6	+ 56,8
Steiermark	+ 3,7	— 9,7	+ 3,9	+ 11,7
Kärnten	— 1,5	— 4,3	+ 1,4	+ 57,4
Oberösterreich	+ 1,3	+ 18,5	+ 7,8	+ 13,7
Salzburg	+ 8,9	+ 3,0	+ 0,9	+ 36,0
Tirol	— 2,1	— 8,5	+ 2,1	+ 5,3
Vorarlberg	+ 0,3	+ 8,6	+ 4,9	+ 38,1
Österreich	+ 3,7	+ 1,0	+ 2,2	+ 19,6

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt.

der Österreich und im Burgenland zusammen um rund 4%, in Wien aber um nur knapp 1,2% mehr als ein Jahr zuvor (Österreich +2,6%). Damit wuchs die Wertschöpfung Wiens (ohne Landwirtschaft, Energieversorgung) um nur 2,1% (I Quartal 1994), in Niederösterreich um 5,0%, im Burgenland gar um 5,9%. In der Steiermark (+3,1%), in Kärnten (+3,3%), Oberösterreich (+3,5%) und Salzburg (+3,6%) nahm sie etwa durchschnittlich zu, in Tirol (+2,3%) und Vorarlberg (+4,0%) wich sie vor allem aufgrund des Basiseffekts weiter davon ab; im Zweijahresvergleich schrumpft der Vorsprung Vorarlbergs gegenüber Tirol auf 0,4 Prozentpunkte.

Die Karwoche, die 1994 teilweise noch in das I. Quartal fiel, ermöglichte dem Tourismus ein positives Ergebnis, einschließlich April ging die Zahl der Übernachtungen aber zurück. Der Städtetourismus war vom Verfall der Flugpreise begünstigt, in den Hauptgebieten des Wintertourismus stärkte das aber konkurrierende Reiseziele.

Breit gestreute Exporterfolge festigen Industriekonjunktur

Die Industriekonjunktur erreichte nach einjähriger Talfahrt im Sommer 1993 ihren Wendepunkt und hat sich im I. Quartal 1994 weiter konsolidiert. Die Industrie produzier-

Die regionale Bedeutung der Produktion von Vorprodukten und Investitionsgütern hat den größten Einfluß auf die regionale Industriekonjunktur; umgekehrt dämpft ein hoher Anteil kurzlebiger Gebrauchsgüter (besonders Bekleidung) an der Produktion das Ergebnis. Ostösterreichische Standorte stehen unter erheblichem Anpassungsdruck, finden aber auch viele neue Entwicklungschancen vor, von welchen erfolgreich Gebrauch gemacht wird.

te arbeitstäglich bereinigt um 2,6% mehr Mengeneinheiten als im Vorjahr, ohne Energieerzeugung um 3,7%.

Die Wertschöpfung der Industrie wuchs im I. Quartal 1994 (bei einem zusätzlichen Arbeitstag) um 4,1%, rascher als die Gesamtwirtschaft; die Industrie hat also bereits die Rolle des Motors im Aufschwung übernommen. Dem tra-

ditionellen regionalen Konjunkturbild entspricht allerdings nur die kräftige Erholung in Salzburg, während die überdurchschnittliche Entwicklung in der gesamten Ostregion darauf hinweist, daß die Impulse dieses Aufschwungs heterogener geworden sind. Hohe Zuwächse wurden im Export in die USA (+21,6%), nach Südostasien (+27,6%), Ost-Mitteleuropa (+12,4%) und Skandinavien erzielt, die Exporte nach Deutschland stiegen dagegen um nur 1,9%.

Die Produktion von Grundstoffen hat sich nicht nur gemessen an der Menge erholt, auch die Preise dürften sich im allgemeinen wieder stabilisieren.

Die Erzeugung von Vorprodukten wurde für alle Bereiche kräftig ausgeweitet (IV. Quartal 1993 real +0,8%, I. Quartal 1994 +5,5%). Grundmetallindustrie, Bauwirtschaft, Holz- und Papierindustrie nahmen um 8% bis 9% mehr Vorleistungen ab als ein Jahr zuvor.

Auch die Investitionsgütererzeugung (+3,0%) trug zur Expansion bei, einzig die Konsumgüterindustrie stagniert noch, die Produktion kurzlebiger Güter (-6,7%) schrumpft deutlich. In diesem Bereich werden zunehmend Kapazitäten an ausländische Standorte (Ost-Mitteleuropa) verlagert.

Die Verbesserung der Industriekonjunktur setzte sich in fast allen Bundesländern durch. Am stärksten wuchs die Produktion (ohne Energieversorgung) in Salzburg (+8,9%) und Wien (+6,6%), leicht überdurchschnittlich in den anderen Bundesländern der Ostregion (Niederösterreich +4,2%, Burgenland +3,9%) sowie in der Steiermark (+3,7%). Nur in Kärnten schrumpfte sie im I. Quartal (-2,8%), nachdem sie im Vorquartal noch zugenommen hatte. Rückläufig war die Industrieproduktion auch in Tirol (-3,4%), hier hat sich der Rückgang jedoch abgeschwächt, wenn die Energieproduktion unberücksichtigt bleibt. In den meisten Bundesländern ging die Verbesserung der Industriekonjunktur von den Vorleistungen aus: Deren Produktion wurde insbesondere in Salzburg (+14,9%), dem Burgenland (+14,2%) und Wien (+7,4%) kräftig ausgeweitet und ging in Kärnten (-2,2%) sowie Tirol (-1,8%) zurück. Der Vorleistungssektor der westlichen Bundesländer Tirol und Vorarlberg (-0,0%) hat sich wegen der Schwäche der Konjunktur in Deutschland noch nicht erholt.

Die Erzeugung von Investitionsgütern war die zweite Konjunkturstütze (Vorarlberg +26,1%, Kärnten +23,9%, Wien +14,2%). Die Wiener Industrie und auch die Vorleistungsproduzenten im Umland (insbesondere im Burgenland) profitierten vom Anstieg der Exporte nach Ost-Mitteleuropa. In Oberösterreich und der Steiermark hat sich der Aufschwung der Grundstoffkonjunktur stärker als in Niederösterreich durchgesetzt; allerdings war hier die Grundstoffindustrie zu einem großen Teil schon dem Strukturwandel in den achtziger Jahren zum Opfer gefallen. In Niederösterreich entwickelte sich jedoch die Investitions- und Konsumgüterindustrie besser als in den beiden anderen großen Flächenbundesländern mit langer Industrietradition. Niederösterreich ist insbesondere in der Anpassung der Verbrauchsgüterindustrie an die Wettbewerbsbedingungen der EU sehr erfolgreich. Dieser Sektor ist überdies von der Verlagerung der Produktion kurzlebiger Konsumgüter auf ausländische Billiglohnstandorte geprägt. Sie

Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt; der Anteil des Agrarsektors am BIP sank auf 2,4%.

Die Agrarstrukturerhebung vom 3. Juni 1993 (Stichprobe) ergab insgesamt 267 000 land- und forstwirtschaftliche Betriebe, um rund 4% weniger als vor drei Jahren. Die Zahl der Betriebe erwies sich neuerlich und im Vergleich zum beschleunigten Abfluß von Arbeitskräften als bemerkenswert stabil. Der Trend zum Zu- und Nebenerwerb hält an. Ein zunehmender Teil der bäuerlichen Familien ergänzt ihr Einkommen durch außeragrarisches Einkünfte. Die ländliche Bevölkerung ist allerdings bestrebt, auch bei einem Wechsel des Betriebsleiters in einen außerlandwirtschaftlichen Hauptberuf den Hof zu behalten. 1993 wurden nur noch rund 78 000 Höfe im Vollerwerb bewirtschaftet (29%), der überwiegende Rest (71%) waren Zu- und Nebenerwerbsbetriebe sowie Betriebe juristischer Personen.

Agrareinkommen fielen zurück

Die aus der Land- und Forstwirtschaft erwirtschafteten Einkommen waren 1993 nach den vorläufigen Ergebnissen der land- und forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung insgesamt um knapp ein Zehntel niedriger als im Jahr zuvor. Je Beschäftigten ergab sich eine durchschnittliche Abnahme

Die aus der Land- und Forstwirtschaft erwirtschafteten Einkommen waren 1993 um knapp ein Zehntel niedriger als ein Jahr zuvor. Je Beschäftigten ergab sich eine Abnahme um rund 4%. Der Wunsch nach paritätischer Entwicklung der Einkommen ist für die Bauern immer schwerer zu erfüllen.

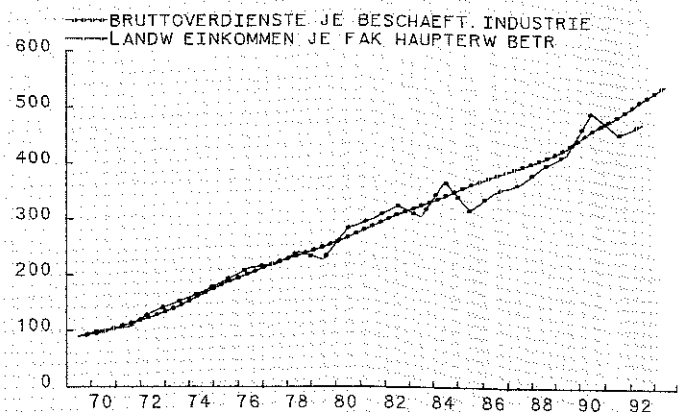
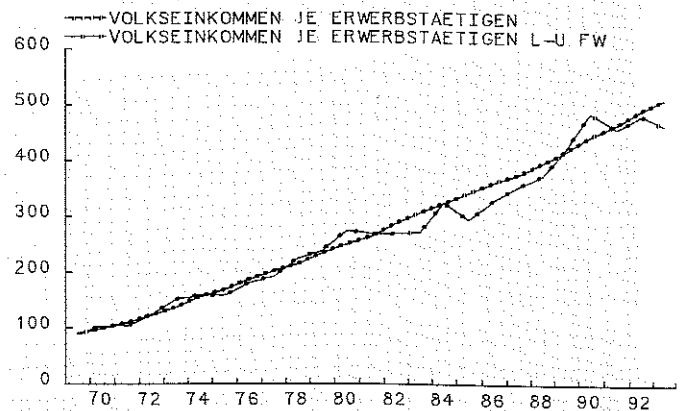
um rund 4%, weil der Agrarsektor wie üblich Arbeitskräfte verloren hat. Die Bruttoverdienste je Arbeitnehmer stiegen um etwa 4½% bis 5%. Die Bauern fielen damit 1993 gegenüber Arbeitern und Angestellten erheblich zurück, die Disparität der Einkommen nahm zu.

Aufgrund von Witterungseinflüssen, Produktionszyklen, der wechselnden Lage auf den internationalen Märkten usw. können die Agrareinkommen von Jahr zu Jahr erheblich schwanken. Wichtiger als das Ergebnis eines einzelnen Jahres ist die mittelfristige Entwicklung. Längerfristig zeichnen sowohl die land- und forstwirtschaftliche Gesamtrechnung als auch die im Grünen Bericht vorgelegten Buchführungsergebnisse repräsentativer bäuerlicher Haupteinwerbsbetriebe das gleiche Bild: Auf eine auch im Vergleich zu den übrigen Bevölkerungsgruppen günstige Entwicklung der Agrareinkommen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre folgten ein Einbruch 1991, ein schwaches Jahr 1992 und ein neuerlicher Abfall 1993 mit wenig Aussicht auf Ausgleich im laufenden Jahr 1994. Der Wunsch nach Parität zumindest in der Entwicklung der Einkommen ist somit für die Bauern immer schwerer zu erfüllen.

Auch für die westeuropäische Landwirtschaft war 1993 ein schwaches Jahr. Nach Angaben von Eurostat (1994, (6)) sank das landwirtschaftliche Einkommen je Arbeitskraft (gemessen als Netto-Wertschöpfung zu Faktorkosten) im Durchschnitt der EU real um etwa 1,2%. Als Folge der ersten Etappe der im Mai 1992 beschlossenen Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik stiegen die Transfers an die

Längerfristige Einkommens-tendenzen der Landwirtschaft im Vergleich

Ø 1969/1971 = 100



landwirtschaftlichen Betriebe sprunghaft. Die höheren Direktzahlungen konnten allerdings die Preiskürzungen und Ernteeinbußen im Pflanzenbau nicht ganz ausgleichen. Die deutsche Landwirtschaft erlitt mit einem Einbruch um knapp ein Viertel die höchsten Verluste.

Wert der agrarischen Endproduktion — 3%

Wie erwähnt stagnierte im Jahre 1993 die Endproduktion des Agrarsektors real; die Preise gaben nach und drückten den Wert des agrarischen Rohertrags unter das Niveau des Vorjahres.

In der *realen Rechnung* ist der neuerliche Einbruch im *Pflanzenbau* (Endproduktion —3½%) besonders bemerkenswert. Er geht auf Mißernten an Wein und Getreide zurück. Hackfrüchte, Obst und Gemüse fielen etwas mehr an als im Vorjahr. Die Endproduktion aus *Tierhaltung* wuchs um 2%. Die Zunahme ist vor allem auf eine hohe Marktleistung an Schweinen zurückzuführen. Rinder wurden viel weniger angeboten, die Milchlieferung stagnierte. Eier und Geflügel wurden etwas mehr erzeugt. Der Viehbestand wurde leicht ausgeweitet (mehr Schweine, weniger Rinder). Der *Holz einschlag* stagnierte unter dem langjährigen Durchschnitt.

Die *agrarischen Erzeugerpreise* sind 1993 im Durchschnitt neuerlich gesunken (—3½%). Die Ursache waren primär

Struktur und Wandel der Wirtschaftssektoren

Übersicht 1

	Anteile an der Wertschöpfung ¹⁾ nominell			Anteile an den unselbständig Beschäftigten		
	1988	1991	Ø 1980/1991 Jährliche Veränderung in %	1988	1991	Ø 1980/1991 Jährliche Veränderung in %
	In %			In %		
Primärsektor	3,3	2,9	-4,3	1,0	0,9	-3,2
Sekundärsektor	30,9	30,2	-0,8	30,1	28,7	-1,5
Tertiärsektor	65,8	66,9	+0,7	68,9	70,4	+0,8
Nicht marktbestimmte Dienstleistungen	14,1	13,9	+0,1	23,0	23,0	+1,0
Marktbestimmte Dienstleistungen	51,7	53,0	+0,8	45,9	47,4	+0,7

	Anteile an der Wertschöpfung ¹⁾ nominell			Anteile an den unselbständig Beschäftigten		
	1988	1991	Ø 1980/1991 Jährliche Veränderung in %	1988 ²⁾	1991	Ø 1983/1988 Jährliche Veränderung in % ²⁾
	In %			In %		
<i>Die 9 marktbestimmten Dienstleistungssektoren der EFTA-Studie¹⁾</i>						
Banken	5,2	5,5	+1,6	2,8		+1,5
Versicherungen	1,7	1,6	+1,2	1,3		+1,6
Straßengüterverkehr	1,5	1,6	+1,9	1,4		+3,1
Luftverkehr	0,4	0,4	+6,5	0,2		+0,0
Telekommunikation	2,5	2,5	+1,2	2,3		+0,0
Bauwesen	7,0	7,6	-1,1	8,1		-0,5
Unternehmensberatung	0,1	0,1	+0,0	0,1		+0,0
Handel	13,5	13,4	-0,5	14,8		+0,4
Tourismus	2,5	2,6	+0,7	3,0		+0,7
Hotels	2,4	2,5	+0,8	2,8		+0,7
Reiseveranstalter	0,1	0,1	+0,0	0,2		+0,0

Q: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Primärsektor: Land- und Forstwirtschaft. Sekundärsektor: Sachgüterproduktion, Bergbau und Energieversorgung. — ¹⁾ Die richtige Basis für die Berechnung der Anteile ist nicht das BIP, sondern die Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche minus privater Dienste ohne Erwerbscharakter und häuslicher Dienste. — ²⁾ Q: Nicht-landwirtschaftliche Bereichszählung 1983 und 1988

Auch für Österreich gelten die für die meisten Industriestaaten festgestellten allgemeinen Charakteristika:

- Die *Arbeitsproduktivität* nimmt im Dienstleistungssektor signifikant schwächer zu als im Sekundärsektor (Sachgüterproduktion, Bergbau und Energie).
- Die langsamere Produktivitätsentwicklung und der geringere Wettbewerbsdruck ließen die *Inflation* im Dienstleistungsbereich stärker steigen als in den ande-

anteil 1,2%, am Export kommerzieller Dienstleistungen 2,8%.

Besonderheiten der untersuchten Dienstleistungssektoren

Die marktbestimmten Dienstleistungssektoren hatten 1991 insgesamt einen Anteil am BIP von 53,0%. Der Anteil der in der vorliegenden Studie untersuchten neun Sektoren machte zusammengekommen nur 35,3% aus Handel (BIP-Anteil 13,4%), Bauwesen (7,6%) und Banken (5,5%) trugen als Einzelsektoren am meisten zum BIP bei (Übersicht 1).

Im internationalen Maßstab spielen *Größen- und Verbundvorteile* in den meisten Dienstleistungssektoren eine wichtige Rolle. In Österreich dürfte bisher lediglich der Sektor Telekommunikation davon profitiert haben. Den höchsten *Konzentrationsgrad* weisen die Sektoren Telekommunikation und Luftverkehr auf. Sie werden von staatlich beeinflussten Betrieben dominiert.

Die *Marktstruktur* der Dienstleistungssektoren läßt sich in Österreich wie folgt charakterisieren: Die Telekommunikation ist ein reguliertes Monopol. Oligopolistische Konkurrenz mit zwei oder mehr Konkurrenten herrscht in den Bereichen Luftverkehr und, in geringerem Ausmaß, Banken und Versicherungen vor. Infolge der starken Produktdifferenzierung sind die Sektoren Unternehmensberatung, Handel sowie Hotels und Reiseveranstalter als monopolistisch kompetitiv zu bezeichnen. Dem Idealbild der vollständigen Konkurrenz am nächsten kommen die Sektoren Straßengüterverkehr und Bauwesen.

Die *Wettbewerbsintensität* ist niedrig in den Sektoren Versicherungen, Luftverkehr, Telekommunikation und Unter-

Allgemeine Charakteristika des Dienstleistungssektors

ren Sektoren (Primär- und Sekundärsektor). Die *Pro-Kopf-Löhne* wuchsen dagegen langsamer als im Sekundärsektor.

- Die Märkte für Dienstleistungen waren bisher *gegen Konkurrenz abgeschirmt*. Zwei Faktoren sind dafür verantwortlich: das Wesen der Dienstleistungen und die staatliche Regulierung. Zum einen bestehen Eintrittsbarrieren für den Marktzugang, zum anderen Regulierungen für das Verhalten etablierter Unternehmen.
- Die *Marktstruktur* des Dienstleistungssektors ist im allgemeinen durch eine geringe Wettbewerbsintensität gekennzeichnet.

Österreich hat komparative Nachteile im Nettoexport von Gütern und komparative Vorteile im Nettoexport von Dienstleistungen. Die Handelsbilanz ist traditionell passiv, die Leistungsbilanz im Durchschnitt ausgeglichen. Die relative Wettbewerbsposition Österreichs im Außenhandel mit Dienstleistungen spiegelt sich auch in der Stellung auf dem Weltmarkt. Am Güterexport beträgt der Markt-

Industrie

	1991	1992	1993	1993	1994			1994		
				IV Qu	I Qu	II Qu	April	Mai	Juni	Juli
				Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Vorleistungen	+ 0,5	- 0,1	- 2,5	+ 0,4	+ 5,5	+ 5,0	+ 2,9	+ 6,0	+ 5,9	
Für die Nahrungs- und Genußmittelbranchen	+ 5,8	+ 0,7	- 0,8	+ 3,3	+ 6,7	+ 7,9	+ 6,4	+12,0	+ 5,2	
Für die Textil- und Lederbranchen	- 5,1	+ 0,4	- 7,5	- 5,2	- 8,2	- 0,7	- 4,2	+ 1,8	+ 0,3	
Für die Holz- und Papierbranchen sowie Druckereien	+ 3,1	+ 2,8	- 0,8	+ 2,0	+ 7,9	+ 9,6	+ 9,4	+10,9	+ 8,5	
Für die Chemie	+ 0,9	+ 0,0	- 4,2	- 3,4	+ 1,7	+ 4,5	+ 1,5	+ 3,3	+ 8,9	
Für die Stein- und Glaswarenproduktion	-12,7	- 7,3	- 4,9	+19,5	+18,4	+15,4	+ 9,9	+18,8	+16,9	
Für die Grundmetallverarbeitung	- 4,1	- 7,3	- 2,5	+13,8	+ 8,1	+ 0,2	- 0,6	- 1,0	+ 2,1	
Für die Technische Verarbeitung	- 1,9	- 0,7	- 4,6	- 2,4	+ 4,6	+ 7,5	+ 4,3	+ 8,3	+ 9,8	
Für die Bauwirtschaft	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,0	+ 2,8	+ 8,8	+ 4,1	+ 2,5	+ 4,9	+ 4,7	
Für sonstige Wirtschaftsbereiche	+ 9,3	+ 1,9	+ 0,6	- 0,6	+ 8,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 3,5	- 2,7	
Ausrüstungsinvestitionen	+ 5,3	- 2,6	- 4,7	+ 4,3	+ 3,0	+ 2,1	- 9,1	+ 8,6	+ 7,1	
Fahrzeuge	+14,5	-13,0	-14,3	+20,5	+ 6,8	-15,2	-27,5	- 9,4	- 7,7	
Maschinen und Elektrogeräte	+ 2,1	- 3,8	- 3,5	+ 3,9	+ 3,1	+ 6,2	- 5,8	+15,8	+ 9,2	
Sonstige	+11,7	+ 6,1	- 4,1	- 1,4	+ 1,2	- 4,9	-12,4	- 5,2	+ 3,2	
Konsumgüter	+ 2,2	- 2,1	- 1,1	- 2,2	- 0,5	- 2,5	- 2,7	- 2,0	- 2,8	
Verbrauchsgüter	+ 5,4	+ 0,4	+ 0,3	- 1,2	- 0,2	- 2,1	- 3,1	- 1,2	- 1,9	
Kurzlebige Gebrauchsgüter	- 1,6	- 5,5	-11,0	-10,5	- 6,7	- 5,9	- 6,0	- 2,8	- 8,6	
Langlebige Gebrauchsgüter	+ 0,4	- 2,8	+ 7,9	+ 4,4	+ 5,3	+ 0,2	+ 1,4	- 2,8	+ 2,0	
Industrie insgesamt (ohne Energieversorgung)	+ 1,8	- 1,1	- 2,5	+ 0,6	+ 3,7	+ 2,5	- 0,7	+ 4,6	+ 3,4	
Nicht arbeitstäglich bereinigt	+ 2,2	- 0,7	- 3,1	+ 0,4	+ 5,3	+ 4,3	- 0,6	+ 9,9	+ 3,8	
Teilweise arbeitstäglich bereinigt (7:3)	+ 1,9	- 1,0	- 2,5	+ 0,5	+ 4,2	+ 3,0	- 0,7	+ 6,2	+ 3,5	
Produktivität pro Kopf	+ 2,9	+ 2,5	+ 4,3	+ 8,2	+10,2		+ 4,6	+ 9,6		
Produktivität pro Stunde	+ 5,1	+ 4,2	+ 6,1	+ 9,2	+ 9,9		+ 6,6	+10,4		
Auftragseingänge (ohne Maschinenindustrie)	+ 1,6	+ 0,3	- 2,5	- 0,0	+ 9,5	+20,0	+ 7,3	+32,1	+22,1	
Auftragsbestände (ohne Maschinenindustrie)	- 1,8	- 1,3	- 2,4	+ 1,4	+ 4,5	+ 9,6	+ 7,2	+10,2	+11,6	

Bauwirtschaft

	1991	1992	1993	1993	1994			1994		
				IV Qu	I Qu	II Qu	April	Mai	Juni	Juli
				Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Produktionswert (nominal)	+12,2	+ 7,7	+ 1,7	+ 5,0	+19,6		+ 2,9	+9,0		
Hochbau	+16,9	+10,4	+ 1,0	+ 2,1	+16,6		+ 0,9	+6,4		
Tiefbau	+ 9,2	+ 0,0	+ 3,7	+10,3	+26,1		+ 4,4	+9,7		
Beschäftigte	+ 0,8	+ 4,8	+ 0,8	+ 1,7	+ 6,5		+ 2,4	+ 0,6		
Hochbau	+ 4,4	+ 4,8	- 1,4	- 0,5	+ 8,2		+ 0,3	+ 0,2		
Tiefbau	- 2,4	- 0,6	+ 7,2	+ 7,3	+ 4,2		+ 2,3	-1,6		
Auftragsbestände	+16,5	+ 3,4	+13,2	+ 8,4	+10,3					
Innerhalb von 12 Monaten aufzuarbeiten	+12,0	+ 7,1	+10,4	+ 6,9	+12,6					
Preisindex Hochbau	+ 6,1	+ 3,7	+ 3,0	+ 2,4	+ 2,3	+ 3,1				
Wohnbau	+ 5,9	+ 4,5	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,1				
Preisindex Tiefbau	+ 3,8	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,5	+1,7				
Straßenbau	+ 3,6	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,7	+ 3,6	+1,8				

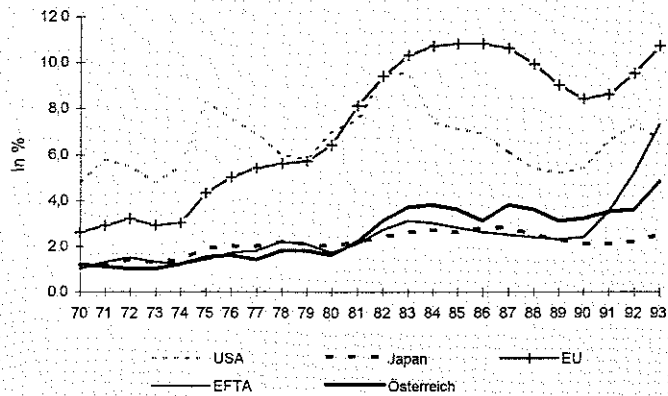
Energiewirtschaft

	1991	1992	1993	1993	1994			1994		
				IV Qu	I Qu	II Qu	April	Mai	Juni	Juli
				Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Förderung	+ 1,4	+ 4,3	+ 3,0	+ 5,5	+ 0,5		+ 5,2			
Kohle	-15,0	-14,9	- 4,5	+17,1	- 4,5		- 9,1	-40,4		
Erdöl	+10,7	- 7,2	- 2,1	- 1,3	+ 0,2		- 3,0			
Erdgas	+ 3,2	+ 8,1	+ 3,3	+ 2,5	-14,7		- 8,7			
Stromerzeugung	+ 2,1	- 0,6	+ 2,9	+ 4,9	+ 1,7	+ 8,7	+ 4,9	+10,2	+10,9	
Wasserkraft	+ 0,7	+10,2	+ 5,4	+ 7,6	+ 7,8	+12,5	+13,2	+11,7	+12,8	
Wärmeleistung	+ 4,6	-19,5	- 3,2	+ 0,0	- 7,0	- 9,6	-20,5	+ 0,5	- 0,3	
Verbrauch	+ 6,0	- 3,3	+ 0,6	+ 4,4	- 4,3					
Kohle	+ 3,1	-22,1	-13,0	- 6,6	- 9,1					
Erdöl Mineralölprodukte	+ 7,8	- 1,2	+ 1,6	+ 7,3	- 2,8					
Treibstoffe	+10,2	+ 0,2	- 1,7	- 0,4	+ 7,2					
Normalbenzin	+13,9	- 2,2	- 7,1	- 6,1	- 0,9					
Superbenzin	+ 7,5	- 5,3	- 2,5	- 1,5	+ 1,1					
Dieselkraftstoff	+11,1	+ 5,4	+ 0,8	+ 2,1	+14,9					
Heizöle	+10,2	-11,2	+ 9,0	+13,9	-15,4					
Gasöl für Heizzwecke	+23,6	- 7,3	+10,2	+ 6,8	-16,9					
Sonstige Heizöle	+ 2,6	-13,8	+ 8,1	+18,1	-14,6					
Erdgas	+ 5,8	- 2,0	+ 5,2	+ 5,9	- 8,4					
Elektrischer Strom	+ 4,4	- 1,0	+ 0,5	+ 1,8	- 1,6	+ 3,3	+ 2,6	+ 4,3	+ 3,2	

Internationaler Vergleich der Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Arbeitslosenquote, saisonbereinigt

Abbildung 1



Q: OECD, Labour Force Statistics. EFTA: Österreich, Finnland, Norwegen, Schweden, Schweiz.

Arbeitsmarkt sind allerdings in Nordamerika ungleich höher als in Europa. In der EU waren 1992 mehr als 40% der Arbeitslosen länger als ein Jahr arbeitslos, in den EFTA-Ländern und Japan durchschnittlich 15% (in Österreich 17%) und in Nordamerika nur 11%. Diese Diskrepanz in der Dynamik zwischen Europa, Japan und den USA kann als Indikator dafür gesehen werden, daß die Arbeitsmärkte in Europa anders funktionieren. Ab den siebziger Jahren vollzog sich eine Tendenzwende von einer Situation allgemeiner Arbeitskräfteknappheit zu einem Überangebot an Arbeitskräften, die mit der Entstehung der Insider-Outsider-Problematik verbunden war. Die Arbeitsmarktmechanismen (Lohndetermination, Kündigungsbestimmungen, Arbeitslosenunterstützung, Mindestlohnregelungen) und -institutionen (Arbeitsvermittlung in Richtung Erhöhung der Selbstorganisation, Arbeitsverleihfirmen) reagierten vergleichsweise langsam auf die geänderten Marktbedingungen und erlaubten somit das Entstehen von Langzeitarbeitslosigkeit.

Geringere Dynamik des Arbeitskräfteangebotes in Europa als in den USA

Die Entwicklung des Arbeitskräfteangebotes und der Beschäftigung hängt stark von der Bevölkerungsentwicklung (natürliche und Nettowanderung) sowie dem Grad und der Art der Integration der Bevölkerung in den Arbeitsmarkt ab. Die Bevölkerung wuchs in den letzten 30 Jahren in Nordamerika — etwas abgeschwächt in Japan — rascher als in der EU oder der EFTA. In Europa gewann die Nettozuwanderung aus dem Ausland (insbesondere Flüchtlinge und Asylwerber) ab Mitte der achtziger Jahre an Bedeutung. In Österreich war der Zugang aus dem Ausland ab 1989 besonders ausgeprägt. In Japan war in den letzten 20 Jahren keine signifikante Nettozuwanderung zu verzeichnen. Erst in jüngerer Zeit trat in bestimmten Arbeitsmarktsegmenten Arbeitskräfteknappheit auf, die eine leichte Nettozuwanderung aus dem Ausland auslöste. Im Gegensatz dazu war der Anteil der Nettozuwanderung am

Zustrom in die Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit

Übersicht 1

	Monatlicher Zugang zur Arbeitslosigkeit		Langzeitarbeitslosigkeit 1990	
	Ø 1979/1982	Ø 1987/1989	6 Monate und mehr	12 Monate und mehr
Arbeitslose in % der Erwerbspersonen				
Anteile an allen Arbeitslosen in %				
USA	3.1	2.6	10.2	5.6
Japan	0.5	0.5	39.0	19.1
Deutschland	0.3	0.4	64.5	46.3
Frankreich	0.4	0.5	55.6	38.3
Italien	0.2	0.3	87.0	71.1
Großbritannien	0.6	0.8	52.2	36.0
Kanada	2.6	2.4	18.9	5.7
Australien	1.2	1.2	41.0	21.6
Österreich	0.9	1.3	25.1	13.1
Belgien	0.3	0.2	81.6	69.9
Dänemark	0.8	0.6	59.9	33.7
Finnland	1.7	1.1	23.6	6.9
Griechenland	0.4	0.4	74.3	51.7
Irland	1.1	0.5	82.2	67.2
Niederlande	0.5	0.4	63.4	48.4
Norwegen	0.7	0.9	40.4	19.2
Spanien	0.4	0.2	70.2	54.0
Schweden	0.7	0.5	16.4	4.8

Q: OECD, Elmeskov (1993)

Bevölkerungswachstum in den traditionellen Einwanderungsländern längerfristig relativ stabil

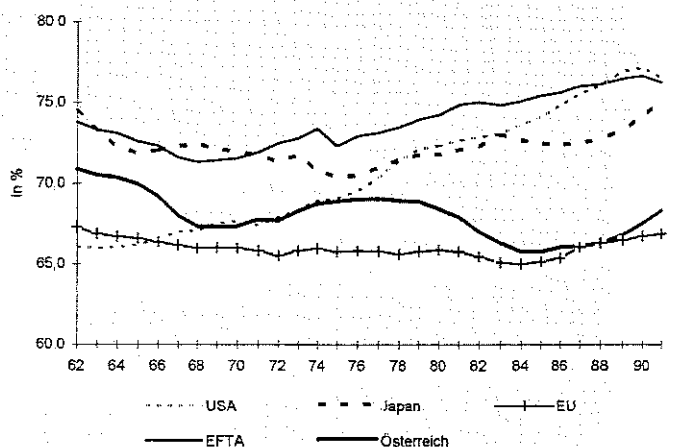
Das Arbeitskräfteangebot erhöhte sich in Nordamerika und den skandinavischen Ländern infolge einer deutlichen Zunahme der Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung (Erwerbspersonen in Prozent der Bevölkerung zwischen 15 bis 65 Jahren). Im Gegensatz dazu stagnierte die Erwerbsquote der 15- bis 65jährigen über die letzten 30 Jahre in der EU (67%), in Japan (74%) und Österreich (69%), während sie in Nordamerika (auf 75%) und Skandinavien (80%), zum Teil von niedrigerem Niveau aus, stark stieg. Der international zu beobachtende Rückgang der Männererwerbsbeteiligung war in der EU und in Österreich wesentlich ausgeprägter als anderswo und der Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit schwächer.

Unterschiede zwischen der Funktionsweise und Dynamik der Arbeitsmärkte in Europa einerseits und Nordamerika,

Erwerbsbeteiligung in OECD-Regionen

Abbildung 2

Erwerbspersonen in % der 15- bis 65jährigen Bevölkerung



Q: WIFO; OECD, Labour Force Statistics. EFTA: Österreich, Finnland, Norwegen, Schweden, Schweiz.

Förderung von Direktinvestitionen in den Oststaaten: Überblick

Stand Mitte 1993

	Zahl der Projekte	Gefördertes Investitionsvolumen	Förderungsvolumen ¹⁾	Durchschnittliche Projektgröße
		Mill. S		
Ost-West-Fonds	40	4 103	2 017	103
ERP-Fonds	95	6 048	1 955	64
Bürges	85	357	357	4
Insgesamt	220	10 508	4 329	48
		Anteile in %		
Ost-West-Fonds	18,2	39,0	46,6	
ERP-Fonds	43,2	57,6	45,2	
Bürges	38,6	3,4	8,2	
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	

¹⁾ Garantiebetrags bzw. Kreditbetrags

Bis Mitte 1993 wurden über die drei erwähnten Programme 220 Projekte in Osteuropa mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 10,5 Mrd. S unterstützt (Ende 1992 etwa 8,9 Mrd. S). Das Förderungsvolumen machte 4,3 Mrd. S aus (Übersicht 1). Der Bestand an österreichischen Investitionen in den Oststaaten wird für Ende 1992 auf 15,6 Mrd. S, Ende 1993 auf 20 Mrd. S geschätzt (Stankovsky, 1994). Demnach wurden für etwa 60% der österreichischen Direktinvestitionen im Osten Förderungsinstrumente in Anspruch genommen. Dieses Ergebnis sollte nicht in dem Sinn interpretiert werden, daß durch die Finanzierungsinstrumente das österreichische Investitionsvolumen in Osteuropa mehr als verdoppelt wurde. Zahlreiche Projekte wurden sicher auch ohne Absicherung durchgeführt. Der substantielle Beitrag der Förderung zur kräftigen Ausweitung der österreichischen Direktinvestitionen in Osteuropa geht aber aus dieser Gegenüberstellung deutlich hervor.

43% der geförderten Investitionsprojekte in den Oststaaten entfielen auf den ERP-Fonds, 39% auf die Bürges und 18% auf den Ost-West-Fonds. Am Investitionsvolumen waren diese drei Programme mit 58%, 3% und 39% beteiligt, an den Förderungsmitteln mit 45%, 8% und 47%. Die durchschnittliche vom Ost-West-Fonds geförderte Investition machte 103 Mill. S aus, im ERP-Fonds 64 Mill. S, bei der Bürges 4 Mill. S.

Die überwiegende Mehrzahl der geförderten Vorhaben betraf Investitionen in den östlichen Nachbarländern. Den ersten Rang nahm Ungarn ein (Anteil an der Zahl der Projekte 52%, an der Investitionssumme 44%). Auf die frühere ČSFR entfielen 29% der Projekte und 37% der Investitionen, wobei Tschechien mit etwa drei Vierteln, die Slowakei mit etwa einem Viertel beteiligt war. Auch in der Aufgliederung nach den einzelnen Fonds steht Ungarn an der Spitze (Übersicht 2).

Ost-West-Fonds: Steine, Keramik und Metallwaren im Vordergrund

Der Ost-West-Fonds wird von der österreichischen Wirtschaft zunehmend in Anspruch genommen. Mitte 1991 hielt er insgesamt Garantien für 26 Projekte mit einem In-

Förderung von Direktinvestitionen in den Oststaaten durch Ost-West-Fonds, ERP-Fonds und Bürges

Stand Mitte 1993

	Ost-West-Fonds	ERP-Fonds	Bürges	Summe	Anteile in %
	Zahl der Projekte				
Ungarn	20	48	47	115	52,3
Frühere ČSFR	13	32	18	63	28,6
Tschechien	11	(10)	11	(32)	(14,5)
Slowakei	2	(5)	7	(14)	(6,4)
Slowenien	2	1	6	9	4,1
Polen	5	4	9	18	8,2
Früheres Jugoslawien	—	8	—	8	3,6
Andere Oststaaten	—	2	—	2	0,9
Oststaaten	40	95	85	220	100,0
Frühere DDR	8	20	—	28	12,7
Osten einschließlich DDR	48	115	—	163	74,5

	Investitionsvolumen in Mill. S				Anteile in %
Ungarn	2 174	2 262	181	4 167	43,9
Frühere ČSFR	1 100	2 672	90	3 862	36,8
Tschechien	851	(1 518)	50	(2 419)	(23,0)
Slowakei	249	(549)	40	(838)	(8,0)
Slowenien	374	90	23	487	4,6
Polen	455	188	39	682	6,5
Früheres Jugoslawien	—	812	—	812	7,7
Andere Oststaaten	—	24	—	24	0,2
Oststaaten	4 103	6 048	357	10 508	100,0
Frühere DDR	702	1 160	—	1 862	17,7
Osten einschließlich DDR	4 805	7 209	—	12 014	114,3

	Durchschnittliche Projektgröße in Mill. S				Anteile in %
Ungarn	109	47	4	40	40
Frühere ČSFR	85	83	5	61	61
Tschechien	77	(152)	5	(76)	(76)
Slowakei	125	(110)	6	(80)	(80)
Slowenien	187	90	4	54	54
Polen	91	47	4	38	38
Früheres Jugoslawien	—	102	—	102	102
Andere Oststaaten	—	12	—	12	12
Oststaaten	103	64	4	48	48
Frühere DDR	88	58	—	73	73
Osten einschließlich DDR	100	63	—	63	63

Zahlen in Klammern: Annahme

vestitionsvolumen von 3,5 Mrd. S und einem Garantievolumen von 1,6 Mrd. S, Ende 1992 für 52 Projekte (Investitionsvolumen 6,6 Mrd. S) und Mitte 1993 für 64 Projekte

Projekte des Ost-West-Fonds der FGG nach Zielländern der Investitionen

Stand Mitte 1993

	Zahl der Projekte	FGG-Kredite	Gesamtinvestitionen	Durchschnittliche Projektgröße
			Mill. S	
Ungarn	20	1 130	2 174	109
Tschechien	11	391	851	77
Slowakei	2	99	249	125
Slowenien	2	183	374	187
Polen	5	214	455	91
Oststaaten	40	2 017	4 103	103
Andere Oststaaten	24	1 484	3 178	132
Frühere DDR	8	444	702	88
Insgesamt	64	3 501	7 281	114

Q: FGG

cher Altstoffe gibt, müssen diese Teile der Branche zunächst ausgespart bleiben. Doch auch die anderen Datenquellen, auf die sich die Untersuchung stützt, sind teilweise sehr mangelhaft (z. B. die gesamte Erfassung betrieblicher Abfälle oder auch jene der gefährlichen Abfälle). In den Bereichen biogener Abfälle und der Altstoffe sind weiters die Veränderungen gerade im betrachteten Zeitraum so gravierend, daß die Schätzung für 1993 bereits überholt sein dürfte

Größen- und Eigentümerstruktur

Der Großteil der privaten Betriebe der Entsorgungsbranche — fast 50% der in der Befragung erfaßten Einheiten — hat weniger als 10 Beschäftigte. In Industrie und Großgewerbe sind nur etwa 40% der Betriebe dieser Kategorie zuzurechnen. Umgekehrt beschäftigen nur 4% der Entsorgungsbetriebe mehr als 100 Arbeitskräfte — in Industrie und Großgewerbe sind es 14%. Die mittlere Größenklasse ist etwa gleich stark besetzt. Insgesamt sind also in der Entsorgungsbranche kleinere Betriebe stärker als im Industrie- und Großgewerbe vertreten (für das Kleingewerbe gibt es keine Informationen), während größere Betriebe vergleichsweise unterrepräsentiert sind. Diese Struktur spiegelt den häufig lokalen bzw. regionalen Charakter der Ver- und Entsorgungsdienstleistung wider.

Betrachtet man nicht Betriebe, sondern Unternehmen, so zeigt sich eine Zweiteilung der Entsorgungsbranche: Neben der Vielzahl kleiner Unternehmen, die kleinräumige Entsorgungsdienste anbieten, sind einige große Firmenkonglomerate mit einer Palette von Entsorgungsdienstleistungen in mehreren Bundesländern vertreten. Eine solche Kombination von Kleinen und Großen ist industrieökonomisch vorteilhaft, weil beide Größenklassen sich auf ihre Stärken konzentrieren können: die kleinen Unternehmen z. B. auf die Anpassungsfähigkeit und die großen auf den Wissenstransfer innerhalb des Unternehmens. Vier große Firmengruppen vereinen etwa ein Viertel der in der Umfrage erfaßten Beschäftigten auf sich (weniger als ein Fünftel der Gesamtbeschäftigung, wenn man einen Repräsentationsgrad von 70% annimmt).

Systemmüll und betriebliche Abfälle

Die Abfuhr von Systemmüll — pro Jahr fallen mittlerweile etwa 1,7 Mill. t an — wird durch die Gemeinden bzw. Verbände organisiert, die sich jedoch in unterschiedlichem Maße (in Kärnten zu 60%, in Niederösterreich zu über 90%) privater Entsorgungsunternehmen bedienen. Die Marktaufteilung ist historisch gewachsen, die potentielle Konkurrenz durch andere Entsorgungsfirmen geringer als z. B. im wachsenden Altstoffbereich.

Kleinere Unternehmen dominieren — drei Viertel der in der Systemmüllabfuhr tätigen Firmen haben weniger als 40 Beschäftigte. Das Marktvolumen der Systemmüllabfuhr beträgt österreichweit etwa 1,5 Mrd. S (nur Abfuhr, ohne Deponierung).

Durch die Neuordnung des Bereichs der Verpackungen entfällt für die kommunale Entsorgung ein Teil der Kosten — die Altstoffentsorgung machte etwa 10% der Kosten aus, die durch die Müllgebühren gedeckt wurden. Zugleich sollen die Gemeinden für verschiedene Dienstleistungen wie Standplatzerrichtung usw. ein Entgelt aus dem privaten Altstoffrecyclingsystem erhalten. Trotz dieser Kosteneinsparungen und trotz sinkender Restmüllmengen sind die Müllgebühren österreichweit im Durchschnitt nicht zurückgegangen: Dies liegt vor allem am Aufbau der Biomüllentsorgung und an den steigenden Deponierungskosten für Restmüll. Überdies versuchen die Gemeinden nun verstärkt, ihre Müllgebühren weitgehend kostendeckend zu gestalten.

Über die anfallende Menge betrieblicher Abfälle besteht große Unsicherheit. Die hier verwendete Schätzung (aufbauend auf einer Erhebung der Wirtschaftskammer) nennt etwa 4 Mill. t; davon wird jedoch etwa die Hälfte verkauft. Die Abfuhr der restlichen betrieblichen Abfälle dürfte ein ähnliches Marktvolumen wie die Systemmüllabfuhr erreichen. Hier ist jedoch die statistische Basis äußerst schwach, sodaß dringend notwendige Vollerhebungen in den nächsten Jahren ein anderes Bild ergeben können.

Nach der WIFO-Umfrage sind in der Abfuhr betrieblicher Abfälle mehr Firmen tätig als im Marktsegment Systemmüllabfuhr. Allerdings überschneiden sich die beiden Segmente beträchtlich: 68% jener Unternehmen, die betriebliche Abfälle entsorgen, sind auch in der Systemmüllabfuhr tätig. Betriebliche Abfälle werden im Durchschnitt weiter transportiert als Systemmüll, und die Konkurrenz der Deponien um die betrieblichen Abfälle ist größer.

Baurestmassen

Im Tiefbau funktioniert das Baustoffrecycling bereits weitgehend kostendeckend. Hier sind die Bauunternehmen traditionell tätig — österreichweit gibt es schon 62 teilweise mobile, teilweise stationäre Recyclinganlagen für Beton und Asphalt. Auch für den Hochbau bieten etwa 45 Anlagen Bauschuttrecycling an. Allerdings wird nach wie vor ein Großteil der Hochbaurestmassen unsortiert in Schottergruben oder auf Deponien abgelagert, die Anlagen sind teilweise unterausgelastet. Besonders gut mit Recyclinganlagen ausgestattet sind der Westen und der Osten Österreichs, weniger gut der Süden.

Einige große Bauunternehmen sind in diesem Marktsegment mit mehreren Firmen und diese wiederum mit mehreren Anlagen vertreten. Das Marktsegment ist relativ scharf abgegrenzt: Während typische Entsorgungsfirmen nur am Rande in diesen Markt eingedrungen sind, sind die Bauunternehmen ihrerseits in anderen Entsorgungssegmenten nur untergeordnet tätig.

Die Stoffströme von Baurestmassen sind in der Statistik besonders mangelhaft dokumentiert: Es gibt kaum Informationen über den Umfang an recyceltem bzw. deponiertem Material. Auch eine österreichweite Liste der Bauschuttdeponien fehlt.

strie wird die Brutto-Wertschöpfung allerdings etwas senken

Einschließlich der Energieproduktion — die um etwa ein Drittel expandierte — fällt vor allem das Wachstum der Kärntner Wirtschaft beträchtlich höher aus (Abbildung 1).

Industrie übernimmt Konjunkturführerschaft

Die österreichische Industrie produzierte (arbeitstäigig bereinigt) im 1. Halbjahr real um 3% mehr als im Vorjahr. Damit war ihr Beitrag zur Brutto-Wertschöpfung wieder überdurchschnittlich und trug entscheidend zur Konjunkturerholung bei.

Insgesamt bietet die Industrie das typische Bild eines frühen Aufschwungs, die Produktion von Vorleistungen und Grundstoffen trägt die Entwicklung. Die Konjunktur der In-

In keiner der österreichischen Großregionen bleibt die Industrie im Aufschwung nennenswert zurück, auch die Steiermark und Kärnten wurden voll erfaßt. Die Spitzenposition der burgenländischen Industrie läßt wohl auch auf die Standortverbesserung im östlichen Grenzraum schließen.

vestitionsgüterbranchen kommt aber ebenfalls in Schwung, Maschinen und Elektronik werden wieder stärker nachgefragt. Die Produktion von Konsumgütern hat sich dagegen noch nicht gefestigt. Daß der Produktionswert überproportional stieg, ist im wesentlichen auf die Erholung verschiedener Grundstoffpreise auf dem Weltmarkt zurückzuführen. Das deutliche Vorseilen der Konjunktur in den USA läßt dies in einem verhältnismäßig frühen Stadium der österreichischen Konjunktur eintreten, was sich auch im regionalen Konjunkturbild auswirkt.

In Niederösterreich, im Burgenland, in Kärnten und Salzburg hat sich die reale Produktion rascher gefestigt, die gleichzeitige Belebung der Exportwirtschaft in Ost- und Westösterreich ist nicht mehr unerwartet. In Niederösterreich (reale Produktion ohne Energieversorgung +4,6%), dem Burgenland (+6,9%) und Kärnten (+4,9%) leiteten

vor allem die Vorleistungen mit Zuwachsraten zwischen 8% und 11% den Aufschwung ein. Im Burgenland und Kärnten besonders jene für die Maschinen- und Elektroindustrie. In Kärnten stieg in diesen Branchen auch die Investitionsgüterproduktion proportional. Salzburgs Industrie (+4,7%) expandierte in allen Verwendungsbereichen sehr gleichmäßig (nur hier und im Burgenland wuchs auch die Konsumgüterproduktion).

Die Steiermark (+2,1%) bildet in der realen Entwicklung das Mittelfeld, die Produktionswerte wuchsen aber deutlich rascher. In Oberösterreich (real +0,2%, Produktionswerte +5,2%) ist diese Differenz wesentlich größer, hier schlägt offenbar die Erholung der Grundstoffpreise durch.

Ein ähnlich flacher Anstieg der realen Produktion in Wien (+0,5%, aber mit durchschnittlichem Zuwachs der Produktionswerte) ist vermutlich auf Meßprobleme in der Industrie einer Großstadt (hohe Dienstleistungskomponente) zurückzuführen. Schwächer entwickelte sich die Industrie in Tirol (-1,2%); neben dem in ganz Österreich mit besonders schwierigen Rahmenbedingungen kämpfenden Bekleidungssektor trugen Holzverarbeitung, Maschinenbau und Elektroindustrie zum realen Schrumpfen der Produktion bei. In Vorarlberg (+1,6%) glich eine kräftige Steigerung der Investitionsgüterproduktion den mengenmäßigen Ausfall im Bekleidungssektor zwar aus, der Preisverfall in diesem Bereich drückte (ähnlich wie im Burgenland) aber den Anstieg des Produktionswertes unter das reale Wachstum.

Der Rückgang der Industriebeschäftigung (September/Oktober 1993 -7,3%, Juni 1994 -3,8%) hat sich im Vorjahresvergleich seit dem Konjunkturtiefpunkt halbiert; auch saisonbereinigt wurde er deutlich gebremst. In Kärnten, Salzburg und — vielleicht überraschend — in der Steiermark sind erste Anzeichen einer Erholung der Nachfrage nach Arbeitskräften festzustellen.

Bauwirtschaft weiter auf Wachstumskurs

Auch im II. Quartal 1994 leistete die Bauwirtschaft (reale Wertschöpfung +3%) einen überproportionalen Beitrag zum Wirtschaftswachstum. Mit +5,8% hielten die Umsatzerlöse in Baugewerbe und Bauindustrie etwa das Ni-

Indikatoren der Konjunkturentwicklung Übersicht 1 im II. Quartal 1994

	Produktionsindex		Übernachtungen	Bauumsätze
	Industrie insgesamt ohne Energie- versorgung	Energie- versorgung		
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Wien	+ 0,5	— 6,5	+ 3,3	— 5,3
Niederösterreich	+ 4,6	+ 4,2	— 4,3	+ 17,1
Burgenland	+ 6,9	+ 20,4	— 3,7	+ 24,8
Steiermark	+ 2,1	+ 2,3	— 2,7	— 0,2
Kärnten	+ 4,9	+ 43,7	— 5,8	+ 25,2
Oberösterreich	+ 0,2	+ 7,1	— 2,8	+ 1,3
Salzburg	+ 4,7	— 1,0	— 10,8	+ 14,2
Tirol	— 1,2	+ 3,3	— 14,1	+ 2,7
Vorarlberg	+ 1,6	+ 9,5	— 13,1	+ 27,1
Österreich	+ 2,2	+ 6,9	— 8,2	+ 5,8

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt

Indikatoren der Industrieentwicklung Übersicht 2 II. Quartal 1994

	Produktion		Beschäftigte
	Real	Nominell	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Wien	— 0,9	+ 4,3	— 5,2
Niederösterreich	+ 4,5	+ 5,6	— 4,2
Burgenland	+ 8,8	+ 2,9	
Steiermark	+ 2,2	+ 4,0	— 3,9
Kärnten	+ 14,1	+ 5,6	— 2,5
Oberösterreich	+ 1,0	+ 5,2	— 4,5
Salzburg	+ 2,7	+ 5,8	— 3,9
Tirol	— 0,4	+ 1,2	
Vorarlberg	+ 3,3	+ 1,2	— 7,2
Österreich	+ 3,1	+ 4,4	— 4,5

Patentanmeldungen österreichischer Unternehmen 1987/1991

Übersicht 1

Rangfolge der am stärksten besetzten Patentklassen

Rang	IPC-Klasse	Zahl der Patente
1	A63 Sport; Spiele; Vergnügungen.	203
2	G01 Messen; Prüfen	170
3	A47 Möbel; Haushaltsgegenstände oder -geräte; Kaffeemühlen; Gewürzmühlen; Staubsauger allgemein	158
4	H01 Grundlegende elektrische Bauteile	139
5	B60 Fahrzeuge allgemein	138
6	F02 Brennkraftmaschinen; mit Heißgas oder Abgasen betriebene Kraftmaschinenanlagen	114
7	E01 Straßen- Eisenbahn- oder Brückenbau	112
8	B65 Fördern; Packen; Lagern; Handhaben dünner oder fadenförmiger Werkstoffe	106
9	D01 Natürliche oder künstliche Fäden oder Fasern; Spinnen	103
9	F16 Maschinenelemente und -einheiten; allgemeine Maßnahmen für die ordnungsgemäße Arbeitsweise von Maschinen oder Einrichtungen; Wärmeisolierung allgemein	103

identifizieren, die einander in ihrer „technologischen“ Struktur hinreichend ähneln. Potentiell verzerrt werden die Ergebnisse durch Unternehmen, die aus strategischen Gründen nicht patentieren, nicht jedoch durch solche Firmen, deren Patentaktivitäten lediglich ein niedrigeres Niveau erreichen als die ihrer Konkurrenten. Im konkreten Fall besteht eine Einschränkung darin, daß nur in Österreich getätigte Patentanmeldungen berücksichtigt wurden. Die wichtigste Einschränkung bezüglich der Aussagekraft von Patentdaten besteht hier jedoch darin, daß die Information über das Faktum der Patentanmeldung (patent counts) nichts über den technischen oder gar ökonomischen Wert des betreffenden Patents aussagt (Griliches, 1990).

Die Daten, die dieser Untersuchung zugrunde liegen, wurden vom Österreichischen Forschungszentrum Seibersdorf (ÖFZS) zur Verfügung gestellt³⁾. Sie sind in zwei Datenbanken organisiert: Die Patentdatenbank umfaßt Patentdaten für in Österreich angemeldete Patente des Zeitraums 1987/1991 (insgesamt 10 585 Patente). In der Betriebsdatenbank sind Informationen über 5 985 Unternehmen mit jeweils mehr als 20 Beschäftigten gespeichert. Über die Patentanmelder wurde die Patentdatenbank mit der Betriebsdatenbank zusammengeführt. So wurden für den Zeitraum 1987/1991 611 Betriebe identifiziert, die insgesamt 4 197 Patente angemeldet haben.

Um die Dimension der Datenmatrix zu reduzieren, wurden darüber hinaus vor der Clusteranalyse zwei Einschränkungen vorgenommen: Patentklassen, in denen im Beobachtungszeitraum höchstens 20 Patente angemeldet wurden, und Unternehmen, die in demselben Zeitraum weniger als 5 Patente angemeldet haben, wurden ausgeschieden. Nach dieser Reduktion, die nicht sehr restriktiv erscheint, verblieben 156 Unternehmen mit 3 053 Patenten im Sample⁴⁾. In diesem Sample wiesen 10 Patentklassen jeweils mindestens 100 Patentanmeldungen auf (Übersicht 1).

In ihrer technologischen Struktur verwandte Unternehmen wurden — dem von Jaffe (1985) entwickelten Ansatz folgend

Technologische Cluster in der österreichischen Wirtschaft

Übersicht 2

Cluster		Zahl der Patentanmelder	Zahl der Patente
1	Elektrotechnik—Elektronik	15	240
2	Telekommunikation	2	156
3	Akustik	2	29
4	Automotive	2	198
5	Straßen-, Eisenbahn- und Brückenbau	3	93
6	Fahrzeuge	4	56
7	Schienenverkehrstechnik	2	50
8	Möbelbeschläge usw.	6	188
9	Türen und Fenster	5	29
10	Heizung—Lüftung	3	26
11	Baustoffe	4	24
12	Ski und Sportartikel	6	204
13	Skischuhe	3	31
14	Pharmazeutika—Biochemie	4	94
15	Organische Chemie	4	86
16	Verpackung	9	67
17	Kunststoffverarbeitung	5	60
18	Landmaschinen	3	36

— zu Clustern zusammengefaßt. Ausgangspunkt der Clusteranalyse ist die Datenmatrix der angemeldeten Patente in der Gliederung Unternehmen × Technologien (Patentklas-

Cluster technologisch verwandter Unternehmen

sen). Diese wurde zu einer Matrix Unternehmensgruppen (technologische Cluster) × Technologien (Patentklassen) konsolidiert.

Übersicht 2 zeigt die Ergebnisse der Clusteranalyse. Insgesamt werden 18 Cluster jeweils mit der Zahl der Patente und Patentanmeldungen ausgewiesen. Eine detailliertere Darstellung der technologischen Cluster findet sich bei Hut-

In der Struktur ihrer Patentaktivitäten verwandte österreichische Unternehmen wurden zu „technologischen Clustern“ zusammengefaßt. Daraus ergeben sich fünf große innovative Bereiche: Elektrotechnik-Elektronik—Telekommunikation; Verkehr; Bauen—Wohnen; Ski—Skischuhe—Sportgeräte; Pharmazeutika—Chemie.

schenreiter (1994). Diese Cluster wurden zu Gruppen zusammengefaßt, die aus technologischen und nachfrageseitigen Überlegungen herrühren, nicht jedoch aus der Clusteranalyse selbst stammen. So zeigen sich fünf große Cluster:

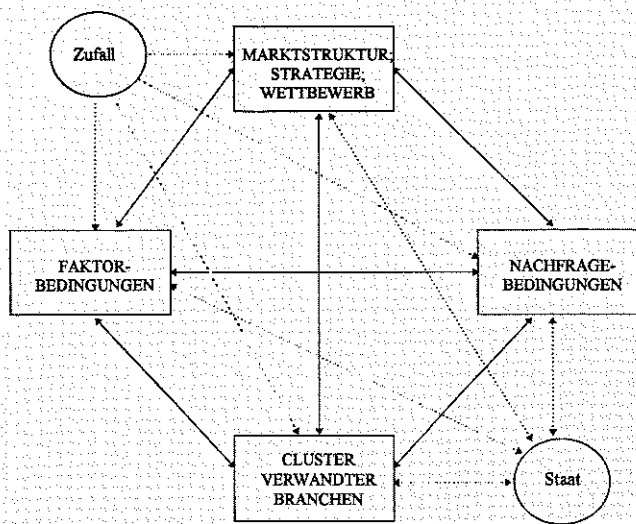
- Elektrotechnik-Elektronik—Telekommunikation (Cluster 1 bis 3),
- Verkehr (Cluster 4 bis 7),

³⁾ Die statistische Aufarbeitung wurde von Alexander Kopcsa (ÖFZS) durchgeführt.

⁴⁾ Ergänzend wurde eine Version für 203 Patentanmelder (mit jeweils mehr als 3 Anmeldungen) gerechnet. Die Resultate der Clusteranalyse weichen nur in einigen Bereichen voneinander ab.

Der „Diamant“ von Porter: Entstehung nationaler Wettbewerbsvorteile

Abbildung 1



Q.: Porter (1990), S. 127.

und unterstützenden Branchen in den Mittelpunkt seines Modells. Neu ist die ganzheitliche Perspektive, mit der er die Frage der Wettbewerbsfähigkeit einzelner Produktgruppen untersucht: Interdependenzen, die in anderen Ansätzen häufig verlorengehen, können so erfaßt und in einem systematischen Modell zusammengeführt werden.

Faktorbedingungen

Die *Faktorbedingungen* werden im wesentlichen durch die Ausstattung mit Produktionsfaktoren (z. B. Infrastruktur, Humankapital, materielle Ressourcen) und durch die Effizienz, mit der diese eingesetzt werden, bestimmt. Ein inef-

Von besonderer Bedeutung für die Bildung internationaler Wettbewerbsvorteile in einzelnen Branchen ist unter einer Vielzahl von Faktoren das Vorhandensein selektiver Faktornachteile, einer anspruchsvollen Nachfrage, eines intensiven Wettbewerbs sowie von leistungsfähigen verwandten und unterstützenden Branchen (Cluster verwandter wirtschaftlicher Aktivitäten).

fizienter Einsatz läßt mobile Faktoren in jene Branchen oder Länder abwandern, die sie produktiver einsetzen und damit auch besser entlohnen können.

Was die Ausstattung mit Produktionsfaktoren betrifft, sind zwei zentrale Unterscheidungen zu berücksichtigen: einerseits in elementare (z. B. Rohstoffe, Klima, geographische Lage, Arbeitskräftepotential usw.) und höherwertige Faktoren (z. B. Telekommunikationsinfrastruktur, Potential an Wissenschaftlern oder Facharbeitern), andererseits zwischen allgemeinen Faktoren, die allen Industriezweigen eines Landes zur Verfügung stehen (etwa Straßennetz, allgemeines Facharbeiterpotential), und branchenspezifischen Faktoren (z. B. bestimmte technische Fertigkeiten). Dauerhafte Wettbewerbsvorteile entstehen nur durch die ständige Aufwertung und weitere Spezialisierung der Produktionsfaktoren, weil jene Ressourcen, die in der Gegen-

wart als spezifisch und hochwertig gelten, in der Zukunft zur allgemeinen Grundausstattung gehören werden.

Daher ist das Vorhandensein geeigneter Institutionen und Mechanismen für eine fortwährende, spezialisierte und hochwertige Verbesserung der Produktionsfaktoren noch wichtiger als deren gegenwärtiger Bestand. *Selektive Faktornachteile* in Bezug auf die Grundfaktoren sind aus diesem Blickwinkel oft ein wesentlicher Anstoß für die längerfristige Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, weil sie den nötigen Druck für Innovationen und eine dynamische Weiterentwicklung erzeugen.

Nachfragebedingungen

Die *Nachfragebedingungen* werden in diesem Zusammenhang vor allem durch die Größe des Heimmarktes und die Aufgeschlossenheit der Käufer gegenüber neuen Ideen und Standards charakterisiert. Eine große Zahl von unabhängigen Käufergruppen erhöht nicht nur die Verhandlungsmacht der Branche, sondern auch die Zahl der eingehenden Marktinformationen. Eine hohe Wachstumsrate der Inlandsnachfrage stärkt wiederum die Investitionsanreize und die Einführung neuer Technologien. Fortschrittliche und anspruchsvolle Nachfrager sind ein wesentlicher nationaler Wettbewerbsvorteil, weil *antizipatorische Käuferbedürfnisse* der Industrie helfen, wichtige Veränderungen der Käuferpräferenzen rechtzeitig zu erkennen und sich vor der Konkurrenz auf dem Markt richtig zu positionieren. Qualitätsbewußte Kundengruppen drängen die Anbieter in hochwertige und preislich attraktive Marktsegmente. Eine frühe Marktsättigung zwingt hingegen zur raschen Anpassung in Form neuer Innovationen und der Durchdringung ausländischer Märkte.

Cluster verwandter und unterstützender Branchen

Leistungsfähige *verwandte und unterstützende Branchen* sind eine wesentliche Voraussetzung für die Entstehung von erfolgreichen Clustern. Die räumliche Nähe zu international wettbewerbsfähigen Zulieferbetrieben ist für den betroffenen Industriezweig ein wichtiger Vorteil: Der Produzent findet frühzeitig, effizient und oft bevorzugt Zugang zu den Vorprodukten, er erhält raschen Einblick in Innovationen und Trends der Zulieferbranchen und kann diese auch initiieren. Ebenso sind wettbewerbsstarke verwandte Industriezweige ein Vorteil, wenn es gelingt, spezifische Komplementaritäten zu entwickeln, und allgemein ein positives Wettbewerbsklima besteht (siehe auch den Beitrag von *Hutschenreiter — Peneder* in diesem Heft).

Marktstruktur, Unternehmensstrategien und Wettbewerb

Das vierte Element des „Diamanten“ setzt sich aus der *Marktstruktur* und den daraus folgenden unternehmerischen *Zielen und Strategien* zusammen. Die Intensität des Wettbewerbs ist der wichtigste Einflußfaktor, weil sie einen wesentlichen Antrieb für die Weiterentwicklung und Aufwertung aller vier Elemente des „Diamanten“ liefert.

Komponentenzerlegung der Veränderung der österreichischen Handelsbilanz

Übersicht 2

Laut Außenhandelsstatistik

		Mengeneffekt					Preiseffekt					Misch- effekt	Handelsbilanz			
		Importe		Exporte		Insgesamt	Importe		Exporte		Insgesamt		Insgesamt	Mrd S	Ver- änderung in Mrd S	In % des BIP
		Energie	Sonstige	Energie	Sonstige		Energie	Sonstige	Energie	Sonstige						
		Reale Veränderung gegen das Vorjahr in Mrd S					Preisveränderung gegen das Vorjahr in Mrd S									
1990		+ 25	+ 415	+ 441	+ 363	- 78	+ 30	- 53	- 23	+ 04	+ 28	+ 02	- 902	- 48	- 50	
1991		+ 06	+ 333	+ 339	+ 139	- 200	- 02	+ 19	+ 17	- 09	- 26	- 01	- 1129	- 227	- 59	
1992		- 05	+ 121	+ 116	+ 100	- 16	- 45	- 49	- 94	- 15	+ 80	+ 02	- 1084	+ 65	- 52	
1993		+ 00	- 233	- 234	- 185	+ 48	- 19	- 39	- 59	- 19	+ 39	- 02	- 977	+ 86	- 46	
1993	I Quartal	- 06	- 87	- 93	- 95	- 01	- 02	- 06	- 09	- 04	+ 05	+ 00	- 226	+ 03	- 47	
	II Quartal	+ 00	- 60	- 59	- 87	- 28	- 04	- 08	- 12	+ 01	+ 13	- 01	- 257	- 15	- 49	
	III Quartal	- 03	- 23	- 26	- 19	+ 07	- 04	- 29	- 33	- 09	+ 24	+ 00	- 244	+ 30	- 44	
	IV Quartal	+ 09	- 63	- 55	+ 16	+ 71	- 09	+ 04	- 05	- 07	- 03	+ 00	- 250	+ 68	- 45	
1994	I Quartal	+ 04	+ 127	+ 132	+ 55	- 77	- 08	+ 06	- 03	+ 06	+ 08	+ 01	- 295	- 68	- 58	
	II Quartal			+ 125	+ 92	- 33			+ 09	+ 05	- 04	- 00	- 295	- 37	- 53	

(NAL)¹⁾ zum Warenhandel laut Außenhandelsstatistik hinzurechnet. Verschlechterte sich das Außenhandelsdefizit ohne NAL im 1. Halbjahr 1994 um 9,5 Mrd S, so zeichnete sich für die Warenverkehrsbilanz einschließlich NAL keine nennenswerte Veränderung ab (+0,1 Mrd S)

Für eine detailliertere Analyse läßt sich die Veränderung der Handelsbilanz (ohne NAL) in Mengen- und Preiseffekte aufspalten. Dabei spiegeln die Mengeneffekte (kurzfr-

Eine statistische Aufgliederung der Veränderung der Handelsbilanz ist nach den derzeit vorliegenden Außenhandelsdaten für das 1. Halbjahr 1994 möglich. Demnach entfällt der entscheidende Teil der Verschlechterung des Saldos auf negative Mengeneffekte (11 Mrd S), denen ein positiver, aber kleiner Preiseffekt (0,4 Mrd S) gegenübersteht (Übersicht 2)

Der negative Mengeneffekt im 1. Halbjahr 1994 ergibt sich zum Teil als Folge des Konjunkturfalles zu Europa: Nach vorläufigen Daten verzeichnete Österreich einen Wachstumsvorsprung gegenüber OECD-Europa von rund 1 Prozentpunkt. Daneben unterlag die jüngste Entwicklung der Handelsbilanz auch einer Reihe von Sondereinflüssen. Durch Vorzieheffekte vor der Halbierung des Investitionsfreibetrags mit April 1994 stieg etwa der Investitionsgüterimport vor allem im I. Quartal 1994 beträchtlich. Darüber hinaus zeigen sich die verzögerten Wirkungen der Wechselkursverschiebungen seit den Turbulenzen im EWS 1992/93. Die real-effektive Höherbewertung des Schillings um 3% belastete im Jahr 1993 die Wettbewerbsposition der österreichischen Exporteure auf wichtigen westeuropäischen Märkten.

Wechselkurseffekte und Konjunkturunterschiede bestimmen bilaterale Entwicklung

Die Handelsbilanz verschlechterte sich 1993 vor allem gegenüber den „Weichwährungsländern“ Italien, Spanien, Norwegen und Großbritannien. Diese Entwicklung war vorwiegend exportseitig bedingt: Die österreichische Ausfuhr in diese Länder schrumpfte mit zweistelligen Raten. Im Außenhandel mit Großbritannien und Norwegen war dies angesichts des Wachstumsvorsprungs dieser Länder gegenüber Österreich besonders schmerzlich (Übersicht 3)

1994 spielt die Entwicklung der Wechselkurse für die Handelsbilanz eine geringere Rolle, die Verschlechterung ist zum Großteil importseitig bedingt und kann im wesentli-

Der negative Saldo der Handelsbilanz entsprach 1993 4,6% des BIP (Defizitquote) und wird 1994 und 1995 nur geringfügig darüber liegen. Die Quote ist damit deutlich niedriger als in den meisten Jahren seit 1970 und erscheint – isoliert betrachtet – kaum besorgniserregend. Im Durchschnitt der siebziger Jahre betrug die Defizitquote 6,5%, im Durchschnitt der achtziger Jahre 5,9%. In den neunziger Jahren erreichte sie 1991 mit 6% den höchsten Wert.

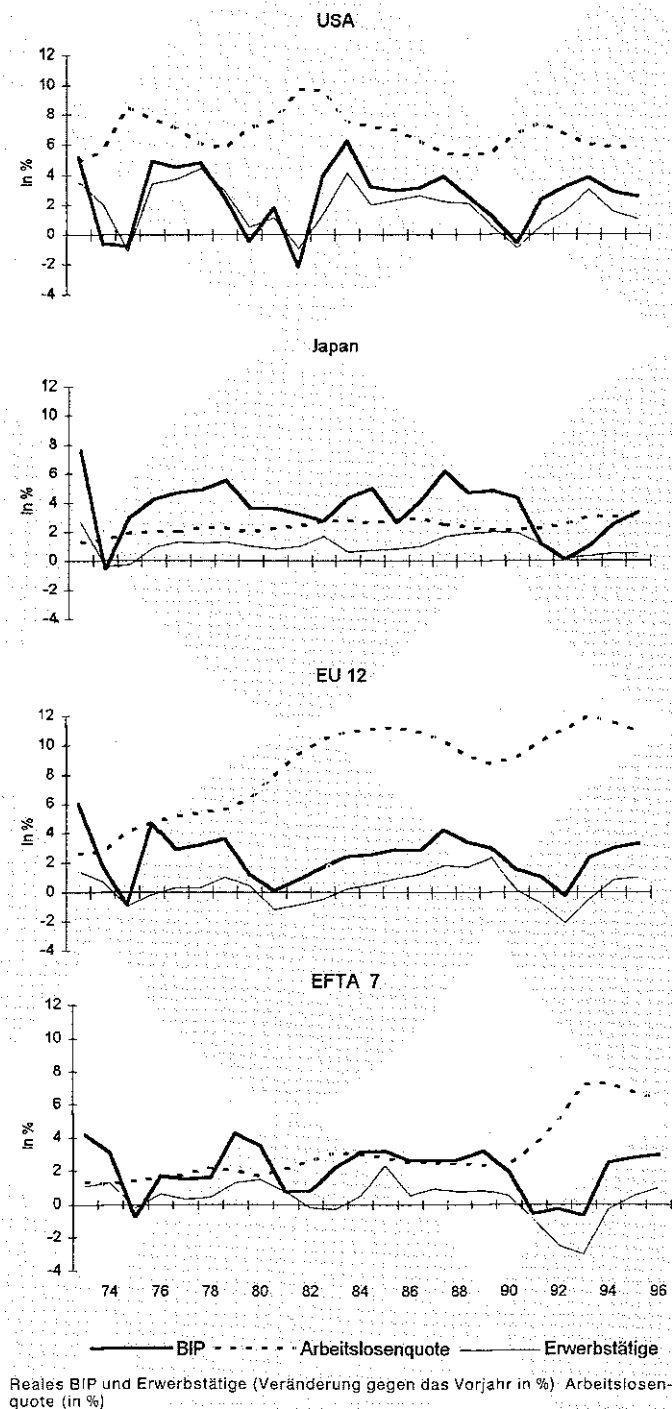
stig) in erster Linie Wechselkurseffekte und die Konjunktur-entwicklung wider. Sie sind in der Rezession überwiegend positiv, im Konjunkturaufschwung überwiegend negativ. Von entscheidendem Einfluß ist aber die Wachstumsdifferenz zu den wichtigsten Handelspartnern. Ist die Konjunkturerholung im Inland stärker als die Nachfragesteigerung im Ausland, wird sich die Handelsbilanz in der Regel verschlechtern. Die Preiseffekte erfassen vor allem signifikante Verschiebungen der Rohstoff- und Erdölpreise sowie die Kursschwankungen des Dollars. Eine Dollarabwertung entlastet die Handelsbilanz über die sinkenden Importpreise.

Ökonometrische Schätzungen des WIFO untermauern den deutlichen Zusammenhang zwischen dem Wachstumsdifferential zum Ausland und der Entwicklung der Handelsbilanz: Ein Wachstumsvorsprung Österreichs gegenüber OECD-Europa von 1 Prozentpunkt erhöht die Defizitquote (Handelsbilanz in Relation zum nominellen BIP) um ½ Prozentpunkt. Ein Anstieg der Terms of Trade um 1 Prozentpunkt verbessert die Defizitquote um rund 0,2 Prozentpunkte (Breuss – Schebeck – Stankovsky, 1992)

¹⁾ Differenz zwischen Warenverkehr laut Außenhandelsstatistik und den tatsächlich geleisteten Zahlungen im Warenverkehr

Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt

Abbildung 1



stärkte Bildungs- und Vermittlungsanstrengungen erzielt werden.

Arbeitslosigkeit sinkt in Europa nur langsam

In Europa¹⁾ reagieren die Arbeitsmärkte träger auf die Belebung der Konjunktur: 1994 war die Zahl der Beschäftigten noch stark rückläufig (–1¼%). Erst 1995 kann mit

Arbeitslosenquote und Inflation

Übersicht 2

	Arbeitslosenquote ¹⁾				Verbraucherpreise ²⁾			
	1993	1994	1995	1996	1993	1994	1995	1996
	in %				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
USA	6,7	6,0	5,8	5,8	+3,0	+2,5	+3,3	+3,3
Japan	2,5	3,0	3,0	3,0	+1,1	+0,5	+0,5	+0,5
Deutschland	8,8	9,8	9,3	8,8	+4,1	+3,0	+2,5	+2,5
Frankreich ³⁾	11,7	12,5	12,3	11,8	+2,1	+1,8	+1,8	+1,8
Italien ³⁾	10,4	11,8	11,8	11,5	+4,5	+4,0	+3,0	+2,5
Großbritannien ³⁾	10,3	9,5	8,8	8,0	+1,6	+2,5	+2,5	+2,8
Kanada	11,2	10,5	10,0	9,5	+1,8	+0,3	+1,5	+1,8
Große Industrieländer	7,3	7,3	7,0	6,8	+2,7	+2,3	+2,5	+2,5
Spanien ³⁾	22,7	24,3	24,0	23,5	+4,6	+4,8	+3,8	+3,0
Australien	10,9	10,0	9,0	8,0	+1,8	+1,8	+3,0	+3,5
Niederlande ³⁾	8,3	9,5	8,8	8,5	+2,6	+2,8	+2,5	+2,8
Türkei	8,7	12,5	13,5	14,0	+68,1	+105,0	+40,0	+25,0
Belgien ³⁾	9,6	10,3	9,8	9,0	+2,7	+2,5	+2,3	+2,3
Schweiz	4,5	4,8	4,0	3,5	+3,3	+0,8	+2,5	+1,8
Schweden	8,2	8,0	8,0	7,8	+4,6	+2,3	+3,3	+2,0
Österreich	4,3	4,3	4,2	4,3	+3,6	+2,9	+2,5	+2,7
Dänemark ³⁾	12,3	12,3	11,3	10,5	+1,2	+2,0	+2,5	+3,0
Portugal ³⁾	5,5	6,8	7,0	7,0	+6,5	+5,5	+4,3	+4,0
Finnland	17,7	18,5	16,5	14,8	+2,2	+1,0	+1,5	+2,0
Griechenland ³⁾	9,6	10,5	10,8	10,8	+14,4	+11,0	+8,8	+6,5
Norwegen	6,0	5,5	5,3	4,8	+2,3	+1,3	+2,0	+2,0
Neuseeland	9,5	8,3	7,8	7,5	+1,3	+1,5	+2,0	+1,8
Irland ³⁾	15,8	15,3	14,3	13,8	+1,4	+2,3	+2,5	+3,0
Luxemburg ³⁾	1,9	2,5	2,3	2,0	+3,6	+2,3	+2,0	+2,3
Island	4,3	4,8	5,0	5,3	+4,1	+1,5	+1,8	+1,8
Kleine Industrieländer	11,7	12,5	12,0	11,8	+9,6	+12,8	+6,5	+5,0
OECD insgesamt	7,9	8,0	7,8	7,5	+3,7	+3,8	+3,0	+3,0
OECD-Europa	10,7	11,5	11,3	10,8	+5,4	+6,5	+4,0	+3,3
EU 12	11,1	12,0	11,5	11,0	+3,4	+3,3	+2,8	+2,5
EFTA 7	7,2	7,3	6,8	6,3	+3,4	+1,8	+2,5	+2,3

Q: OECD IMF, EG nationale und eigene Schätzungen. — ¹⁾ in Prozent der Erwerbspersonen. — ²⁾ Neue Gewichtung mit Anteilen am privaten Konsum in Kaufkraftparitäten; Inflationsrate ohne Türkei: OECD insgesamt 1993 +2,8% (OECD-Europa +3,4%), 1994 +2,3% (+3,0%), 1995 +2,5% (+2,8%) und 1996 +2,5% (+2,5%) — ³⁾ Berechnung der Arbeitslosenquote auf Basis der EU-Arbeitskräfteerhebung siehe Methoden und Definitionen der Arbeitskräfteerhebung Eurostat 1988.

einem leichten Anstieg gerechnet werden (+¾%). Die Arbeitslosenquote erhöhte sich in den europäischen OECD-Ländern 1994 um ¾ Prozentpunkte auf 11½% und wird in der Folge nur sehr langsam zurückgehen. Überdurchschnittlich hoch bleibt die Arbeitslosigkeit in Spanien, Irland und Frankreich. Am stärksten stieg sie in den letzten Jahren in den skandinavischen Ländern. Sie werden in Zukunft mit dem für Europa typischen Phänomen zu kämpfen haben, daß einmal entstandene Arbeitslosigkeit nur unter sehr günstigen Umständen rückführbar ist.

Auch in Deutschland wurde die zügige Konjunkturerholung von den Unternehmen primär zu Produktivitätserhöhungen genutzt. Die Beschäftigung sank 1994 noch um fast 1%, während der gesamtwirtschaftliche Produktivitätszuwachs 3¾% betrug. Erst bei anhaltendem Aufschwung ist mit dem Einsetzen eines stärkeren Beschäftigungswachstums zu rechnen. Die Arbeitslosenquote lag 1994 in Westdeutschland mit 8¼% um fast 3 Prozentpunkte über dem Wert des Hochkonjunkturjahres 1991. In Ostdeutschland wächst die Industrieproduktion — strukturbedingt — nahezu ohne Beschäftigungseffekte; die Beschäftigungszunahme beschränkt sich auf den Dienstleistungsbereich. Insgesamt sind die Wachstumsraten zur Zeit noch zu

¹⁾ Unabhängig von der EU-Erweiterung von 12 auf 15 Länder mit 1. Jänner 1995 und der entsprechenden Verringerung der EFTA auf 4 Länder werden für diese beiden Aggregate jeweils die bisher geltenden Definitionen verwendet.

Sozialquote in der EU und in Österreich *Übersicht 2*

1992

	Sozialquote in % des Brutto-Inlandsproduktes
Belgien	27,8
Dänemark	31,4
Deutschland	27,3
Frankreich	29,2
Großbritannien	27,2
Irland	21,6
Italien	25,6
Luxemburg	28,0
Niederlande	33,0
Portugal	17,6
Spanien	22,5
EU insgesamt	27,1
Österreich	28,4

Q: Eurostat

Leistungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz weitaus am stärksten gestiegen ist. Allerdings erklärt sich die Ausgabensteigerung in diesem Bereich nicht allein durch Zahlungen im Rahmen der Arbeitslosenunterstützung und Notstandshilfe, sondern auch dadurch, daß die Arbeitslosenversicherung die Hälfte der Kosten des zweiten Karenzurlaubsjahres¹⁾ zu tragen hat. Von den Gesamtausgaben der Arbeitsmarktverwaltung von 40,2 Mrd. S entfielen 14,9 Mrd. S (+22,3%) auf Arbeitslosengeld, 6,1 Mrd. S (+23,2%) auf Notstandshilfe und 9,5 Mrd. S (19,7%) auf Karenzurlaubsgeld.

Die Aufwendungen des Bundes für Familienleistungen im Ausmaß von 53,2 Mrd. S expandierten mit +6,4% weitaus schwächer als 1992 (13,8%). Diese Verringerung des Ausgabenzuwachses resultiert aber nur aus zeitlichen Verschiebungen in der Zahlung an die Arbeitslosenversicherung für das zweite Karenzurlaubsjahr. Die Aufwendungen des Bundes für die Pensionen seiner Beamten (53,5 Mrd. S) erhöhten sich mit +6,8% etwa im gleichen Ausmaß wie im Jahr zuvor. Einen explosiven Zuwachs erlebte jedoch der Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung (66,3 Mrd. S), dessen Steigerungsrate sich mit 12,8% gegenüber 1992 (2,3%) verfünffachte. Diese außergewöhnlich starke Zunahme geht jedoch auf die eingangs erwähnte Einführung des Pflegegeldes zurück. Zwar hatte auch bisher der Bund die Kosten des Hilflosenzuschusses getragen, doch gehen jene des ab Mitte 1993 an seine Stelle getretenen Pflegegeldes weit darüber hinaus. Der Aufwand für Hilflosenzuschuß bzw. Pflegegeld expandierte um fast die Hälfte auf 12,1 Mrd. S. Dagegen nahm der reine Beitrag zur Pensionsversicherung (44,0 Mrd. S) um 6,1%, die Ausgleichszulagenersätze (10,2 Mrd. S) um 10,9% zu. Letztere wurden durch Gesetz über den Anpassungsfaktor hinaus erhöht.

Ohne Hilflosenzuschuß und Pflegegeld deckte der Bundeszuschuß 23,3% des Aufwandes der Pensionsversicherungen. Damit war er um 0,9 Prozentpunkte höher als 1992. Auch für den eigenen Pensionsaufwand hat der Bund faktisch einen solchen Zuschuß zu leisten. Rechnet man zu den Pensionsbeiträgen der Beamten in

Sozialausgaben des Bundes

Übersicht 3

	Arbeitslosen- versicherung	Familien- beiträge l.w.s. ¹⁾	Pensionen des Bundes	Bundes- beiträge zur Pensions- versicherung ²⁾	Insgesamt
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
1983	+21,1	+0,8	+5,3	+30,4	+12,8
1984	+7,1	+2,4	+6,1	+3,7	+2,9
1985	+7,4	+4,7	+7,5	+3,5	+5,3
1986	+9,5	+2,1	+5,6	+7,0	+5,5
1987	+12,4	+8,2	+5,3	+14,7	+10,2
1988	+1,3	+0,6	+3,9	+4,1	+2,8
1989	-0,5	-0,7	+6,1	+2,8	+2,3
1990	+14,5	+8,2	+6,2	-5,0	+3,6
1991	+23,3	+4,9	+8,7	+9,6	+9,8
1992	+27,8	+13,8	+6,6	+2,3	+10,0
1993	+27,6	+6,4	+6,8	+12,8	+12,0
	Anteile an den Gesamtausgaben des Bundes in %				
1993	5,7	7,6	7,6	9,5	30,5

Q: Bundesrechnungsabschluß. — ¹⁾ Ausgaben des Ausgleichsfonds für Familienbeiträge. — ²⁾ Einschließlich Pflegegeld.

der Hoheitsverwaltung einen fiktiven Dienstgeberanteil von 12,55% der Einkommen wie im ASVG hinzu, so ergibt sich ein Betrag von 11,4 Mrd. S. Der Pensionsaufwand erreicht jedoch 26,8 Mrd. S; die Differenz beträgt 15,4 Mrd. S, sodaß sich ein „Bundesbeitrag“ von 57,5% ergibt.

Insgesamt wandte der Bund 1993 mit 213 Mrd. S schon fast ein Drittel seiner Gesamtausgaben für soziale Sicherheit auf.

Geringere Ausgabensteigerungen in der Sozialversicherung

Im Vergleich zu den Sozialausgaben des Bundes fiel die Ausgabensteigerung in der Sozialversicherung geringer aus. Insgesamt erhöhte die Sozialversicherung ihre Ausgaben – ohne Zahlungen zwischen Versicherungsträgern – um 4,7% auf 330,7 Mrd. S. In allen ihren Zweigen blieb der Ausgabenzuwachs deutlich unter jenem des vorangegangenen Jahres, in der Unfallversicherung ergab sich sogar ein Ausgabenrückgang.

Die stärkste Ausgabenzunahme wies (wie 1992) die Krankenversicherung mit 7,6% aus, wobei die Steigerungen über Leistungskategorien außerordentlich stark streuten. Die größte Expansion findet sich in den neueren Leistungen, wie medizinische Hauskrankenpflege, Gesundheitsfestigung und Krankheitsverhütung sowie medizinische Rehabilitation und schließlich Früherkennung von Krankheiten und Gesundheitsförderung, doch sind diese vom Betrag her unbedeutend.

Überproportional wuchsen jedoch auch die Aufwendungen in traditionellen Kategorien mit beträchtlichem Gewicht, wie Zahnbehandlung und Zahnersatz sowie ärztliche Hilfe. Unterdurchschnittlich stiegen die Kosten der größten Ausgabenposition, der Anstaltspflege. Diese Entwicklung geht auf geringere Zahlungen an den

¹⁾ Die andere Hälfte trägt der Familienlastenausgleichsfonds.

Entwicklung der Beschäftigung in
der Ostregion

Übersicht 2

	1989	1993	1994	1989/1994	1993/94
	Stand	Ende Juli		Durchschnittliche	jährliche
				Veränderung	in %
Ostregion	1 076 900	1 154 800	1 159 900	+1,5	+0,4
Agglomeration Wien	697 500	746 600	746 000	+1,4	-0,1
Grenzland ¹⁾	139 400	150 200	152 900	+1,9	+1,8
Übrige Bezirke	240 000	258 000	261 000	+1,7	+1,2

Versicherte der Gebiets- und Betriebskrankenkasse und des österreichischen Bergbaus, also ohne Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Krankenfürsorgeanstalten, nicht zuordenbare Beschäftigte in Niederösterreich proportional aufgeteilt — ¹⁾ Niederösterreichsches Grenzland und Burgenland insgesamt

Aufteilung dieser Differenz in Niederösterreich geschätzt (Übersicht 2).

Insgesamt expandierte die Beschäftigung in der Ostregion (Versicherte der Betriebs- und Gebietskrankenkassen) zwischen 1989 und 1994 um 1,5% jährlich, etwas rascher als in Österreich insgesamt (in gleicher Abgrenzung +1,3%). Die Agglomeration Wien blieb geringfügig zurück, im Grenzland (+1,9%) war das Wachstum kräftiger als in den übrigen Bezirken. Gegenüber dem Österreich-Durchschnitt wurde im Grenzland der Ostregion ein Wachstumsvorsprung von 0,6 Prozentpunkten erreicht

Im letzten Jahr war der Rückstand Wiens (und Umgebung) deutlicher, die Ostregion (+0,4%) fiel gegenüber Österreich (+0,5%) insgesamt geringfügig zurück. Nur im Grenzland blieb die Expansion ungebrochen

Das Grenzland der Steiermark erhält bei weitem nicht so starke Impulse wie die Ostregion, dennoch bleibt die Entwicklung der Beschäftigung nicht hinter der des Zentralraumes zurück (Übersicht 3). Das Arbeitsmarktproblem der Steiermark ist zweifellos eines des industriellen Kerngebiets der Obersteiermark.

Von großer Bedeutung ist die Frage der Strukturentwicklung im Grenzland, also ob tatsächlich ein Upgrading der Industriestruktur oder bloß die Einstellung „billiger“ Grenzgänger erfolgt. Strukturdaten liegen allerdings nur für Bundesländer vor, sodaß in diesem Zusammenhang nur beispielhaft auf das Burgenland eingegangen werden kann (Übersicht 4):

Zwischen Juli 1989 und Juli 1994 wuchs die Beschäftigung im Burgenland (einschließlich der nicht regionalisierbaren Gruppen) jährlich um 2,2%, um 1 Prozentpunkt rascher als in Österreich.

Es muß unbeantwortet bleiben, ob die im Burgenland besonders starken Wachstumsimpulse damit zusammenhängen, daß die Reformen in Ungarn zu Beginn der Periode weiter fortgeschritten waren als in den anderen Nachbarländern im Osten, oder ob die größere Dynamik Westungarns dafür maßgeblich war. Sollte ersteres der Fall sein, könnte im niederösterreichischen Grenzland mit einer weiteren Intensivierung gerechnet werden

Überdurchschnittlich positiv sind die Entwicklungsdifferenziale in der Güterproduktion insgesamt, und hier wieder besonders im Verarbeitungs- und Technologiesektor (Produktionsbereichen mit mittlerer und hoher Skill-Intensität), während der Bekleidungssektor stärker als im übrigen

Entwicklung der Beschäftigung in den
steirischen Bezirken

Übersicht 3

	1989	1993	1994	1989/1994	1993/94
				Durchschnittliche	jährliche
				Veränderung	in %
Obersteiermark	91 333	86 693	85 971	-1,2	-0,8
Kern (Bruck an der Leitha					
Leoben)	33 806	29 858	29 498	-2,7	-1,2
Übrige Bezirke	57 527	56 835	56 473	-0,4	-0,6
Zentrum (Graz und Umgebung)	144 285	155 689	156 168	+1,6	+0,3
Grenzland	67 631	72 950	73 392	+1,6	+0,6
Steiermark insgesamt	337 920	351 015	352 477	+0,8	+0,4

Versicherte der Gebiets- und Betriebskrankenkasse und des österreichischen Bergbaus, also ohne Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter Eisenbahnen und Krankenfürsorgeanstalten

Österreich schrumpft. Dieser Shift hätte den Facharbeiteranteil ceteris paribus um mehr als 1 Prozentpunkt angehoben

Der mittlere Stundenlohn in der Industrie stieg in fünf Jahren von 75,0% des österreichischen auf 76,6%, die Angestelltenquote von 18,8% auf 20,8%.

Unter den Dienstleistungen entwickelte sich die Beschäftigung vor allem in Tourismus, Verkehr und Unterhaltungssektor kräftiger, in Handel und Vermögensverwaltung aber nur wenig überdurchschnittlich. Auch der Anstieg der Unselbständigenzahl in der Landwirtschaft bringt zum Ausdruck, daß das zusätzliche Angebot unqualifizierter Hilfskräfte — insbesondere Grenzgänger — einen wesentlichen Einfluß auf das Beschäftigungswachstum hat. Die Zahl der beschäftigten Ausländer erhöhte sich von rund 800 — einem Niveau, das zwischen 1980 und 1988 nur wenig schwankte — auf über 6.000 im Jahresdurchschnitt 1993. Im Juli 1994 waren 7.500 Ausländer beschäftigt. Hatte der Ausländeranteil in den achtziger Jahren bei 20% des österreichischen verharret, so hat es diesen seither nahezu erreicht.

Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen

Übersicht 4

	Burgenland		Burgenland	Österreich
	Juli 1989	Juli 1994	1989/1994	
			Durchschnittliche	jährliche
			Veränderung	in %
Landwirtschaft Energieversorgung	2 000	2 300	+2,9	-0,5
Güterproduktion	19 000	19 200	+0,2	-1,8
Bergbau und Grundstoffindustrie	900	800	-3,6	-3,7
Versorgungssektor	4 100	4 300	+0,9	-1,1
Bekleidungssektor	3 900	2 600	-8,1	-6,6
Verarbeitungssektor	3 700	4 600	+4,2	+0,3
Technologiesektor	6 300	6 900	+1,9	-1,6
Bauwirtschaft	7 500	8 500	+2,6	+2,8
Private Dienstleistungen	19 400	22 300	+2,8	+2,0
Handel Lagerung	7 000	7 700	+1,9	+1,6
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	3 200	3 900	+4,1	+2,9
Verkehr Nachrichtenübermittlung	3 900	4 400	+2,2	+1,2
Vermögensverwaltung	3 500	4 300	+3,8	+3,2
Sonstige private Dienste ¹⁾	1 800	2 100	+3,5	+1,5
Öffentliche Dienstleistungen	19 800	23 000	+3,1	+2,8
Gesundheits- und Fürsorgewesen	2 500	3 600	+7,4	+6,4
Unterrichts- und Forschungswesen	3 700	3 800	+0,3	+1,2
Öffentlicher Dienst	13 600	15 700	+2,9	+2,3
Insgesamt	67 700	75 300	+2,2	+1,2

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — ¹⁾ Einschließlich Haushaltung und Hauswartung

Integration, Kointegration und Fehlerkorrekturmodelle

In den siebziger Jahren entwickelten Box und Jenkins ARI-MA-Modelle für die Prognose von Zeitreihen. Diese Modelle erfordern stationäre Zeitreihen d. h. — vereinfacht gesprochen — Mittelwert und Varianz der Reihen müssen über die Zeit konstant bleiben. Wenn z. B. eine Zeitreihe mit der Zeit wächst, sind ihr Mittelwert und ihre Varianz nicht konstant, und sie ist so zu transformieren, daß sie stationär wird. Kann das durch Differenzenbildung erreicht werden, so bezeichnet man die Zeitreihe als integriert der Ordnung 1, kurz $I(1)$. Eine integrierte Zeitreihe hat besondere langfristige Eigenschaften. Sie kann sich unabhängig von anderen ökonomischen Variablen und Zusammenhängen entwickeln. Ein Beispiel dafür ist der „Random Walk“: Die langfristige Entwicklung wird — wie der Name sagt — durch zufällige Störungen bestimmt.

Ursprünglich wurde im Test auf Integration nur die langfristige Komponente einer Variablen betrachtet. Da ökonomische Zeitreihen meist eine starke Saisonkomponente aufweisen, die sich über die Jahre verändert, wurde versucht, das Konzept der Integration auch auf die Saisonentwicklung zu übertragen (Hylleberg et al., 1990, Osborn et al., 1988). Eine Zeitreihe ist integriert der Ordnung $I(d, s)$, wenn sie erst durch d -maliges (normales) Differenzieren sowie s -maliges saisonales Differenzieren stationär gemacht werden kann (für Quartalsdaten gilt $s = 4$ für Monatsdaten $s = 12$; diese Differenzen der Schrittweite 4 bzw. 12 entsprechen Vorjahresveränderungen).

Ökonomische Zeitreihen sind in der Regel nicht stationär, sondern integriert (Nelson — Plosser, 1982). Das Konzept der Kointegration liefert eine Verbindung zur ökonomischen Theorie, die davon ausgeht, daß zwischen ökonomischen Variablen dauerhafte Beziehungen bestehen („steady-state equilibrium“). Diese dauerhafte Beziehung verhindert ein zu starkes Auseinanderbewegen von zwei oder mehreren Variablen. Eingeführt wurde das Konzept der Kointegration von Granger (1981) und erweitert von Engle — Granger (1987).

analyse auf nichtdauerhafte Waren und Dienstleistungen. Die Käufe dauerhafter Konsumgüter haben investitionsähnlichen Charakter und müssen daher anders modelliert werden (Wüger, 1981, 1993, Breuss — Wüger, 1986, Deaton — Muellbauer, 1980B). In Österreich wurden die Ausgaben für diese Güter in der Vergangenheit außerdem durch eine Vielzahl von fiskalischen Maßnahmen beeinflusst (Brandner, 1986, Thury 1988) was für die Modellierung zusätzliche Probleme schafft.

In der vorliegenden Arbeit wird, der neuen empirischen Literatur folgend, versucht eine Konsumfunktion für die Ausgaben für nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen²⁾ zu schätzen, wobei Quartalsdaten beginnend mit 1960 verwendet werden. Bei der Schätzung soll die in den Daten enthaltene Information optimal genutzt werden. Die Ausgaben für diese Güter machen in Österreich rund 90% der Ausgaben der privaten Haushalte aus.

Ausgangspunkt der Analyse ist die Annahme, daß zwischen Konsum (C), Einkommen (Y), Vermögen (W) und

Um dieses Konzept zu erläutern, sei folgende Gleichgewichtsbeziehung zwischen y und x (z. B. Konsum und Einkommen) angenommen

$$(1) \quad y_t = \alpha' x_t$$

Subtrahiert man die rechte Seite von der linken, so wird deutlich, daß die Abweichung vom Gleichgewicht Null ist. Das gilt aber nur theoretisch, weil Störfaktoren, Meßfehler oder nicht genau kontrollierte Beziehungen Abweichungen hervorrufen können. Die Störungen des Gleichgewichts werden deshalb nur im Durchschnitt Null sein; Schwankungen um diesen Wert können auftreten:

$$(2) \quad z_t = y_t - \alpha' x_t$$

In (2) mißt z_t somit, wie sehr das System vom Gleichgewicht abweicht. Wenn daher y_t und x_t $I(1)$ sind, könnte eine Linearkombination von beiden (z_t) einen stationären Rest ergeben (z_t ist $I(0)$), d. h. z_t kann sich nicht sehr weit von Null entfernen. In diesem Fall haben x_t und y_t eine gemeinsame langfristige Komponente, die immer wieder ein Gleichgewicht herstellt: x_t und y_t sind kointegriert. Die einzige Möglichkeit, in diesem Fall (Engle — Granger, 1987) das ursprüngliche Regressionsproblem statistisch sauber zu lösen, ist die Schätzung eines Fehlerkorrekturmodells der Form

$$(3) \quad \Delta y_t = \beta \Delta x_t - \delta z_{t-1}$$

Δ ist der Differenzenoperator (i. Z. $\Delta x_t = x_t - x_{t-1}$). In (3) können auch Verzögerungen von Δx_t und Δy_t berücksichtigt werden.

Modell (3) berücksichtigt keine Saisoneffekte. Diese können z. B. durch Verwendung von saisonalen Differenzenoperatoren (Δ_s) und einem Fehlerkorrekturterm (z_{t-s}) aufgenommen werden (Davidson et al., 1978) oder durch die Einführung von stochastischer Saisonalität in Ansatz (3) (Harvey — Scott, 1993).

Preisen (p)³⁾ eine Beziehung besteht; zu klären ist noch, ob es sinnvoller ist, einen Preisindex oder dessen Veränderungsrate (Inflationsrate) zu betrachten. Um eine ver-

Integrations- bzw. Kointegrationsanalyse

nünftige Spezifikation der Konsumfunktion zu gewährleisten muß man sich zunächst mit den Integrations-⁴⁾ bzw. Kointegrationseigenschaften der verwendeten Zeitreihen auseinandersetzen (siehe Kasten).

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der verwendeten Reihen über die Zeit; aus statistischen Gründen wurden logarithmische Transformationen verwendet. Konsum, Einkommen und Vermögen (definiert als kumuliertes volkswirtschaftliches Sparen)⁵⁾ weisen langfristig einen gemeinsamen Trend auf. Das läßt vermuten, daß zwischen diesen

²⁾ Wenn hier von Konsum gesprochen wird, sind daher die Ausgaben für nichtdauerhafte Waren und Dienstleistungen gemeint.

³⁾ Als Preisindex wurde der implizite Deflator des privaten Konsums verwendet.

⁴⁾ Es hat wenig Sinn, eine stationäre Variable auf eine trendbehaftete zu regressieren, weil sie im Zeitablauf auseinandertriften und eine daher kaum zur Erklärung der anderen beitragen kann.

⁵⁾ Als Sparen im volkswirtschaftlichen Sinn wird nichtkonsumiertes Einkommen (Differenz zwischen Einkommen und Konsumausgaben) verstanden.